

Hugo Jensch

Pirna zur Zeit der Weltwirtschaftskrise und des Zerfalls der Weimarer Republik

„Um eine Wirklichkeit darzustellen, die versunken ist, muß man ihr ihre Voraussetzungen lassen...Um den Untergang einer Wirklichkeit zu verstehen, muß man ihre Voraussetzungen kritisieren.“¹

1. Einleitung

Zum Anliegen:

Es sind die gesellschaftlichen Umbrüche, die wesentliche Veränderungen in der gesamten Lebensweise der Menschen einer bestimmten Zeit herbeiführen. Deren Ursachen liegen in den voraufgehenden Zeitabschnitten. Ihre Wurzeln reichen oft weit zurück. So ist es unerlässlich, ökonomischen, sozialen, politischen und ideellen Entwicklungsvorgängen nachzuspüren, ohne deren Verständnis Umbrüche schier unerklärlich wären.

Für die Machtübertragung an den deutschen Radikalfaschismus in Gestalt der NSDAP ist gerade die Weltwirtschaftskrise von 1929-1933 jene soziale Katastrophe, die einen Erklärungsansatz für den Aufstieg und letztlichen Erfolg der Nazis liefern kann. Als soziale Katastrophe wurde die Krise von nahezu allen Volksschichten erfahren. Welche Schlüsse einzelne oder gesellschaftliche Gruppen daraus zogen, war je nach der gesellschaftlichen Stellung, der mehr oder minder verfestigten politischen Bindung, der Tiefe der Einsichten in wirtschaftliche und politische Zusammenhänge der Zeit und auch der weltanschaulichen und moralischen Grundhaltung und familiären Tradition abhängig und daher sehr unterschiedlich.

„So wie es ist, kann es nicht bleiben.“ Auf einen einfachen Nenner gebracht, ist das wohl die in gesellschaftlichen Krisensituationen allgemein gängige Grundhaltung vieler Menschen, oft ihrer Mehrheit. So werden bisherige Zustände in Frage gestellt. Manchem genügen dabei rasche, partielle Veränderungen, die seine Lage zu erleichtern versprechen, andere sehen die Zeit als reif für grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen.

Auf dem Prüfstand standen in der Weltwirtschaftskrise die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die in der Weimarer Republik ungefestigte Demokratie (die von zahlreichen Gruppierungen seit Anbeginn durchaus nicht voll akzeptiert wurde), die politischen Programme und Politikangebote der verschiedenen Parteien und Organisationen – bis hin zu den beruflichen Verbänden. Die Krise drängte, je länger sie währte, nach Lösungen. Die wirtschaftlich und politisch herrschenden Eliten sahen spätestens seit 1930 den Ausweg im Übergang zu Formen autoritärer Machtausübung, wie sie in Gestalt der vom Parlament unabhängigen Präsidialkabinette Brüning, v. Papen und v. Schleicher praktiziert wurden. Diese vermochten aber die gesellschaftlichen Konflikte und Auseinandersetzungen nicht zu meistern. Sie stießen durch die Abwälzung der Krisenlasten auf zunehmenden Widerstand bei der vor allem betroffenen Masse der abhängig arbeitenden und zunehmend in den Strudel der Arbeitslosigkeit hineingerissenen Schichten, aber zunehmend auch des Kleinbürgertums und der Intelligenz.

¹ Zweig, Arnold, Bilanz der deutschen Judenheit. Leipzig 1990, S.10.

Die Krise brachte eine erhebliche Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse. Mit den Reichstagswahlen von 1930 setzte der steile Aufstieg der Nazis ein. Immer größere Scharen traditionell rechter Wählermassen strömten ihnen zu. Die liberalen Parteien (DDP, DVP) verloren rasch an Einfluß. Versuchen der „politischen Mitte“, sich neu zu formieren, wie etwa in der Deutschen Staatspartei (Zusammenschluß der DDP mit dem Jungdeutschen Orden), blieben Erfolge versagt. Den rechten Kräften (DNVP, „Stahlhelm“ u.a.) erleichterte der antisozialistische und erst recht antikommunistische Konsens die Annäherung an die NSDAP. Mit den Nazis gemeinsam drängten sie auf die Zerstörung der Weimarer parlamentarischen Demokratie. Unterschiedliche Auffassungen zwischen ihnen gab es lediglich hinsichtlich der Vorherrschaft in einem solchen antidemokratischen Bündnis und der Formen neuzugestaltender Machtverhältnisse. Für diese rechten Kräfte, große Teile des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, waren die Großmachtambitionen der Hitlerfaschisten, deren erklärtes Ziel, Arbeiterparteien (den „Marxismus“) und die Gewerkschaften zu zerschlagen, die „Volksgemeinschaft“ gegen den Klassenkampf durchzusetzen, hinreichende Gründe für ein Zusammengehen mit der sich als Massenbewegung anbietenden NSDAP.

SPD und KPD fanden nach den die Arbeiterbewegung zerklüftenden Erfahrungen von Novemberrevolution und Konterrevolution zwischen 1918 und 1923 nicht zueinander. Selbst die Gefahren, die sich durch einen eventuellen Sieg der Nazis für die Arbeiterbewegung abzeichneten, führten zu keiner Annäherung. Versuche dazu blieben in Ansätzen stecken oder waren bestimmt von Absichten, den Einfluß des anderen auf die Arbeiterschaft einzuschränken oder ihn gar streitig zu machen. Gegenseitige Schuldzuweisungen erwiesen sich als ungleich stärker gegenüber Einsichten in die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen Faschismus und alle mit ihm verbundenen Gefahren.

Aus den hier angedeuteten Gründen konnten Chancen für die Entwicklung zu einem sozialeren und demokratischeren Gemeinwesen nicht wahrgenommen werden.

Nun ist Geschichte von Faschismus einschließlich seiner Vorgeschichte durchaus nicht lediglich Vergangenes, bei dessen Betrachtung gelassenes Zurücklehnen angemessen wäre. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. Dieser Brechtsche Satz erweist sich auch heute noch als erschreckend aktuell.

Massenarbeitslosigkeit und ein ganzes Bündel existenzieller gesellschaftlicher Krisenerscheinungen führen zu sozialer und mentaler Unsicherheit und zur Suche nach gesellschaftlichen Alternativen. Rechtsextreme Kräfte und Parteien gehen mit völkischen, rassistischen, nationalistischen und ausländerfeindlichen Parolen auf Dummenfang und bedienen sich dabei der Schlagworte und der Symbolik der Nazibewegung. Bis in die sogenannte politische Mitte hinein zog inzwischen die Übernahme solcher rechtsextremer Forderungen wie die nach Beschränkung des Zuzugs für Ausländer und weitgehender Abschaffung des Asylrechts – als ein Einschwenken, das den Rechtsextremen ihren Anhang streitig machen soll.

Zur Quellenlage:

Für die wirtschaftlichen Vorgänge finden wir umfangreiches archivalisches Material im Pirnaer Stadtarchiv, bis hin zu einzelnen Unternehmen. Neugründungen, Konkurse und Gewerbean- und -abmeldungen sind dort lückenlos und auch in den amtlichen Veröffentlichungen der lokalen Presse dokumentiert. Zu den sozialen Vorgängen sind auch entsprechende Aktenbestände verfügbar. Zusammengefaßte Mitteilungen finden sich in den Jahresberichten des Stadtrats von Pirna. Da sich die Darstellung auf diese stadtgeschichtlichen Quellen stützte,

sind die Mitteilungen über Vorgänge im Kreisgebiet im wesentlichen aus dem Pirnaer Anzeiger entnommen.

Über Parteien in Pirna besteht nur beschränkte Aussagefähigkeit, da ihre eigenen Äußerungen, bis auf wenige Ausnahmefälle, nur vermittelt überliefert, nicht aber in originalen Quellen erhalten sind. Sowohl die sozialdemokratische „Volkszeitung“ wie die kommunistische „Arbeiterstimme“, aber auch der „Freiheitskampf“, die Zeitung der NSDAP, sind nicht mehr zugänglich, von primären Archivquellen der Parteien gar nicht zu reden.

An Publikationen zugänglich ist nur der „Pirnaer Anzeiger“, der seinen politischen Teil aus den Nachrichtenbüros der Medienkonzerne bezog und im übrigen als traditionelles Amtsblatt im Kreis konsequent nach den Interessen der wohlhabenderen Bürgerschaft ausgerichtet war. Dabei stand er seit jeher in erklärter Gegnerschaft zu den Sozialdemokraten und erst recht zu den Kommunisten. Über Vorgänge in der Arbeiterbewegung des Kreises finden wir nur selten Mitteilungen. Dennoch kann er uns ein relativ dichtes lokales Ereignisgerüst liefern.

Verhältnismäßig häufig und mit unverhohlenem Wohlwollen berichtete er über Veranstaltungen und Aktionen der NSDAP und ihrer Gliederungen. Die übrigen bürgerlichen Kräfte finden sich in seinen Spalten durchaus präsent, wenn sie auch bei weitem nicht jenen Grad politischer Aktivität aufwiesen wie die beiden Arbeiterparteien und die NSDAP. Am stärksten traten politisch noch der „Stahlhelm“ und der Jungdeutsche Orden in den Krisenjahren in die Öffentlichkeit.

2. Die Weltwirtschaftskrise

2.1. Ausgangslage

„Ein deflationärer Krisenprozeß erhält seinen entscheidenden Schub durch den dramatischen Verfall der Immobilien- und Aktienpreise (also die unvermeidliche Entwertung des fiktiven Spekulationskapitals). Mit dem dadurch bedingten Reißen der Kreditketten und anschließenden Bankrottwellen verfällt die gesellschaftliche Kaufkraft in immer größeren Dimensionen: Die Unternehmer bekommen keinen Kredit mehr, weil die Banken auf riesigen faulen Krediten sitzen und keine neuen Risiken eingehen können; die steil ansteigende Arbeitslosigkeit läßt die konsumtive Massenkaufkraft ebenfalls rasch verfallen; die Einnahmen des Staates aus regulären Steuern gehen mit derselben Geschwindigkeit zurück. Kurz: es herrscht allgemeiner Geldmangel, was dazu führt, daß nach den Aktien- und Immobilienpreisen auch die Warenpreise immer schneller absinken.“²

Einen rasanten Aufstieg hatte die Pirnaer Industrie nach dem Ende des ersten Weltkrieges erlebt. Eine Reihe kleinerer und mittlerer Unternehmen waren entstanden. Die Industriegebiete im Westen und Norden der Stadt dehnten sich aus und verdichteten sich. Die Arbeiterzahl in den Betrieben der Stadt war rasch angewachsen. Betrug sie 1920 noch 4778, so war sie 1924 bereits bei 7815 angelangt und erreichte 1928 die Zahl von 11462. Dieser rasche Anstieg war vor allem dem Wachstum der großen Betriebe zu danken, allen voran dem Kunstseidenwerk, das auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung allein mehr als 5500 Beschäftigte aufwies. Aber auch andere große Betriebe prosperierten in den zwanziger Jahren: das Stahlwerk an der Dresdner Straße, die Zellstofffabriken von Hoesch. Die Glasproduktion erlebte

² Kurz, Robert, Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Frankfurt am Main 1999, S. 436.

eine Konzentration auf zwei leistungsstarke Unternehmen. Eisenwerk und Maschinenfabrik von Gerlach in Copitz wuchsen nicht nur quantitativ, sondern erweiterten auch ihre Produktpalette. Dort an der Lohmener Straße waren auch einige spezialisierte Maschinenbaubetriebe entstanden. Gerade die letzteren profitierten von der Investitions- und Rationalisierungswelle der zwanziger Jahre.

2.2. Die Pirnaer Industrie in der Weltwirtschaftskrise von 1929 – 1932

Betriebsstillegungen, Konkurse und Produktionseinschränkungen

1929 schlug die überhitzte Konjunktur weltweit in die bis dahin schwerste Krise um. Obwohl sie erst im Herbst 1929 voll ausbrach,³ dämpfte schon seit Jahresbeginn stockender Absatz die Hoffnungen auf ein lang anhaltendes und stetiges Wachstum. Wegen seiner starken Exportabhängigkeit (Sachsen war „Deutschlands Exportland Nr. 1“), des relativ niedrigen Konzentrationsgrades der Industrie (spezialisierte Klein- und Mittelbetriebe mit verhältnismäßig niedrigem Kapitalstock herrschten vor) und seiner Randlage seit 1918 wurde Sachsen von allen deutschen Ländern am stärksten von der Krise erfaßt.⁴

In Amtshauptmannschaft und Stadt Pirna wirkten die gleichen Bedingungen. Das Kunstseidenwerk als Zulieferer für die Textilindustrie, die ihrerseits infolge ihrer Exportabhängigkeit eine verheerende Absatzkrise erlebte, geriet bald in den Krisenstrudel. Die Stahlwerke in Pirna und Copitz befanden sich gegenüber den Vereinigten Stahlwerken in hoffnungslosem Nachteil. Teilweise gerieten sie als Konkursmasse in den Besitz der Großunternehmen und wurden gleich mal stillgelegt (Stahlwerk der Gebrüder Hunger). Ähnlich erging es den Glasbetrieben, die innerhalb der neugebildeten Syndikate nur geringes Gewicht einzubringen hatten. Die Mehrzahl der vom Export ihrer Erzeugnisse abhängigen mittleren und kleinen Maschinenbaubetriebe standen im unerbittlichen Konkurrenzkampf auf aussichtslosem Posten. Der Kunstblumenindustrie in Sebnitz hatte den weitaus überwiegenden Teil ihrer Erzeugnisse in europäische Länder und nach Übersee exportiert.

Bereits im Jahresbericht des Stadtrates auf das Jahr 1928 gab es ernste Signale für eine heranahende Krise. So äußerte sich die Stadtbank: „Der Konjunkturverlauf des Berichtsjahres bot nach außen in den ersten Monaten ein recht günstiges Bild, ging jedoch vom Frühjahr ab in eine Abschwächung über, die Ende des Jahres auf Produktion und Wirtschaftskreise fühlbar drückte. Zunehmende Arbeitslosigkeit, wachsende Absatzschwierigkeiten und zunehmende Zahlungsstockungen und Konkurse brachten dem Berichtsjahr einen schlechten Abgang.“⁵

Der einige Jahre währende Wirtschaftsoptimismus hatte hier bereits einen Bruch erlitten. Der Stadtrat „sieht mit schweren Sorgen dem kommenden Rechnungsjahr entgegen. Aus verschiedenen Gründen, insbesondere aber infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der hiesigen Industrie, muß mit einem bedeutenden Steuerausfall gerechnet werden.“⁶ Der Rat sah sich genötigt, angesichts der sinkenden Einnahmen und wachsender Belastung, Abgaben und Gebühren zu erhöhen und „neue Ausgabenposten zu unterlassen“.⁷

3 „Schwarzer Freitag“ an den amerikanischen Börsen (25.10.1929), auf den die deutschen Börsen am 29.10.1929 mit Kursverlusten bis zu 10 % reagierten.

4 Vgl. Werner Bramke, Sachsens Industrie(gesellschaft) in der Weimarer Republik. In: Werner Bramke und Ulrich Heß, Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert. Leipzig 1998, S. 38-51.

5 StAP, E II, 409, S. 27.

6 StAP, E II, 409, S. 28.

7 Ebenda. Der Stadthaushalt hatte in den zurückliegenden Jahren schon mit Fehlbeträgen abgeschlossen. Allein an Zinsen und Tilgungsraten waren jährlich nahezu 500 000 RM aufzubringen.

Noch bevor die Krise so recht ausbrach, geriet die Firma der Gebrüder Hunger in den Konkurs.⁸ Die Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen AG in Freital erwarben die Fabrikgrundstücke. Der neue Eigentümer wollte das Walzwerk allmählich wieder in vollen Betrieb nehmen; wie weit das Gußwerk in Betrieb gesetzt werden konnte, stand vorerst noch nicht fest.⁹ Das Konkursverfahren schleppte sich bis in den April 1930 hin.¹⁰

Im Herbst 1930 aber wurden auch die Gußstahlwerke in Döhlen stillgelegt. Die Aktienmehrheit dieses Werkes lag in den Händen der Vereinigten Stahlwerke AG in Düsseldorf. Dieser mächtige Konzern entschied die Schließung kleinerer und weniger rentabler Betriebe in diesen Zeiten sinkenden Stahlbedarfs. Von Betriebsschließungen wurde auch das Pirnaer Stahlwerk betroffen. Der „Pirnaer Anzeiger“ vermeldete am 14.11.1930:

„Mit Ablauf des morgigen Tages wird die Belegschaft bis auf wenige Personen, die noch mit Verladearbeiten beschäftigt sind, entlassen.“ Betroffen waren in Pirna noch rund 120 Beschäftigte. Der Betriebsrat des Döhleener Werkes wandte sich an die Parteien im sächsischen Landtag und forderte eine Dringlichkeitssitzung.¹¹ Das geschah auch unverzüglich. Alle Parteien, erfahren wir, waren sich mit der Landesregierung einig, es müsse alles erdenkliche unternommen werden, um die Schließung eines für die sächsische Industrie so bedeutsamen Werkes zu verhindern. Der Landtag verwies auf die schädliche Kartell- und Syndikatspolitik und erwog sogar eine eventuelle Enteignung!¹²

Der Betriebsrat des Pirnaer Stahlwerks wandte sich an die Pirnaer Öffentlichkeit und teilte mit, das Werk wäre bereits vor zwei Jahren „ein Opfer der Kartellpolitik der Industrie des Westens geworden, wodurch ca. 800 Arbeiter und Angestellte der Erwerbslosigkeit anheimfielen. Die Betriebsvertreter, die gemeinsam mit dem früheren Besitzer Hermann Hunger den Kampf gegen diese Methoden aufzunehmen bereit waren, fanden bei zuständigen sächsischen Stellen kein Gehör, obwohl das Werk modern und höchst leistungsfähig war.“ Das Walzwerk hätte damals die Produktion bald wieder aufgenommen. Erst 1927 wäre das Werk durch ein neues, leistungsfähigeres Feinwalzwerk vervollkommen worden. Aber bei Krisenbeginn trat Kurzarbeit ein, und am 14.11.1930 wäre die gesamte Belegschaft entlassen worden.¹³

Eifrig wurde in Dresden mit der sächsischen und Berlin mit der Reichsregierung verhandelt. Sachsen erklärte sich dabei bereit, ein Aktienpaket des Döhleener Stahlwerks zu übernehmen und tat das auch – bei einem Übernahmekurs von 25 %. Die Schienenproduktion des Döhleener Werks sollte erhöht werden, so daß Aussicht auf eine rentable Produktion entstehen könnte.¹⁴

Während in Freital die Arbeit zu Jahresbeginn 1931 aufgenommen wurde, blieb das Schicksal des Pirnaer Stahlwerks weiter ungewiß. Seit 7.1.1931 arbeiteten dort wieder „60 Mann voll gegenüber 120 Kurzarbeitern vorher.“ Nach wie vor drohte aber die Totalschließung, und das

8 Produktionspalette des Stahlwerks der Gebrüder Hunger: „Erzeugung: Stahlformguß in jeder Qualität bis 20 000 kg Stückgewicht. Walzstahl in jeder Qualität; Rundstahl, Quadratstahl, Sechskantstahl, Flachstahl. Spezialität: Waggontragfederstahl, Pufferfederstahl, Automobilfederstahl; Holländer-Grundwerk- und Schabermesser für die Papierfabrikation. Kultivatorzinken, Wringmaschinenfedern, Radsterne für Güter- und Schnellzugslokomotiven, Schmalspurradsätze.“ In Deutschlands Städtebau. Pirna. Berlin-Halensee 1924. (Anzeige in diesem Werk). Übrigens: Vom 17.4. bis 16.5.1928 war die Belegschaft wegen Lohnstreitigkeiten ausgesperrt. Über das Werk vgl. auch: StAP, B III-XXII, 725, Gewerbebetrieb von Hermann Hunger, Stahlwerk Pirna!

9 PA, 30.4.1929, S.2.

10 PA, 26.3.1930, S. 8; 17.4.1930, S.8.

11 PA, 14.11.1930, S.2.

12 PA, 15.11.1930, S.5.

13 PA, 18.11.1930, S.2.

14 PA, 16.12.1930, S.2; 18.12.1930, S.2; PA, 24.12.1930, S.2 (Das Kapital der Döhleener Gußstahlwerke soll von 9,9 auf 2,2 Mill. RM zusammengelegt werden. Die Regierung verlangt von der Stadt Freital Aktienübernahme in Höhe von 1 Mill. RM, damit die Arbeit ab 2.1.1931 wieder aufgenommen werden kann. Das geschieht dann auch, trotz der bereits vorhandenen hohen Verschuldung der Stadt.)

in einem „nach wie vor leistungsfähigen modernen Werk, wo einst 700 beschäftigt waren.“¹⁵ Immerhin erfolgte noch eine Besichtigung des Werks durch Regierungs- und Konzernvertreter. Die Möglichkeit einer Weiterführung wurde angedeutet, vorausgesetzt, „gewisse Kosten würden gesenkt“. Die Betreiber räumten zwar ein, daß das Werk modern sei, „aber vom kaufmännischen Standpunkt unvorteilhaft“. Zu einer Weiterführung wollte man sich nur entschließen, wenn es Frachtermäßigung, Steuererleichterung, Stromverbilligung gäbe und natürlich eine Lohnkürzung für Angestellte um 24 % und für Arbeiter um 14 %. Während die Angestellten sich dieser erpresserischen Gehaltskürzung beugten, lehnten die Arbeiter die Lohnkürzung ab.¹⁶ Obwohl schließlich Zusagen für niedrigere Frachttarife, Stromverbilligung und Steuernachlaß durch die Stadt vorlagen, sollte das Stahlwerk dennoch stillgelegt werden. Von den Ende Februar 1931 noch 54 Beschäftigten sollte 40 Arbeit in Freital angeboten werden.¹⁷ Alle Bemühungen um die Weiterführung des Stahlwerks waren also gescheitert.

Im Küttnerschen Kunstseidenwerk setzte bereits im September 1928 Kurzarbeit in größerem Ausmaße ein. Als die Geschäftsleitung mit dem Betriebsrat keine Einigung in Lohnfragen erreichte, kündigte sie allen Arbeitern und erklärte ihre Bereitschaft, sie am folgenden Tage zu neuen Bedingungen (Lohnkürzungen) wieder einzustellen. Ein Teil der Arbeiter verlangte vollen Lohn, „weil die Firma nur nach vorheriger Stilllegungsanzeige hätte kündigen dürfen.“ Die Auseinandersetzung zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung ging bis zum Reichsgericht, das die Klage des Betriebsrates abwies.¹⁸

Während Küttner 1928 noch 1,007 Mill. RM Reingewinn eingefahren hatte, schloß das Geschäftsjahr 1929 mit einem Verlust von 0,388 Mill. RM.¹⁹ Während das Geschäftsjahr 1930 anfangs noch als recht befriedigend angelaufen erschien, kam dann im weiteren Jahresverlauf der Einbruch.²⁰ Am 17.12.1930 beantragte die Geschäftsleitung beim sächsischen Arbeits- und Wirtschaftsministerium die vollständige Stilllegung des Werks zum 15.1.1931. Zu dieser Zeit waren im Kunstseidenwerk noch rund 3000 Arbeitskräfte tätig. Die Unternehmensleitung hatte die Tarife gekündigt. Wiederum ging es um Lohnminderung, die die Gewerkschaft ablehnte. Die Stilllegung sollte noch einmal überdacht werden, falls sich die Gewerkschaften doch noch zu einer Einigung bereitfänden.²¹ Kurzfristig kam es zu einem Kompromiß. Daraufhin wurde lediglich das sogenannte Werk III mit 300 Beschäftigten stillgelegt und in den anderen Werksabteilungen weitere 100 entlassen. Die Stilllegung sei „endgültig beseitigt.“²² Jedoch am 5.3.1931 begann die vollständige Stilllegung der Küttner-Werke mit noch gut 2000 Beschäftigten. Sie sollte nur vorläufig erfolgen. Kurzfristig wollte man eine Umstellung vor-

15 PA, 15.1.1931, S.2.

16 PA, 16.1.1931, S.2 und 1.2.1931, S.2.

17 PA, 17.2.1931, S.2 und 28.2.1931, S.2.

18 PA 2.11.1929, S.2:

19 PA, 18.12.30, S.10: Fr. Küttner AG Pirna. Das am 31.12.1929 abgelaufene Geschäftsjahr schließt mit Verlust von 0,388 Mill. RM ab (i.Vj. 1,007 Mill. RM Reingewinn). Der Gewinnvortrag vermindert sich durch den Verlust auf 0,619 Mill. M. Außenstände einschließlich Bankguthaben werden mit 7,761 (8,008) Mill. RM vermindert ausgewiesen, ebenso Vorräte mit 6,571 (6,849) Mill. M. Der Posten Kasse, Schecks und Wechsel stieg auf 0,413 (0,294) Mill. M. Kreditoren einschließlich Bankschulden sind weiter auf 11,543 (10,527) Mill. M bei einem Aktienkapital von 10 Mill. M angestiegen. Im Laufe des Jahres 1930 sind die Verbindlichkeiten ermäßigt worden. Das Geschäftsjahr 1930 ist bisher nicht unbefriedigend verlaufen.

20 PA, 14.7.31, S.7: Fr. Küttner AG, Pirna. Bilanz: Verlust von 80000 RM (Jahresabschluß per 31.12.30), der den Reingewinn vom Vorjahr auf rund 538 000 RM ermäßigt. Durch Realisierung der Lagerbestände während der Stilllegung konnten Verpflichtungen weiter gesenkt werden. Mit der Wiederinbetriebnahme der Werke ist begonnen worden. Von dem erfolgten Abschluß eines Viscoseseiden-Syndikats und eines Kupferseiden-Syndikats erhofft die Gesellschaft eine Konsolidierung des Kunstseidenmarktes.

Außenbestände betragen einschließlich Bankguthaben 6,67 Mill. RM

Wertpapiere, Edelmetalle, Beteiligungen usw. 0,62 Mill. RM

Reichsmark, Kasse, Schecks, Wechsel 0,5 Mill. RM

Reichsmark und Vorräte 5,69 Mill. RM

Andererseits:

Neben ausländischen langfristigen Krediten von 3,18 Mill. RM

Schwebende Verbindlichkeiten 11, 1 Mill. RM.

21 PA, 4.1.31, S.3; 15.1.1931, S.2; 22.1.1931, S.2.

22 PA, 24.1.31, S.2

nehmen, die bewirken sollte, „den Betrieb möglichst ohne Verlust wieder zu eröffnen.“²³ Ende Juni 1931 lief die Arbeit tatsächlich wieder an.²⁴ Während eines halben Jahres intervenierten Stadt, Freistaat und Banken, um den völligen Produktionsstillstand zu verhindern.²⁵ Unter dieser Oberfläche verbarg sich ein unerbittlicher Konkurrenzkampf, der 1931 zur Syndikatsbildung führte. Küttner hielt dabei einen Anteil von 5 % am Viscoseseidensyndikat und von 16 % am Kupferseidensyndikat - die überwältigende Mehrheit in den Syndikaten hielten die IG-Farben-Betriebe, die den Markt in diesem Produktionszweig beherrschten.²⁶ Auch die Sächsische Staatsbank war an der Rettung des Betriebes beteiligt, indem sie schließlich 51 % des Aktienkapitals übernahm. Die restlichen 49 % blieben in Familienbesitz. Küttner wurde in der Folgezeit mehr und mehr aus der Leitung des Betriebes verdrängt.²⁷

Die Maschinenbauerei August Herberg sah sich schon Mitte 1928 im Konkurs. Seit 1874 bestand sie an der heutigen Königsteiner Straße.²⁸ Der Sohn des Herbergschen Kompagnons übernahm das nach dem Konkurs Verbliebene und versuchte den traditionsreichen Betrieb zu retten. Aber auch er scheiterte schließlich.²⁹

1930 bereits ging das älteste industrielle Unternehmen der Stadt, die Fabrik emaillierten Geschirrs der Gebrüder Gebler, ein.³⁰ Sie gaben ihren Betrieb in Pirna auf und beschränkten sich auf ihre Produktionsanlagen in Radebeul.

Hier nun eine Übersicht über Vergleichsverfahren und Konkurse, wie sie uns in den amtlichen Mitteilungen zuteil werden.

Am 9.10.1929 wurde das Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikanten Fritz Süßkind eröffnet. Er rühmte sich 1922, in seiner „Fabrik künstlicher Blumen, Blätter und Früchte“ in der Klosterstraße ca. 200 Fabrik- und ca. 1000 Heimarbeiter zu beschäftigen. 1923/24 zog er einen Betriebsneubau am Waschhausweg auf, hatte sich dabei aber offenbar einerseits finanziell übernommen und war andererseits in den Strudel der Absatzschwierigkeiten geraten, der vielen Kunstblumenproduzenten in unserem Gebiet zum Verhängnis wurde.³¹

23 Ankündigung der Stilllegung im PA, 3.3.31, S.2.

24 PA, 10.7.31, S.2.

25 StAP, B III-XXII, 689, Betriebsstilllegung bei der Friedrich Küttner AG. 1931.

26 StAP, E II, 542: 20 Jahre DDR. Sächsisches Kunstseidenwerk „Siegfried Rädels“ Pirna.

27 Ebenda.

28 StAP, B III-XXII, 730, Gewerbebetrieb des Maschinenfabrikanten August Herberg

21.8.1928: Gewerbeabmeldung. Dabei Firmenlogo: „Hochleistungs-Steinbearbeitungs- Maschinen für die gesamte Steinindustrie, Steinsäge- Voll- und Trenngatter, Plattenfräs- und Schneidemaschinen, Diamantkreissägen, Steinspaltemaschinen usw. Eisenkonstruktion, Kran- und Förder-Anlagen, Kabel- und Hängebahnen, Aufzüge, Bremsberge, Winden usw. Friktionsfall-, Blattfeder- und Spiralfederhämmer. Eigene Diamantfasserei.“

29 Ebenda, Bl. 151: Am 21.8.1928 meldet Erich Willy Richter jun. sein Gewerbe „unter nachstehender Firma an:

August Herberg Nachf. Maschinenfabrik Pirna, Kohlbergstraße 2a (reichseigenes Gebäude), Willy Richter jun.“ Fabrikationszweig: Steinbearbeitungsmaschinen, Krane, Winden, Reparaturwerkstatt.

Laut Amtsgericht Pirna vom 21.3.1929 auch Walzwerke für Zucker- und Farbenindustrie.

Am 26.4.1930 - noch 3 Gehilfen und 3 Lehrlinge beschäftigt; wenn keine Bestellungen eingehen, dann Einstellung. Jan. 1933 ruht Betrieb, Dez. 34: Seit November wieder aufgenommen mit 2 Arbeitern. 2.3.1935: Betrieb eingestellt, aufgelöst, Maschinen verkauft.

30 PA 11.9.29, S.8: Im Wege der Zwangsvollstreckung werden versteigert: Grundstücke von Johann Hermann Walter Gebler und Johann Julius Hermann Otto Gebler: 5.12.1929:

1. Blatt 1005 - 2 ha, 32,2 Ar: Grundstück aus Fabrikgebäuden, Zubehör, Park, Wohnhaus, Obst-Grasgarten, Mühlenstraße 10, 11,12.

2. Bl. 375 - 1 ha, 18,5 Ar, frühere Stadtschreibermühle, Waisenhausstraße 10.

3. Bl. 1224 - 17,1 Ar, besteht aus einem Garten an der Waisenhausstraße.

4. Bl. 1225 - 80,7 Ar bestehend aus Obst- u. Gemüsegarten und Wiese, liegt hinter der Waisenhausstraße an der Gottleuba.

31 PA, 9.10.1929, S.8 und StAP, B III-I, 70, Bl. 23, 29, und 61. PA, 10.1.1931, S.8: Schlußtermin im Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikanten Wilhelm Reinhold Fritz Süßkind.

Auf dem Wege der Zwangsvollstreckung wurde am 17.12.1929 das Grundstück der Firma Pretzschner und Wagawa in Pirna-Neundorf versteigert.³²

Im März 1930 wurde das Vergleichsverfahren über das Vermögen der „Gesellschaft in Firma Ideck, Ideal-Hebezeugfabrik Richard Eck GmbH, Betriebsstätte Pirna, Lohmener Straße“ abgelehnt und das Konkursverfahren eröffnet.³³

Im April 1930 gingen drei Baubetriebe in Konkurs: das des Baugeschäftsinhabers Karl Johann Bock, des Tiefbauunternehmers Hermann Friedrich Walter und das Baugeschäft von Gärtner am Kirchplatz.³⁴

Der in Pirna beheimatete Zirkus Amarant erklärte Anfang Juli 1930 seine Zahlungsunfähigkeit, löste sich auf und verkaufte seine Tiere.³⁵

Am 3. Oktober 1930 vernichtete ein Feuer Gebäude und Anlagen von „Deuka-Stein“ in Copitz.³⁶ Der Betrieb lief zu dieser Zeit bereits in Kurzarbeit. Hoffnungsvoll wurde im Juni 1931 vermeldet, das Kalksandsteinwerk solle nach dem Brande mit den Mitteln aus der Brandversicherung wieder aufgebaut werden.³⁷ Über das Vermögen des Besitzers, Johann Georg Fleischmann, wurde aber im August 1931 das Konkursverfahren eröffnet, und eines seiner Grundstücke verfiel der Zwangsversteigerung. Wegen Mangels an Masse wurde das Konkursverfahren im August 1932 eingestellt.³⁸

Einem Vergleichsverfahren mußte sich die Mexas Kaltasphalt AG Dresden in Hinblick auf ihre Fabrik in Pirna-Neundorf im November 1931 unterziehen. Da es aber keinen Erfolg hatte, kam es im Januar zum Konkursverfahren.³⁹

In Konkursverfahren gerieten ferner die Maschinen- und Apparate-Bauanstalt GmbH in Pirna, die Kommanditgesellschaft E. Alfred Peckholdt, die Fahnenfabrik Träger, die Firma Jahn u.Co.; die beiden letzten in Copitz.⁴⁰

Bereits 1929 bauten die Chemiebetriebe in großem Umfange Arbeitskräfte ab: das Kunstseidenwerk 1114, Hoesch 187; die Bauwirtschaft reduzierte ihre Arbeitskräftezahl von 1203 auf 926 und Metallindustrie/Maschinenbau von ca. 1400 auf 851.⁴¹

Bis zum allgemeinen Tiefstand 1932 waren dann ausnahmslos alle Industriezweige in tiefster Depression verfallen; einige stellten zeitweise oder gar für die Dauer ihre Produktion ein.

In mehreren Baubetrieben lief nichts mehr. Im Kalksandsteinwerk, bei Wemme u.Co., Pretzschner und Wagawa, im Gerlachschen Eisenwerk gab es zeitweilige Betriebsstillegungen.

32 PA, 24.10.1929. Zum Grundstück gehören: Teerdestillation, Kesselhaus, Ölpumphaus, Niederlagsgebäude, Aufenthaltsgebäude, Hof und Steinbruch.

33 PA, 12.3.1930, S.8.

34 PA, 6.4.1930, S.8; 12.4.1930, S.3; 17.4.1930, S.8; 18.4.1930, S.8; 29.5.1930, S.8.

35 PA, 5.7.1930, S.2.

36 PA, 4.10.1930, S.2.

37 PA, 7.6.1931, S.2.

38 PA, 8.8.1931, S.8. Grundstück in Copitz: 60,5 ar, geschätzt auf 910 RM.; PA, 24.8.1932, S.4.

39 25.11.1931, S.8 und 16.1.1932, S.8.

40 PA, 1.3.1932, S.8 (Maschinen- und Apparate-Bauanstalt GmbH in Pirna, die in Bockwitz...>als< Abteilung Lampe u.Co. eine Zweigniederlassung betreibt); PA, 27.4.1932, S.8 (Peckholdt); PA, 18.5.1932, S.8 (Träger); PA, 5.6.1932, S.8 (Jahn)

41 Die Angaben zu Arbeitskräftezahlen sind zusammengestellt aus den jährlichen statistischen Übersichten zur Arbeiterzählung in den Pirnaer Betrieben. Vgl.: StAP, B III-XXI, 6, 7, 7-1 und 2.

1932 kam die Arbeit fast aller Maschinenbaubetriebe zum Erliegen. Lediglich die Firma Lein produzierte noch mit gut 38 % der Kräfte ihres besten Konjunkturjahres, und auch bei Breuer und Co. lief die Arbeit eingeschränkt weiter. Dafür arbeiteten in der Steinindustrie gerade noch 16 Leute und bei den Baubetrieben mit einst über 10 Beschäftigten von 1203 im Jahre 1928 gerade noch 155.

Die verbliebenen Glasbetriebe hielten sich anfangs noch leidlich. Sie produzierten 1932 immerhin noch mit 62 % ihrer Kräfte gegenüber dem besten Jahr 1929, allerdings bei oft eingeführter Kurzarbeit. Mit rapidem Preisverfall hatten auch sie zu kämpfen. Ein Bericht zur Lage der Farbenglaswerke vom Frühjahr 1931 spricht von verschlechtertem Absatz, rückläufigen Preisen im Inland, vielfach verlustbringenden Exporten, Betriebsunterbrechungen infolge der technischen Umgestaltung und Vervollkommnung der Pirnaer Anlagen. All das habe „im abgelaufenen Geschäftsjahr (einen) Betriebsverlust von 545 000 RM gebracht.“ Vorgesehen sei die Herabsetzung des Aktienkapitals von 1 300 000 RM auf 360 000 RM. „Die durch Zusammenlegung des Aktienkapitals freiwerdenden Beträge sollen besonders zur Tilgung der Unterbilanz verwendet werden.“ Dann könne auch wieder eine Kapitalerhöhung vorgesehen werden.⁴² Eine zeitweilige Stilllegung trat zum 1.8.1932 ein „wegen Abbaus der Lagerbestände“. Das Jenaer Glaswerk Schott u.Gen. unterbreitete den Aktionären das Angebot, die Aktien zum Kurse von 20 % zu übernehmen!⁴³ Dazu muß es wohl gekommen sein, denn aus dem Spätfrühjahr 1933 erfahren wir, die Farbenglaswerke gehörten jetzt zum Zeiß-Konzern und sollten stillgelegt werden.⁴⁴

Welche wirtschaftlichen, finanziellen Verluste die Betriebe im einzelnen erlitten, läßt sich heute kaum mehr feststellen. Die zugänglichen Archivquellen eröffnen nur hier und da ganz zufällig einen Blick auf Bilanzen ganz weniger Betriebe.

Aus dem August 1932 ist uns ein Beitrag zur wirtschaftlichen Situation in unserem Gebiet überliefert. Weil er eindrucksvoll eine Sicht aus damaliger Zeit wiedergibt, sei er hier geboten:

„Industriegelände auf Abbruch.“

Wenn man noch wenige Jahre nach dem Kriege von Dresden bis Pirna und darüber hinaus fuhr, konnte man überall eine blühende Industrie beobachten. Aus hohen Fabrikessen quoll dicker Qualm, in den Fabrikräumen hämmerte es und Maschinengräusch drang weit hinaus. Die Bahnsteige der Stationen zwischen Pirna und Dresden waren am Tage und in der Nacht um die Zeit des Schichtwechsels von Arbeitern und Arbeiterinnen belebt. Seit mehreren Jahren hat sich dieses Bild grundlegend geändert. Nur wenige Fabrikschornsteine rauchen noch, in den meisten Fabrikanlagen herrscht Friedhofsruhe, auf den Bahnsteigen ist es leer. Mit großen Hoffnungen waren die Industrieanlagen während des Krieges und auch noch nach dem Kriege erweitert worden; immer mehr Personal wurde eingestellt. Heute sind die Fensterscheiben der Fabrikgebäude zertrümmert, der Jugend boten sie eine Zielscheibe für Steinwürfe, und wie früher vor den Fabrikatoren, so drängen sich heute die Industriearbeiter und die Angestellten jener toten, bald dem Verfall preisgegebenen Betriebe vor den Stempelstellen. Stillgelegt sind z.B. zum großen Teil die Glasfabriken in Pirna, jene blühende Industrie, die über 1000 Arbeiter beschäftigte, und mit starken Einschränkungen arbeiten heute große Betriebe, wie die Kunstseidenspinnerei, die Zellulosefabriken, die Steinindustrie, die Zigarrenindustrie, die Eisen- und Maschinenindustrie usw. Das Eisenwerk Copitz, das einst über 1000

⁴² Beitrag über die „Vereinigten Zwieseler und Pirnaer Farbenglaswerke AG“ in: PA, 4.9.1931, S.10.

⁴³ PA, 8.7.1932, S.8.

⁴⁴ StAP, B III-XXII, 26, Bl. 15. Arbeitsschlacht.

Arbeiter beschäftigte, die „Magro“, die nach dem Brande wieder aufgebaute „Deuka“, das Stahlwerk Pirna, das sich aus kleinsten Anfängen zu einem bedeutenden mustergültigen Betrieb mit mehreren hundert Arbeitern entwickelt hatte, die Peckholdsche Schmelztigel und Drahtbürstenfabrik und das Geblersche Emaillierwerk sind im Wirtschaftskampf gänzlich erlegen. Zum Teil waren die großen Industriekomplexe (Eisenwerk, Magro, Stahlwerk, Deuka) erst in den Jahren nach dem Kriege entstanden bzw. erweitert, jetzt sind sie nicht nur totes Kapital, sondern eine ungeheure Last für den, der sie besitzt, da noch hohe Abgaben ohne Gegenwert zu leisten sind. Die älteren Fabrikgebäude dagegen sind dem Verfall preisgegeben. Ein solches Gefahrenobjekt ist zum Beispiel das ehemalige Emaillierwerk an der Mühlenstraße. Die alten Fabrikgebäude werden bzw. sind auf Abbruch verkauft. Die 30 m hohe Fabrik-esse droht einzustürzen und soll, da sie somit eine Gefahr für die Umgebung bedeutet, demnächst umgelegt werden, während die Büroräume für gewerbliche Zwecke eingerichtet werden sollen. Was die Zukunft für die Pirnaer Industrie, die auch vornehmlich das Ausland mit ihren Erzeugnissen versorgte, noch bringt, man weiß es nicht. Aber ein Wunsch beseelt uns alle: daß bald neues Leben wieder aus den Ruinen blüht!⁴⁵

Wie die Stadt Pirna so gehörte auch die gesamte Amtshauptmannschaft zu den von der Weltwirtschaftskrise am stärksten betroffenen Gebieten Deutschlands. Das werden wir noch später beim Blick auf die Erwerbslosigkeit sehen.

Hier nur ein Überblick auf die vom Pirnaer Amtsgericht veröffentlichten Vergleichsverfahren, Konkurse und Löschungen aus dem Handelsregister.

Ort	Monat/J.	Unternehmen	V*	K*	L*
Heidenau	11/1929	Heidenauer Glashütte AG		X	X
Lohmen	2/1930	Chemische Fabrik Walter Mierisch GmbH.		X	
Neustadt	3/1930	Stahlwarenfabrik J.E.Dittert u.Co.		X	
Neustadt	3/1930	Blumenfabrik Sporschill u.Co.		X	
Heidenau	7/1930	Metallwarenfabrik Emil Förster			X
Heidenau	7/1930	Firma J.A.Fiebig			X
Heidenau	7/1930	Elektromotorenwerke Heidenau GmbH		X	X
Langburkersdorf	7/1930	Wachsblumenfabrik E.E.Haase		X	
Neustadt	8/1930	Blumenfabrik Katzer und Kuttner		X	
Neustadt	9/1930	Blumenfabrik Karl Richter		X	
Heidenau	10/1930	Max Baumgürtel Elektromotoren Apparatebau Gommern			X
Dohma	11/1930	Sächsische Glasfabrik GmbH			X
Heidenau	1/1931	Bierling-Werke			X
Dohma	1/1931	Schraubenfabrik F.G. Junkel		X	
Mühlbach-Heeselich	2/1931	Holzstoff-Fabrik GmbH		X	X
Weesenstein	3/1931	Sport- u.Turnschuhfabrik Th. Just	X	X	
Heidenau	4/1931	„Hema“- Heidenauer Maschinenfabrik und Metallwerk R. Schmidt u. H. Tebbe		X	
Langenhennersdorf	9/1931	Papierstoff- und Pappenfabrik H. Schmidt u.Co.			X
Heidenau	9/1931	Elbtal-Hochglanz-Verzinnerei Geßmann u.Sohn		X	
Dohma	10/1931	Gußstahlzieherei GmbH	X		X
Birkwitz	10/1931	Spara-Maschinenbau AG Pirna		X	X
Heidenau	11/1931	Böhme sonst Ludwig			X
Heidenau	2/1932	K.A.Seifert AG	X		
Dohma	2/1932	Metallwarenfabrik Krebs und Kästner		X	

⁴⁶V= Vergleichsverfahren; K= Konkurse; L= Liquidation.

45 PA, 5.8.32, S.2.

46 Entnommen aus dem „Pirnaer Anzeiger“, Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pirna. Meist auf der Seite 8. Erfasst sind hier nur Industriebetriebe. Unberücksichtigt blieben Handwerks- und Handelsunternehmen.

Wie sich die gewerbliche Struktur unter den Krisenbedingungen veränderte zeigt ein statistischer Überblick über Betriebe und Beschäftigte in den Jahren 1930 und 1932. Dabei ist zu bedenken, daß bis zum Jahre 1930 bereits ein Einbruch bei Betrieben und Arbeitskräftezahlen vonstatten gegangen war.

Gewerbebetriebe der Stadt Pirna 1930 und 1932

Alle Wirtschaftszweige	Betriebe gesamt			Betriebe mit über 50 Arbeitskr.			Betr. Mit 5-49 Arbeitskr.		
	Betr.	Arb.	Ang.	Betr.	Arb.	Ang.	Betr.	Arb.	Ang.
Zusammen 1930	433	7348	1060	19	5323	529	146	1468	511
Zusammen 1932	419	4186	802	12	2878	367	102	765	389

Gewerbebetriebe in der AHM Pirna 1930 und 1932 (ohne Stadt Pirna) ⁴⁷

Alle Wirtschaftszweige	Betriebe gesamt			Betriebe mit über 50 Arbeitskr.			Betr. Mit 5-49 Arbeitskr.		
	Betr.	Arb.	Ang.	Betr.	Arb.	Ang.	Betr.	Arb.	Ang.
Zusammen 1930	1814	19415	2566	76	11643	1566	502	5400	923
Zusammen 1932	1641	14211	1936	52	8124	1101	370	3903	747

2.3. Das Handwerk in der Krise

Produktionsaufschwung, Rationalisierungswelle und Produktionskonzentration in den „Goldenen Zwanzigern“ brachten für Handwerk, Kleingewerbe und Einzelhandel bereits eine verschärfte Konkurrenzsituation. Eine Protestkundgebung des „handeltreibenden und gewerblichen Mittelstandes“ in Pirna und Heidenau wandte sich im Februar 1929 gegen das Überhandnehmen „großkapitalistischer Konzerne in Form der Warenhäuser“ und gegen die Konsumvereine.⁴⁸ Eine ähnliche Klage begegnet uns in einer Mitgliederversammlung des Bezirksausschusses des Handwerks in der Amtshauptmannschaft Pirna. Dort beurteilte man den Beschäftigungsgrad noch als zufriedenstellend, beklagte aber den bescheideneren „Geschäftsertrag infolge ungesunden Wettbewerbs.“ Not taten Aufklärung und Kampf unter der Parole „Gegen die Konsumvereine und Warenhäuser.“⁴⁹ Das war also noch vor Ausbruch der Krise!

1931 wurden die Klagen differenzierter. Da wandte man sich im Bezirksausschuß gegen Kartellbildung, Konkurrenz der Warenhäuser, „Überspannung der Arbeitsschutzgesetzgebung“, die bisherige Lohnpolitik. Verwiesen wurde besonders auf die beklagenswerte Lage des Handwerks, insonderheit des Schuhmacher- und Schneiderhandwerks.⁵⁰ Und im März hieß es in dem von Syndikus Franke erstatteten Jahresbericht auf das Jahr 1930, Aufträge und Umsätze hätten so empfindlich nachgelassen, daß viele Handwerker nicht mehr das Existenzminimum erreichten. Andererseits gäbe es immer neue Steuern. Besonders im Baugewerbe sei der Auftragsbestand auffallend zurückgegangen. Völlig ungenügend wäre der Beschäftigungsgrad bei Sattlern, Stellmachern, Schmieden. Das Bekleidungs-gewerbe liege ebenfalls darnieder. Besonders wären die Schuhmacher betroffen. Gehilfen und Lehrlinge könnten kaum noch beschäftigt werden. Als besonders schlimm wurden die Verhältnisse im Uhrmacher- und Goldschmiedgewerbe bezeichnet.⁵¹

47 Dr. Pfützte, Arno, Die Entwicklung gewerblicher Betriebe nach der Gewerbeaufsichtsstatistik von 1925 bis 1932. In: Zd.St.LA, 1932 und 1933, 78. und 79.Jg.S. 254ff.

48 PA, 22.2.1929, S.9.

49 PA, 18.6.1929, S.18.

50 PA, 4.2.1931, S.7.

51 PA, 15.3.1931, S.15.

Die Mitgliederversammlung im Juli 1931 vermittelte ein Bild der Situation in einzelnen Handwerkszweigen. Hier wurde erstmals der völlige soziale Abstieg zahlreicher Mitglieder benannt, von denen ein Teil ihr Gewerbe abmelden mußte und nun von Fürsorgeunterstützung lebte. Die Lage im Böttchergewerbe sei katastrophal. In 45 Betrieben dieses Gewerbes gäbe es lediglich noch 2 Lehrlinge. Das Tischlergewerbe erlebte einen Rückgang der Zahl der Gehilfen und Lehrlinge auf 30 %. Das Elektrogewerbe sei so gut wie vollends ohne Arbeit. Der Umsatz im Schneidergewerbe war stark gesunken, ausreichende Preise für gute Werkarbeit wäre nicht mehr zu erhalten. Hohe Arbeitslosigkeit herrsche bei Maurern und Zimmerleuten. Während Ostern 1929 noch 114 Maurer- und Zimmerlehrlinge aufgenommen wurden, sei deren Zahl jetzt auf 19 zurückgegangen. Die ausgezahlte Lohnsumme wäre im Baugewerbe 1930 um 70 % zurückgegangen. Über Schwarzarbeit durch Arbeitslose und Krisenunterstützte gab es Klagen.⁵²

In ähnlicher Weise klingen alle Äußerungen, die sich in der lokalen Presse aus dieser Zeit zum Handel finden. Existenzangst ging um. Die Beschwerden nahmen zu. Auffallend ist, daß nur die an der Oberfläche erkennbaren Wirkungen genannt, kaum aber den Ursachen des Niedergangs im Handwerk nachgegangen wurde, vor allem in solchen Zweigen, in denen industrielle Produktion die Handarbeit mehr und mehr verdrängte. Daß in Zeiten rapide sinkender Massenkaukraft Arbeiter und Angestellte zuerst nach dem Preis sehen und Warenhäuser aufsuchen oder die Konsumverkaufsstellen, in denen man wenigstens mit Rabatt rechnen kann, blieb ausgeblendet.⁵³ Insofern haben die Klagen etwas Rückwärtsgerichtetes. Liegt hier nicht eine Ursache für die Anfälligkeit gegenüber den verführerischen Parolen der äußersten Rechten? Wir werden darauf noch zurückkommen.

Aufgeschreckt wurden im Januar rund 1700 Gläubiger der Ostsächsischen Genossenschaftsbank eGmbH mit Sitz in Pirna und Zweigstellen in Bad Schandau und Gotttleuba. Sie verlautete, sie wäre seit längerer Zeit illiquid, aber „bei ruhiger Abwicklung der Geschäfte (dürften) für die Einleger erhebliche Verluste nicht zu befürchten sein.“ Einleger und Kunden der Bank waren vornehmlich Gewerbetreibende und Kaufleute der Stadt und der Amtshauptmannschaft. In einer Gläubigerversammlung wurden sie mit einer Unterbillanz von 417 507,32 RM vertraut gemacht. Ein Vergleichsverfahren sollte versucht werden, das aber das Pirnaer Amtsgericht ablehnte. Es wollte statt dessen das Konkursverfahren eröffnen. Die Betroffenen liefen Sturm und erreichten die Aufhebung des Konkurstermins durch das Landgericht Dresden. Ein angeordnetes Vergleichsverfahren fand am 9.5.1931 in der „Tanne“ statt, die gerichtlichen Vergleichsbedingungen konnten erfüllt werden. Danach trat die Bank in Liquidation.⁵⁴

2.4. Landwirtschaft.

Die Stadt selbst wies landwirtschaftliche Betriebe nur in bescheidenem Umfange auf. Ihnen wurde demgemäß auch weniger Aufmerksamkeit zuteil. Aus dem Umfeld aber erreicht uns mancher Notruf. So konstatierte der Gutsbesitzer Dr. Dankmeyer aus Schmorsdorf im Februar 1931: „Die Amtshauptmannschaft Pirna zählt nämlich nicht weniger als 30 Prozent aller bauerlichen Zusammenbrüche in Sachsen.“⁵⁵

52 PA, 15.7.1931, S.7.

53 Bezeichnend ist, daß die in unserem Gebiet vorhandenen Kauf- und Warenhäuser zu dieser Zeit allesamt in Händen jüdischer Besitzer sind: das „EHAPE“ (Einheitspreisgeschäft) auf der Breiten Straße, Albert Langer, vorm. E.Rohr Nachf. (Zweigniederlassung des Kaufhausunternehmens Messow und Waldschmidt in Dresden/Chemnitz) in der Dohnaschen Straße in Pirna, das Kaufhaus Reiner in Heidenau. Vgl.: Jensch, Juden in Pirna! Typisch eine Annonce von Jurmann, Konfektionsgeschäft am Markt im PA vom 30.4.1930, S. 8: „Geldmangel, Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Wirtschaftslage einerseits, andererseits Ihr großer Bedarf an Bekleidung haben mich veranlaßt, meine Preise für alle Waren erheblich herabzusetzen.“

54 PA vom 23.1.1931, S.2; 29.1.1931, S.2; 21.2.1931, S.2; 26.2.1931, S.7; 10.3.1931, S.8; 14.4.1931, S.2; 26.4.1931, S.18.

55 PA, 24.2.1931, S.7. Dankmeyer erklärte das in seinem Bericht als Vorsitzender der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolk-Partei in einer Parteiversammlung im Pirnaer Carolabad.

Über den wirtschaftlichen Kollaps kleinerer und mittlerer Landwirtschaften sind genauere Aussagen nicht überliefert, wenn man von den zahlreichen Sicherungsverfahren zur Stützung bäuerlicher Wirtschaften absieht, über die in den Jahren 1931 und 1932 in den Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pirna nachzulesen ist. Wie weit sie zum tatsächlichen Überleben der begünstigten Betriebe beitrugen, läßt sich im einzelnen nicht mehr feststellen. Solche Stützungen erfolgten im Rahmen der Osthilfe-Notverordnungen auch an Landwirtschaftsbetriebe Sachsens in bescheidenem Umfange. Den Löwenanteil der Osthilfe erhielten die großen Junkergüter Ostelbiens.

Bemerkenswert ist aber der spektakuläre Zusammenbruch einiger Rittergüter im Kreis. Als erster wurde der Rittergutsbesitzer Böger in Borthen betroffen. Im April wurde über seinen Besitz das Konkursverfahren eröffnet.⁵⁶ Im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgte im Mai 1931 die Versteigerung des Gutes von Georg Carl Adolph v. Carlowitz in Liebstadt: Grundstücke in der Größe von 509 ha, 84,8 ar, einschließlich des Zubehörs. Versteigert wurde auch das Schloß Kuckuckstein am 7.7.1931, für das ein Höchstgebot von 244 000 RM durch die Verwaltungsgesellschaft Heinsius v. Mayenburg GmbH vorlag.⁵⁷ Das gleiche Schicksal erfuhr das Rittergut Röhrsdorf, dessen Eigentümerin Sophie Friederike verw. v. Carlowitz, geb. v. Schönberg war. Es wurde mit einem Verkehrswert von 752 887 RM angegeben und mit einer Größe von 292 ha, 41,7 ar.⁵⁸ Im April 1932 nochmals ausgeschrieben, unterbreitete das einzige Angebot der Hallische Bankverein, der 385 000 RM auf den Tisch zu legen bereit war, also gerade einmal gut die Hälfte vom Verkehrswert.⁵⁹

Auf dem gleichen Wege kamen auch die Grundstücke des Ritterguts Oelsa in Oelsen unter den Hammer, etwa 130 ha mit einem Gesamtschätzwert von 167 107 RM.⁶⁰

Zusammenfassend läßt sich aussagen: Die hauptsächlich durch meist stark spezialisierte industrielle Mittelbetriebe geprägte Industrie Sachsens wurde unter allen deutschen Ländern am stärksten in Mitleidenschaft gezogen, und innerhalb Sachsens war der Kreis Pirna mit der absolut höchsten Arbeitslosenrate am schlimmsten betroffen. Unser Kreis erholte sich von diesem schweren Schlag auch am langsamsten. 1928 hatte Pirna 1228 Angestellte und 11464 Arbeiter in den Betrieben der Stadt. 10 Betriebe wurden in der Krise stillgelegt, dadurch 7000 Arbeiter brotlos. Etwa 5270 Arbeitslose wurden Unterstützungsempfänger.

3. Soziale Wirkungen

3.1. Vorzeichen

Nur gute fünf Jahre währte die Zeit eines relativen Aufschwungs, der für Pirna mit einem rasanten Wachstum der Industrie und einer starken Zunahme der industriellen Arbeiterschaft verbunden war. Er führte wohl auch für die Mehrzahl der Handwerker und Geschäftsleute zu steigenden Umsätzen und hoffnungsvoller Erwartung weiteren wirtschaftlichen Aufstiegs. Ein Gefühl dauerhafter Prosperität verbreitete sich bis in die Mittelschichten und Teile der Arbeiterklasse.

Gewisse Stagnationserscheinungen waren allerdings schon 1928 erkennbar gewesen. Vollbeschäftigung wurde während der Jahre zwischen 1924 und 1929 auch nicht erreicht. 1928 ver-

56 PA, 5.4.1931, S.8.

57 PA, 19.5.1931, S.8; PA, 11.7.1931, S.2. – B III-XV, 68, Bl. 195: Georg v. Carlowitz habe Gut durch Verschulden seines Bruders verloren, lebe mittellos in Liebstadt, verdiene Geld durch Lohnautofahren. Mitglied der Bekenntnisgemeinde.

58 PA, 5.7.1931, S.8.

59 PA, 8.4.1932, S.8; PA, 3.6.1932, S.2.

60 PA, 14.7.1931, S.8.

zeichnete der Arbeitsnachweis für Pirna und Umgebung schon 3609 Arbeitsuchende. Von ihnen erhielten 2736 Arbeitslosenunterstützung, davon 893 aus der Stadt Pirna, während 408 Krisenunterstützung erhielten, davon 237 aus der Stadt Pirna.⁶¹ Aber all das löste durchaus keine übermäßige Beängstigung aus. Diese Erscheinungen wurden als strukturelle Verschiebungen oder saisonal bedingte Ungleichmäßigkeiten gedeutet. Das traf auch auf die Arbeitslosigkeit zu. Der Sog industrieller Prosperität hatte eben weit mehr Arbeitskräfte aus der näheren und weiteren Umgebung angezogen als tatsächlich beschäftigt werden konnten.

Um so verheerender war der Schock, den der plötzlich hereinbrechende Niedergang bewirkte. Die Krise griff tief in die Lebenslage fast aller sozialer Schichten ein, erschütterte Erwartungshaltungen, stellte Lebenswerte in Frage, stürzte viele Arbeiterfamilien in blanke Not, weil das Familieneinkommen weit unter ein statistisch errechnetes Existenzminimum absank.

Am deutlichsten äußern sich die sozialen Wirkungen in einer bis dahin nicht erlebten und lang anhaltenden Massenarbeitslosigkeit.

3.2. Gesetzliche Grundlagen zu Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenunterstützung

Wenn wir die Zahlen über Arbeitslosigkeit und die verschiedenen Unterstützungsformen deuten wollen, sind einige Voraussetzungen zu klären. Da ist einmal die Frage nach den damals gültigen gesetzlichen Grundlagen für alle Fragen, die mit Arbeit und Arbeitslosigkeit zusammenhängen.

Die erste Verfügung über eine Unterstützung Erwerbsloser stammt vom Frühjahr 1918. Damals verabschiedete der Reichstag eine EntschlieÙung, wonach jeder aus dem Kriegsdienst entlassene Arbeiter und Angestellte, dem keine angemessene Arbeit nachgewiesen werden konnte, Anspruch auf eine Arbeitslosenunterstützung erhalten sollte.⁶²

Im Ergebnis der Novemberrevolution 1918 wurde der 8-stündige Arbeitstag als Normalarbeitszeit verkündet. Die Weimarer Verfassung legte im Artikel 163 das Recht auf Arbeitslosenunterstützung fest.

Zunächst wurden die Leistungen völlig aus öffentlichen Mitteln gespeist und von den kommunalen Fürsorgeverbänden aufgrund nachgewiesener Bedürftigkeit vergeben.

Seit 1923 sind Arbeiter und Unternehmer mit bald steigenden Abgaben an der Mittelaufbringung beteiligt worden; nach der Währungsumstellung Ende 1923 mit maximal 3 % des Grundlohns.

Der Arbeitsnachweis oblag vorerst den Gemeinden, während die Landesämter und das seit 1920 bestehende Reichsamt für Arbeitsvermittlung nur Aufsichts- und Verwaltungsaufgaben erfüllten, nicht aber Vermittlungs- und Koordinierungsaufgaben lösten. 1923 war auch die Erwerbslosenfürsorge zur Aufgabe der kommunalen Arbeitsnachweise gemacht worden, wobei die Arbeitsvermittlung noch stärker in den Hintergrund trat.

Am 7.7.1927 endlich verabschiedete der Reichstag das „Gesetz für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung“ (AVAVG),⁶³ das gegenüber der bisherigen Erwerbslosenfürsorge

61 StAP, E II, 409, 9, S. 101.

62 Fr. Syrup, 100 Jahre staatliche Sozialpolitik 1839-1939, bearb. von Otto Neuloh, Stuttgart 1957, S. 326. Vgl. Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 5, Berlin 1982, S.131.

63 Reichsgesetzblatt Teil I, Nr. 32, S. 187-220.

einen Fortschritt darstellte. Das Gesetz war Ergebnis harter Auseinandersetzungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen und trug natürlich Kompromißcharakter. So beruhete schon die finanzielle Grundlage des zur Realisierung des Gesetzes gebildeten Reichsamtes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf falschen Voraussetzungen, da mit einer Höchstzahl von 800 000 Arbeitslosen gerechnet wurde. Damit war man weit von der Wirklichkeit entfernt und auf Dauer nicht in der Lage, die wachsende Zahl der Unterstützungsberechtigten zu versorgen. Noch vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Herbst 1929 überschritt die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Januar 1929 die Grenze von 2 000 000 und Ende Februar gar die 3 000 000⁶⁴ Während Arbeiterparteien und Gewerkschaften den weiteren Ausbau des AVAVG forderten, nahm die Industrie Kurs auf die Beseitigung bzw. Senkung der Leistungen für die Arbeitslosenversicherung.⁶⁵

Am 3.10.1929, unmittelbar vor dem „schwarzen Freitag“, verabschiedete der Reichstag ein Gesetz zur Änderung der Arbeitslosenversicherung.⁶⁶ Es verschärfte die entwürdigenden Prüfungsbestimmungen, benachteiligte die Saisonarbeiter, die Unterstützung lediglich in Höhe der Krisenfürsorge erhielten und verlängerte die Anwartschafts- und Wartezeit.⁶⁷ Es verfügte als Voraussetzung für Arbeitslosenunterstützung mindestens 26 Wochen in letzten 12 Monaten versicherungspflichtiger Beschäftigung. Unterstützung wurde für 26 Wochen gewährt und durfte „erst wieder gewährt werden, wenn die Anwartschaftszeit von neuem erfüllt“ war. Es sah Krisenunterstützung in Zeiten besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage vor für jene, die „wenigstens 13 Wochen in versicherungspflichtiger Beschäftigung gestanden oder Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpft haben und bedürftig sind“, was nachzuprüfen war. Von der Krisenunterstützung hatten die Kommunen ein Fünftel der Leistungen zu tragen. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung bestimmte sich nach dem Arbeitsentgelt, und war wie folgt gestaffelt:

	Wöchentl. Arbeitsentgelt*	Einheitslohn als Bemessungsgrundlage*	Hauptunterstützung in %	Höhe der Unterstützung	Familienzuschl. pro Angehörigen
I	bis 10 RM	8	75	6,00	0,40
II	10-14	12	65	7,80	0,60
III	14-18	16	55	8,80	0,80
IV	18-24	21	47	9,90	1,05
V	24-30	27	40	10,80	1,35
VI	30-36	33	40	13,20	1,65
VII	36-42	39	37,5	14,63	1,95
VIII	42-48	45	35	15,75	2,25
IX	48-54	51	35	17,85	2,55
X	54-60	57	35	19,95	2,85
XI	über 60	63	35	22,05	3,15

*Angaben in RM.

Familienzuschlag für jeden versorgungsberechtigten Angehörigen: 5 % vom Einheitslohn.⁶⁸

Wer nach Arbeitslosen- und Krisenunterstützung immer noch keine Arbeit erhalten hatte, und das waren in der Zeit der Weltwirtschaftskrise die weitaus meisten, geriet in die Wohlfahrtsun-

64 Vgl. Overesch/Saal, Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur, Augsburg 1992, S.396, 398.

65 Vgl. Deutsche Geschichte in Daten, Berlin 1967, S.661.

66 RGBl., Jg. 1929, Teil I, S. 162-198.

67 Vgl. auch: Overesch/Saal, S. 424 und Geschichte in Daten, S. 667.

68 RGBl., Jg. 1929, Teil I, S. 162-198, § 105

terstützung, deren ganze Last auf den Kommunen lag, die damit während der Krise hoffnungslos überfordert waren und in maßlose Verschuldung gerieten.⁶⁹

Wer noch Arbeit hatte, sah sich zunehmendem Druck ausgesetzt. Bereits im April 1927 nahm der Reichstag ein „Arbeitszeitnotgesetz“ an, das die Vollmachten der Unternehmer zur Ausdehnung des Arbeitstages erweiterte und es ihnen ermöglichte, auch im Bergbau die Arbeitszeit über 10 Stunden hinaus zu verlängern. Der in der Revolution erfochtene 8-Stunden-Tag war weithin verschwunden. Dazu kam es während der Krise mehrfach zu Lohn- und Gehaltsabbau per Notverordnungen unter Brüning.⁷⁰

All das führte zu beträchtlicher Verminderung der Arbeits- und Familieneinkommen in Arbeiter und Angestelltenhaushalten.⁷¹

Arbeitslose fielen nach 26, als über 40jährige nach 39 Wochen aus der Arbeitslosenversicherung heraus. Danach erhielten sie bis zu 39 bzw. 52 Wochen eine erheblich geringer bemessene bedürftigkeitsgebundene Krisenunterstützung und schließlich die noch knapper bemessene kommunale Wohlfahrtsunterstützung. Nach der Brüning'schen Notverordnung vom 6. Oktober 1931 konnten Arbeitslose nur noch 20 statt 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung beziehen.⁷²

Wie hoch waren denn nun die Unterstützungen, und in welchem Verhältnis standen sie zu den Lebenshaltungskosten?

Auf die Veröffentlichungen des statistischen Reichsamtes gestützt errechnete Kuczynski an Aufwendungen pro Arbeitslosen und Unterstützten pro Jahr in Mark:

1928/29	849
1929/30	854
1930/31	770
1931/32	634
1932/33	569

(Ausgaben für: Arbeitslosenversicherung einschl. Sozialversicherungsbeiträge, Kurzarbeiterunterstützung, Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit, Durchführung der Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, des Unterstützungsverfahrens und der Verwaltung!).⁷³

Das sind bei allen Einschränkungen Durchschnittswerte, die breite Schwankungen einschließen.

69 Wohlfahrtsunterstützung erhielt, „wer arbeitswillig, unfreiwillig arbeitslos, unter 60 Jahre alt und als Arbeitsloser unter dauernder Kontrolle des Arbeitsamtes“ stand. Die über 60-jährigen gerieten gar in die allgemeine Fürsorge, deren Entgelte noch niedriger waren als die Wohlfahrtsunterstützung.

70 „Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt. Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müßiggang durch Überarbeit des andren Teils, und umgekehrt, wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten und beschleunigt zugleich die Produktion der industriellen Reservearmee auf einem dem Fortschritt der gesellschaftlichen Akkumulation entsprechenden Maßstab.“ Marx, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S.665f.

Zur Lohnentwicklung vgl.: Dr. Paul Bramstedt, Die Krisis der sächsischen Industriewirtschaft S. 33f und 65f. In: B III-II, 585, Förderung von Industrie, Handel und Gewerbe in der Stadt Pirna 1932-1938.

71 Hier als Beispiel die Einkünfte des Lokheizers Max Höhne:

Jahresverdienst Monatsverdienst
 1928-3380,09-281,67
 1929-3156,82-263,07
 1930-3261,99-271,83
 1931-2983,64-248,64
 1932-2646,12-220,51
 1933-2578,13-214,84

72 Vgl. Reinhard Sturm, Zerstörung der Demokratie 1930-1933. In Weimarer Republik. Informationen zur politischen Bildung, Heft 261, S.53/53.

73 Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd. 5, Berlin 1982, S. 136.

Die Lebenshaltungskosten waren ebenfalls zurückgegangen; die Unterstützung pro Arbeitslosen aber noch stärker, weil in den oben genannten Unterstützungssummen auch noch die Beiträge für die steigende Anzahl von Kurzarbeitern und vor allem die gewaltig gestiegenen Verwaltungskosten enthalten sind. Bezugsgröße waren nämlich die Gesamtausgaben der Reichsanstalt!

Die Ernährungskosten für eine fünfköpfige Familie in Berlin betragen im November 1931 90 Mark.⁷⁴ Das Reichsamt für Statistik errechnete den Wochenbedarf einer fünfköpfigen Familie, bei einem Nahrungsmittelkorb für bescheidene Ration der verschiedenen Mittel von 66,01 RM (Berlin). Dazu kamen noch die Wohnungskosten und andere unabwiesbare Lebensbedürfnisse, so daß für Lebensmittel noch erheblich weniger ausgegeben werden konnte als das errechnete Minimum.⁷⁵

Bedacht sei auch noch folgender Sachverhalt: „Eine Preissenkung ist vor allem für Fleisch, Butter, Eier, bessere Gemüse u. dgl. eingetreten, also für Nahrungsmittel, die im Küchenzettel der Massen der Bevölkerung heute keine Rolle spielen.“⁷⁶

Dabei ist noch die mehrfache Senkung der Unterstützungssätze, auch und vor allem bei Wohlfahrtserwerbslosen zu berücksichtigen.

Hier der Richtsatzvergleich für Februar 1931 und April 1932:⁷⁷

Gehobene Fürsorge:

Februar 1931 / Mark		April 1932 / Mark	
Einzelpersonen	52,00	Einzelpersonen	40,00
Ehepaar	78,00	Ehepaar	57,50
für das Kind unter 16 Jahren	18,00	für das Kind unter 16 Jahren	12,00-14,00

Allgemeine Fürsorge:

Februar 1931 / Mark		April 1932 / Mark	
Einzelpersonen	41,00	Einzelpersonen	35,00
Ehepaar	61,50	Ehepaar	52,50
für das Kind unter 16 Jahren	18,00	für das Kind unter 16 Jahren	12,00-14,00

Aus diesen trockenen Zahlen spricht anklagend das ganze ungeheure Elend der von den Kürzungen betroffenen Wohlfahrtserwerbslosen.

Ein Gesamtüberblick zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in Deutschland (in %) mag das ganze Ausmaß von Not und Elend verdeutlichen:⁷⁸

Jahr	Arbeitslosigkeit	Kurzarbeit	Insgesamt
1929	14,6	7,5	22,1
1930	22,7	13,8	36,5
1931	34,7	19,7	54,4
1932	44,4	22,6	67,0

74 Laut „Berliner Wirtschaftsberichte“ vom 1.12.1931 für 4 Wochen: 84,48 M.

75 Nach Kuczynski, S. 139

76 „Finanzpolitische Korrespondenz“, Jg. XIII, Nr. 1, 7. Januar, Berlin 1932, zitiert bei Kuczynski, S. 139.

77 Nach Kuczynski, ebenda.

78 Deutsche Geschichte in Daten, S. 608

3.3. Arbeitslosigkeit in Pirna

Diese längeren Ausführungen zur Arbeitslosigkeit, zur Unterstützung der Erwerbslosen und zu einigen Eckdaten der Lebenshaltung erschienen erforderlich, um die Lage der Arbeiter und Angestellten, der „abhängig Beschäftigten“ und nun vielfach Unbeschäftigten in unserem Heimatgebiet angemessen einordnen zu können. Wenn wir uns nun der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen Massenelend in unserem Gebiet zuwenden, sei gleich anfangs noch einmal darauf verwiesen, daß Sachsen von der Arbeitslosigkeit am schwersten unter allen deutschen Ländern betroffen war und innerhalb Sachsens sowohl die Amtshauptmannschaft Pirna unter allen Amtshauptmannschaften wie auch die Stadt Pirna unter allen bezirksfreien Städten Sachsens den absoluten Spitzenwert bei Arbeitslosigkeit wie auch bei Wohlfahrtsempfängern aufzuweisen hatten.

Dazu die statistische Übersichten:

Zahl der Hauptunterstützungsempfänger⁷⁹

Dat.	AIU	KrU	WU	%	AL ges.	%
1.4.30	1636	539	756	23	2931	93
1.5.30	1352	728	775	24	2855	91
1.6.30	1098	792	787	25	2677	85
1.7.30	973	876	823	26	2672	85
1.8.30	926	923	855	27	2704	86
1.9.30	988	922	905	29	2815	90
1.10.30	1038	960	973	31	2971	95
1.11.30	1124	981	1051	33	3156	101
1.12.30	1163	1101	1148	36	3412	109
2.1.31	1306	1006	1288	41	3600	115
1.2.31	1530	1032	1495	48	4057	130
1.3.31	1716	1015	1620	52	4351	140
1.4.31	1844	1044	1720	55	4608	148
1.5.31	2584	914	1917	61	5415	174
1.6.31	2319	902	1940	62	5161	165
1.7.31	1950	890	1963	63	4803	154
1.8.31	1459	969	1996	64	4424	142
1.9.31	1120	1143	1956	63	4219	136
1.10.31	888	1355	2103	67	4346	139
1.11.31	662	1550	2332	74	4546	145
1.12.31	741	1446	2444	78	4631	148
2.1.32	760	1466	2646	85	4872	156
1.2.32	833	1416	2785	89	5034	161
1.3.32	880	1427	2918	93	5225	167
1.4.32	854	1382	3040	97	5276	169
1.5.32	675	1228	3097	99	4960	158
1.6.32	588	1027	3182	102	4797	153
1.7.32	489	970	3174	102	4633	148
1.8.32	417	884	3300	105	4601	147
1.9.32	454	848	3547	113	4849	155
1.10.32	389	711	3599	115	4699	150
1.11.32	365	621	3642	116	4628	148
1.12.32	375	643	3707	118	4725	151
2.1.33	481	699	3873	124	5053	161
1.2.33	494	817	4017	128	5328	170

⁷⁹ B III-XXI, 26, Statistische Erhebungen 1931-1947, Bl. 68.

AIU – Arbeitslosenunterstützungs-, KrU – Krisenunterstützungs-, WU – Wohlfahrtsunterstützungs-Empfänger. (Nach der damaligen Gepflogenheit wurden die Arbeitslosenzahlen ins Verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl des jeweiligen Gebiets gesetzt, also in ‰ der Einwohner angegeben.)

Wohlfahrtserwerbslose 1931/32:

Datum	Stadt	je 1000 Einw.	AHM Pirna	je 1000 Einw.	Sachsen je 1000 Einw.	Im Reich je 1000 Einw.
31.8.30	800	25,63	1989	14,63	13,36	9,67
31.12.30	1219	39,05	3408	25,07	20,16	14,06
31.1.31	1415	45,33	3921	28,84	23,28	15,27
28.2.31	1516	48,57	4263	31,36	24,83	15,98
31.3.31	1711	54,81	4713	34,67	27,35	16,46
30.4.31	1736	55,61	5254	38,64	30,19	17,18
31.5.31	1782	57,09	5287	38,89	30,51	17,22
30.6.31	1792	57,41	5446	40,06	31,22	17,60
31.7.31	1817	58,21	5630	41,41	31,98	18,40
31.8.31	1816	58,18	6123	45,04	33,85	19,63
30.9.31	1997	63,98	6347	46,68	35,73	20,82
31.10.31	2186	70,03	6787	49,92	38,58	22,57
30.11.31	2287	73,27	7315	53,80	41,48	24,50
31.12.31	2485	79,61	8012	58,93	45,44	27,20
31.1.32	2629	84,22	8646	63,59	49,55	29,77
29.2.32	2762	88,48	9130	67,15	52,49	31,96
31.3.32	2895	92,74	9556	70,29	55,10	34,00

Höchster Anteil aller Städte und AHM in Sachsen!

Diese Zahlen geben noch nicht das ganze Ausmaß der Arbeitslosigkeit wieder. Zwischen den öffentlichen Statistiken und der Realität klappte damals wie heute eine mehr oder minder große Lücke, die nur aus sporadisch auftretenden Quellen erhellt wird. So erfahren wir aus einer Verlautbarung des Arbeitsamtes mit Stichtag vom 16.12.1932, den Höchststand der Arbeitslosigkeit in der AHM Pirna habe es (bezogen auf die Krankenkassenmitglieder) im April 1932 gegeben. Damals gab es 21 255 Arbeitende, 19 665 Arbeitsuchende, zusammen also 40 920. Die „unsichtbare Arbeitslosigkeit“ habe 5547 betroffen, die „wirkliche Arbeitslosigkeit“ also 25 212 betragen.⁸⁰

In diesen Zahlen sind nicht die Tausenden von Kurzarbeitern erfaßt! Hier tauchen auch die zahlreichen oft von weither gekommenen zeitweiligen Zuzügler nicht auf, die während der Krise die Stadt und den Kreis wieder verlassen hatten.

Im Bericht der landwirtschaftlichen Fachabteilung des Arbeitsamtes für die Zeit vom 1.1. bis 30.4.1930 wird verwiesen auf „starkes Zurückfließen der Arbeitskräfte in die Landwirtschaft...wobei allerdings die Tätigkeit des Arbeitsamtes vielfach nicht in Anspruch genommen wird...Burschen über 20 Jahre fragen täglich in größerer Zahl wegen Arbeit an.“ Die Bauern wären aber vorzugsweise „an sogenannten Monatslöhnern“ interessiert.⁸¹

Die Stadtverordneten erhielten am 22.7.1930 Bericht über die Arbeitslosigkeit in der Stadt Pirna. Dabei wurden die Beschäftigtenzahlen vom Jahre 1928 mit denen vom 1.5.1930 verglichen:

	Angestellte	Arbeiter
1928	1065	11464
1.5.1930	869	6421

⁸⁰ StAP, B III-II, 554, Arbeitsamt, geschäftsführender Ausschuß 1928-1933, Bl. 172.

⁸¹ Ebenda, Bl. 63.

Demnach waren also seit 1928 196 Angestellte und 5043 Arbeiter aus den Betrieben der Stadt entlassen worden.⁸²

Die Mädchenschule Pirna (Goethe-Schule) meldete am 9.2.1933 als Befragungsergebnis:

Von 1174 Kindern sind die Erziehungsberechtigten bei 475 arbeitslos, bei 144 Kurzarbeiter, bei 85 Renteneempfänger. Über die Hälfte der Schülerinnen erlebten die Wirkungen der Arbeitslosigkeit täglich am eigenen Leibe.⁸³

Auch in Königstein war die Not sehr groß. Eine Umfrage in der Volksschule ergab, daß 52 % der Eltern der befragten Kinder Arbeitslose und 18,7 % Kurzarbeiter waren. Von 576 Kindern besaßen 87 arbeitslose ältere Geschwister, 5 mußten hausieren gehen. 70 hatten nicht jeden Tag warm zu essen, 3 Kinder besaßen keine Schuhe, 68 nur ein Paar, 131 zwei Paar. Von 576 Schülern kamen 35 früh in die Schule, ohne etwas gegessen zu haben, 22 Kinder hatten kein Frühstück mit; bei neun Kindern gab es daheim nie Fleisch, bei 70 Kindern nur ein einziges Mal in der Woche; 120 Kinder mußten sich zum Schlafen mit Familienangehörigen in ein Bett teilen; neun Kinder schliefen überhaupt nicht in einem Bett.⁸⁴

„Welche Auswirkungen diese Not allein schon auf die körperliche Entwicklung der Schuljugend hatte, läßt sich ahnen, wenn man weiß, daß zum Beispiel in Heidenau bereits vor Ausbruch der Krise, nämlich im Jahre 1927, etwa 64 Prozent der Knaben und 37 Prozent der Mädchen unterernährt waren und daß schon im Jahre 1928 bei 81 von 368 untersuchten Schulkindern Verdacht auf Tuberkulose vorlag.

In einer Heidenauer Hilfsklasse konnten nur drei von 14 Kindern in einem Bett allein schlafen. In zwei Haushalten mußten je elf und zwölf Personen in drei bzw. vier Räumen wohnen.“⁸⁵

Plötzlich arbeitslos zu sein, abgeschnitten von der Möglichkeit, kraft eigener Anstrengung die Mittel für den Lebensunterhalt der eigenen Familie zu erwerben, das ist ein tiefer Schock. Fragen stellen sich, auf die Antworten schwer fallen: Warum gerade ich; bin ich weniger leistungsfähig und wert als andere? Wie soll ich, wie soll meine Familie mit den um mindestens 50 und mehr Prozent verminderten Einkünften den Bedarf an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung usw. bestreiten? Welche Einschränkungen sind unerlässlich? Was unternehme ich, wenn die 26 Wochen meiner Bezugsberechtigung an Arbeitslosenunterstützung vorüber sind und ich immer noch keine Arbeit habe? Die dann folgende Zeit der Krisenunterstützung ist auch auf höchstens 26 Wochen begrenzt, vorausgesetzt, die Prüfung meiner Bedürftigkeit wäre positiv. Wie kann man von der dann zu erwartenden Wohlfahrtsunterstützung überhaupt leben?

Wie aus der Übersicht über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Pirna hervorgeht, nahm die Zahl der Arbeitslosenunterstützung Erhaltenden seit dem Sommer 1931 kontinuierlich ab, seit dem Spätherbst 1931 auch die der Krisenunterstützungsempfänger, während die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger unaufhaltsam anwuchs. Der von der „Wohlfahrt“ lebende Arbeitslose wurde zum Normalfall! Ende 1932 betraf das bereits 75 % der Erwerbslosen!

82 PA, 25.7.1930, S.6.

83 StAP, B III-XVI, 197, unter dem 9.2.1933.

84 „Königsteiner Anzeiger“, Nr. 143 v. 9.9.1932, S.2. Zitiert nach: Gisela Förster, Zur Rolle der NSDAP bei der Faschisierung in Königstein in der Zeit von 1932-1933 (unter besonderer Berücksichtigung der ideologischen Beeinflussung von Bevölkerungsteilen durch die Nazipartei) Staatsexamensarbeit. Erarbeitet: 1968. Stadtarchiv Pirna, PDS-Bestand, Nr. 63

85 Beiträge zur Heimatgeschichte des Kreises Pirna. II. Teil, S. 25. Pirna, Oktober 1958. Bearbeitet von der Fachkommission Geschichte unter Leitung von Gerhard Mädler. Der hier wiedergegebene Text fußt auf einer Dissertation von Wolfgang Rocksich zur Schulpolitik der Arbeiterparteien in der Zeit der Weimarer Republik.

Für Wohlfahrtserwerbslose galten 1932 im Bezirksverband der AHM Pirna folgende Monats- und Wochensätze, die auch für die Stadt verbindlich wurden, die ursprünglich nach Beschluß der Stadtverordnetenversammlung etwas höhere Sätze veranschlagt hatte.

Unterstützte	Monat	Woche
Ledige	17,-	3,90
Alleinstehende.m.Haush.	30,-	6,90
m. 1 Kind	40,-	9,25
m. 2 Kindern	50,-	11,55
m. 3 Kindern	60,-	13,85
m. 4 Kindern	70,-	16,15
m. 5 Kindern	80,-	18,45
m. 6 Kindern	90,-	20,75
Ehepaare	44,-	10,15
m. 1 Kind	54,-	12,45
m. 2 Kindern	64,-	14,75
m. 3 Kindern	74,-	17,10
m. 4 Kindern	84,-	19,40
m. 5 Kindern	94,-	21,70
m. 6 Kindern	104,-	24,00
m. 7 Kindern	114,-	26,30
m. 8 Kindern	124,-	28,60

86

Weil tabellarische Durchschnittswerte abstrakt bleiben, soll hier zufällig überliefertes konkretes Material als Beispiel folgen. Wir verdanken es der Pirnaer Polizei, die die in der Übersicht enthaltenen Daten aus einer Personenfeststellung vom 20.1.1932 aufzeichnete.⁸⁷

Name	Geburtsjahrg.	Familienstand		wöchentl. Einkünfte	Unterstützung
Paul B.	1904	verh.	erwerbsl.	16.50 M	Fürsorgeunterst.
Walter S.	1906	verh., 2 Kinder	erwerbsl.	18.10 M	Fürsorge
Albert M.	1912	ledig	erwerbsl.	5 M	Fürsorge
Rudolf L.	1908		erwerbsl.	5 M	Fürsorge
August W.	1897	verh., 2 Kinder	erwerbsl.	11.50	Fürsorge
Erich S.	1908		erwerbsl.	5 M	Fürsorge
Walter S.	1912		erwerbsl.	5.50 M	Fürsorge
Paul Sch.	1901	verh.	erwerbsl.	13 M	Fürsorge
Alfred Sch.	1903	led.	erwerbsl.	9.45 M	Krisenunterstützung
Herbert E.	1910	led.	erwerbsl.	8 M	Fürsorge
Paul E.	1911	led.	erwerbsl.	5 M	Fürsorge
Hans W.	1904	led.	erwerbsl.	8 M	Fürsorge
Johannes A.	1898	verh., 5 Kinder	erwerbsl.	23 M	Fürsorge
Helmut K.	1911	led.	erwerbsl.	9 M	„Unterstützung“
Kurt B.	1911	led.	arbeitet	ca. 30 M	Wochenverdienst
Kurt K.	1907	led.	erwerbsl.	11.55 M	Krisenunterstützung
Paul Sch.	1899	led.	erwerbsl.	8.55 M	Fürsorge.

Vergleichen wir diese Angaben mit denen der vorherigen Tabelle, dann haben wir das Ausmaß der „von oben“ verordneten Senkung der Wochensätze in der Stadt Pirna.

86 StAP, B III-II, 554, Bl. 162.

87 Personenfeststellung nach Störung eines SA-Umzuges durch Kommunisten. In: StAP, B III-XXVII, 366 b, Politisches und Wirtschaftspolitisches, Unruhen usw., Bl. 57-65.

Der Fleischverbrauch pro Einwohner/Kopf/Jahr lag in Pirna 1914 bei 59,33 kg, betrug 1928 wieder 49,07 kg und lag 1931 trotz gesunkener Fleischpreise bei 43,66 kg, wobei der stärkste Rückgang bei Rindfleisch zu verzeichnen war, eine stärkere Zunahme bei Pferdefleisch.⁸⁸

Für wie viele Erwerbslosenfamilien aber kam, wenn überhaupt, dann nur minderwertigeres „Freibankfleisch“ oder Pferdefleisch in Frage?

Die vielgestaltigen Äußerungen von Notzuständen, mit denen die Familien besonders Wohlfahrtserwerbsloser täglich zu kämpfen hatten, lassen sich heute wohl kaum nachempfinden. Am schwersten war der Hunger zu ertragen, zumal in Familien mit mehreren Kindern. Ist es da verwunderlich, wenn jede Gelegenheit wahrgenommen wurde, durch „Schwarzarbeit“ einige Pfennige zu verdienen? Zu Erntezeiten häuften sich die auch im „Pirnaer Anzeiger“ mehrfach auftretenden Klagen der Bauern aus der Umgebung Pirnas über sich häufende Felddiebstähle. Polizei und Gendarmerie wurden aufgerufen, dem durch Kontrollen zu steuern. Auch die Kleinkriminalität nahm zu. - Not kennt kein Gebot.

Wie und in welchen Formen sich Erwerbslose in unserem Gebiet organisierten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und welche überregionalen Verbindungen bestanden haben, läßt sich heute nicht mehr genau rekonstruieren. Gegeben hat es aber mehrere Zusammenschlüsse dieser Art. So sind Erwerbslosenausschüsse zumindest für Pirna und Heidenau nachweisbar. Bereits vor Ausbruch der Krise müssen sie bestanden und einige ihrer Forderungen bei den kommunalen Behörden zur Sprache gebracht und durchgesetzt haben. So erfahren wir z.B. von einer Erwerbslosendemonstration mit 150-200 Teilnehmern im Januar 1929 in Pirna.⁸⁹ Im Sommer bestätigte der Stadtrat die bisher geltenden Gas- und Stromverbilligungen für Erwerbslose.⁹⁰

Im März 1930 verfügte das sächsische Ministerium des Innern ein Verbot aller Versammlungen, Umzüge und sonstigen demonstrativen Veranstaltungen unter freiem Himmel zwischen dem 6. und 14.3. Gewalttätigkeiten wurden befürchtet bei „Hungermärschen“, die für diese Zeit in der kommunistischen Presse angekündigt waren.⁹¹ Der von Pirnaer Kommunisten für den 6.3. angemeldete Hungermarsch der Erwerbslosen fand trotz Verbots in den Nachmittagsstunden ab 16 Uhr statt. Aus Heidenau kamen etwa 200 Teilnehmer dazu. Die Pirnaer Polizei, verstärkt durch zwei Polizei-Kommandos aus Dresden, versuchte die Demonstration unter Knüppeleinsatz aufzulösen. Demonstranten antworteten mit Steinwürfen; auch aus Häusern wurde die Polizei beworfen. 11 Polizeibeamte wurden als verletzt gemeldet. Auch viele Demonstranten wären verletzt worden. Ihre Zahl sei allerdings unbekannt, da sie durch Arbeiter-Samariter versorgt worden wären.⁹²

Das Dresdner Schöffengericht verhandelte die Vorgänge vom 6.3.1930 am 2.7.1930 und verurteilte wegen schweren bzw. leichten Aufruhrs den Arbeiter Theodor O. aus Pirna-Neundorf zu 8 Monaten Gefängnis und zu je 6 Monaten den Former Paul Sch. aus Copitz, den Arbeiter Max W. aus Hinterjessen, den Dreher Hermann P. aus Dohna und den Arbeiter Fritz K. aus Pirna.⁹³

In der Folgezeit kam es fast in jedem Monat zu solchen Hungermärschen, Erwerbslosendemonstrationen und -veranstaltungen. Sie verliefen nach polizeilicher Genehmigung so gut wie

⁸⁸ Übersicht nach Jahresberichten des Stadtrates von Pirna für die Jahre 1914 bis 1933. Stadtarchiv Pirna.

⁸⁹ PA, 16.1.1929, S.2.

⁹⁰ PA, 4.7.1929, S.9.

⁹¹ PA, 7.3.1930, S.8.

⁹² PA, 8.3.1930, S.2.

⁹³ PA, 4.7.1930, S.8.

störungsfrei. Beide Seiten hielten sich an die Spielregeln. Die durch Erwerbslosenausschüsse und bei Demonstrationen vorgetragenen Forderungen richteten sich gegen den zunehmenden Abbau von Sozialleistungen durch die Notverordnungen der Präsidialkabinette Brüning und v. Papen, auf Mietminderung oder Mietbeihilfen für Erwerbslose, Klein- und Sozialrentner, gegen Exmittierung Notleidender, auf Mittelbereitstellung für den Bau billiger Wohnungen, Kommunalsteuer-Befreiung für Bedürftige, Staffelung der Wasser-, Gas- und Strompreise nach dem Einkommen, Zuweisung von Kartoffeln und Kohle für Erwerbslose, gegen die mehrfach vorgenommene Senkung von Fürsorgesätzen und Unterstützungen u.a.⁹⁴

Auch andere Organisationen suchten der Not wenigstens ein wenig abzuhelpfen: Die unter kommunistischem Einfluß stehende „Rote Hilfe“, der „Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit“,⁹⁵ die unter sozialdemokratischem Einfluß stehende „Arbeiterwohlfahrt“, die im November 1931 eine spezielle „Winterhilfe Solidarität“ unter breiter Beteiligung anderer Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften ins Leben rief⁹⁶ und um Mithilfe und Spenden warb. Ein gemeinsamer Wohlfahrtsverband mit kirchlichen Verbänden war nicht zustande gekommen.⁹⁷

Die Erwerbslosenbewegung stand in Pirna, wie wohl fast in der Mehrzahl der Kreise und Länder, unter kommunistischem Einfluß. Die KPD wurde während der Krise zunehmend zur Partei der Arbeitslosen, da ihre Mitglieder meist als erste entlassen wurden und zum anderen neue Mitglieder vorwiegend aus der Masse der Arbeitslosen zu ihr stießen. In Pirna standen durchweg KPD-Mitglieder und -Funktionäre an der Spitze des Erwerbslosenausschusses.⁹⁸

4. Kommunen in der Krise

Bereits der Rückblick auf das Jahr 1928 erfüllte Stadtverwaltung und Stadtverordnete mit wachsendem Unbehagen. Auf neue Ausgabeposten müsse verzichtet werden. Der Stadthaushalt habe seit längerem Fehlbeträge aufgewiesen. Allein an Zinsen und Tilgungen wären jährlich nahezu eine halbe Million RM aufzubringen. Eineinhalb Millionen mußten für die allgemeine und soziale Fürsorge für ausgesteuerte Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner aufgebracht werden.⁹⁹ Die Zahl der Wohnungsuchenden sei von 550 im Jahre 1921 auf über 2700 Ende 1928 angewachsen.¹⁰⁰

Auch Heidenau läßt ähnliche Sorgen erkennen: „Die wirtschaftliche Notlage belastet nach wie vor die städtische Wohlfahrtspflege in ungeheurem Maße. Die hohen Soziallasten beanspruchen die städtischen Mittel so stark, daß für Kulturaufgaben wenig übrigbleibt.“¹⁰¹

Wirtschaftliche und soziale Krisenwirkungen erschütterten besonders ab 1929 die kommunalen Verwaltungen und Parlamente. Da es sich als schwierig erweist, an die Quellen für die Amtshauptmannschaft insgesamt und für die Mehrzahl der Gemeinden heranzukommen, sind über sie umfassendere Aussagen schwer zu treffen.¹⁰² So begnügen wir uns mit dem Beispiel

94 Belege für diese Forderungen finden sich in zahlreichen Nummern des „Pirnaer Anzeigers“ (Registratur dieser Beiträge beim Verfasser) und in den Protokollen der Stadtverordnetenversammlung, meist unter Anträgen der KPD oder des Erwerbslosenausschusses.

95 Vorsitzender: Robert Klett.

96 Besonders engagiert: Die sozialdemokratische Stadtverordnete Martha Seifert.

97 PA, 21.11.1931, S.2.

98 Richard Pröhl, Fritz Ehrlich, Paul Rohnstock u.a.)

99 E II, 409,9, S. 101.

100 E II, 410, 28 (Lösersche Chronik 1928).

101 PA, 1.1.1929, S.17.

102 Nur der Pirnaer Anzeiger enthält dazu verstreute Berichte, vor allem über Sitzungen des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft, in denen z.T. soziale und finanzielle Probleme erörtert werden.

Pirna, weil die Bestände des Stadtarchivs am besten aufgeschlossen und zugänglich sind. Es dürfte zudem vorausgesetzt werden, daß Krisenbelastungen, die für die Kreisstadt zutrafen, in ähnlicher Weise für die meisten Städte und all jene Dörfer im Umkreis gelten können, deren Bevölkerungsmehrheit nicht mehr vorwiegend landwirtschaftlich tätig war, und das war die Mehrzahl.

Kommunale Körperschaften haben im wesentlichen drei Grundfunktionen zu erfüllen:

1. Wirtschaftliche Förderung. 2. Soziale Fürsorge in weitestem Sinne. 3. Die Sorge um die Sicherheit der Bürger.

Es kann hier nicht darum gehen, die gesamte kommunale Entwicklung in diesen Jahren zu betrachten. Wir beschränken uns auf Reaktionen zu unmittelbaren Krisenwirkungen, und die waren in der Tat verheerend.

Der Welle von Betriebsstillegungen und -schließungen, dem Übergang zu Kurzarbeit in vielen Betrieben hatte die Stadt kaum etwas entgegenzusetzen. Im Falle der Stilllegung des Stahlwerks und der beabsichtigten Stilllegung des Küttnerschen Kunstseidenwerkes schaltete sie sich vehement ein.¹⁰³

Was eine Stadt leisten kann, hängt weitgehend von den verfügbaren Finanzen und ihrer sinnvollen Verteilung ab. Blicken wir also zunächst auf die städtischen Steuereinnahmen.

Dazu die Steuervergleichszahlen:¹⁰⁴

Steuereinnahmen der Stadt

1928	2.586.153
1929	2.372.140
1930	2.263.573
1931	1.438.509
1932	1.048.886
1933	1.134.476
1934	1.274.739

Sie verringerten sich also 1932 gegenüber 1928 um annähernd 60 %!

Waren die Kommunen bislang bereits mit zu geringen Mitteln versehen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden, so sahen sie sich seit Krisenausbruch geringeren Mittelzuweisungen und auf sie abgewälzten Belastungen ausgesetzt, wie in folgendem zu erfahren ist.

„Das Rechnungsjahr 1929/30 war bisher das schwierigste seit der Inflation. Die Finanznot der Gemeinden erlangte im Laufe der Zeit einen solchen Umfang, daß die Gemeinden nicht oder doch nur mit den allergrößten Schwierigkeiten in der Lage sein werden, sich daraus zu befreien. Dringend nötig ist wirksame und schnelle Hilfe. Leider ist die Aussicht auf eine solche Hilfe recht gering. Der Haushaltplanentwurf für Sachsen gleicht sich aus auf Kosten der Gemeinden durch Kürzung der früher gewährten Beihilfen für Aufgaben der Gemeinden. Ganz bedeutende Mehrausgaben verursacht die Verordnung vom 29.6.1929 des Arbeitsministers, welche die Krisenfürsorge des Reiches einschränkt und kurzerhand eine Lastenverschiebung

¹⁰³ Vgl.: StAP, B III-XXI, 7-2, Betriebsstillegung bei der Fa. Küttner AG 1931.

¹⁰⁴ Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Pirna auf das Jahr 1932. Pirna 1933. Für 1933 und 1934 sind die Zahlen aus den nachfolgenden Jahresberichten ergänzt.

auf die Gemeinden verfügt. Diese Maßnahme brachte eine unvorhergesehene schwere Belastung des städtischen Haushaltes, der keine Einnahmepost gegenübergestellt werden konnte. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen erhöhte sich infolge der Verordnung in unserer Stadt von 272 am Beginn des Rechnungsjahres auf 737 am Schlusse desselben. Angesichts dieser Mehrbelastung der Gemeinden ist das dringende Verlangen berechtigt, den Gemeinden keine Zwangsausgaben aufzubürden ohne ihnen gleichzeitig Einnahmequellen zu erschließen.“¹⁰⁵

Da große Bevölkerungsteile in immer schwerere Bedrängnis gerieten, nimmt es nicht wunder, daß auch zahlreiche lokale Einnahmequellen neben den Steuern spärlicher flossen:

„...Die allgemein schlechte Wirtschaftslage wirkte sich naturgemäß aus auf die Geldeingänge. Die Mietreste mehrten sich und die sonstigen Eingänge, Schulgelder, Pachten usw. kamen in erschreckend vielen Fällen nur in kleinen und kleinsten Raten ein, so daß die Geldeingänge auch nicht annähernd Schritt hielten mit den Ausgaben. Die Mietreste, einschließlich denen aus den Vorjahren, erreichten eine Höhe von 32 833,94 RM. Der Stadthaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 398.573, 44 RM.“¹⁰⁶

Im Jahre 1930 verdüstert sich das Bild weiter:

„Gegenüber dem Vorjahre haben sich die Verhältnisse bedeutend verschlechtert. Der große Rückgang der hiesigen Industrie, die allgemeine schlechte Wirtschaftslage wirken sich ganz besonders auch auf die Finanzlage der Stadt aus. Nach hiesigen Feststellungen wurden in der Stadt Pirna 1928 1065 Angestellte und 11464 Arbeiter beschäftigt. und am 1.11. nur noch 869 Angestellte und 6201 Arbeiter. Diese großen Arbeitnehmerentlassungen wirken sich natürlich nicht nur katastrophal auf das Steigen der Wohlfahrtslasten, sondern auch auf den Rückgang der Steuereingänge aus. Infolge der furchtbar schwierigen Verhältnisse sind unzählige Gesuche um Hilfe an die Reichsministerien, an die sächsischen Ministerien und an die sonstigen zuständigen Stellen gerichtet worden. Insbesondere haben wir wiederholt um

- außerordentliche Reichs- und Staatsunterstützung,
- Übernahme der Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen- und Krisenfürsorge durch das Reich oder den Staat,
- unbeschränkte Ausdehnung der Krisenfürsorge (auf Berufe und Zeit),
- Zurverfügungstellung von Geldern für Notstandsarbeiten (Talsperrenbau im Gottleuba- und Müglitztal, Umgehungsstraße Dresdner/Zehistaer Straße) und für Wohnungsbauten,
- Darlehensmittel und Beihilfen für den Volksschulanbau Copitz,
- Bereitstellung von Mitteln für Winterbeihilfen an Arbeitslose und Fürsorgeunterstützungsempfänger,
- eine allgemeine Anordnung, wonach die Arbeitsämter in erster Linie Wohlfahrtserwerbslosen Arbeit zu vermitteln haben, gebeten.“¹⁰⁷

Gerade dieser 7-Punkte-Forderungskatalog zeigt mit aller Deutlichkeit, wo den Pirnaer Rat der Schuh drückte und worin er einzig den Ausweg sah.

Leider sind die vielen Gesuche trotz eingehender Darlegung der außerordentlich schwierigen Finanzlage, der übergroßen Arbeitslosigkeit, der katastrophalen Wohnungsnot und der in Pirna allgemein herrschenden großen Not im großen und ganzen erfolglos geblieben. Oftmals ist nicht einmal eine Antwort auf die Gesuche eingegangen.

105 E II, 409, 10, Jahresbericht auf das Jahr 1929: S. 21:

106 Ebenda, S. 25.

107 E II, 409, 11, JB auf das Jahr 1930, S.18.

Im Jahre 1931 strebte die Finanzmisere einem neuen Höhepunkt zu. Im Juli 1931 teilt der Oberbürgermeister den Stadtverordneten mit, daß die Zahlungsfähigkeit der Stadt nur unter außerordentlichen Schwierigkeiten habe aufrechterhalten werden können. Jetzt sei die Stadt völlig mittellos. Gehälter könnten kaum noch ausgezahlt werden. Zum 1.8. wolle man versuchen, Gehälter bis 200 RM auszuzahlen, für darüberliegende nur die Hälfte. „Falls der Staat die weitere Unterstützung der Stadt ablehnt, wird der Rat ermächtigt, die Zahlungseinstellung der Stadt Pirna offiziell zu erklären. Diese letzte Maßnahme darf nur in der höchsten Not ergriffen werden“, beschloß der Ferienausschuß der Stadtverordneten. Zur Unterstützungszahlung in dieser Woche müsse das Stadtbankkonto überzogen werden!¹⁰⁸

Die Kreishauptmannschaft Dresden als die vorgesetzte Instanz verordnete daraufhin „im Wege des Zwangsvollzugs an der Stelle der Stadt“ einschränkende Ortsgesetze und Korrekturen an Ausgabeposten mit dem Ziel, den Fehlbetrag von 1.396.851 RM auf 1.042.011 RM für das Haushaltsjahr 1931/32 herabzusetzen.¹⁰⁹

Die SPD-Fraktion brachte daraufhin folgenden Antrag ein: „Das Kollegium protestiert gegen die erneuten Maßnahmen der KHM, die die Unterstützungssätze der öffentlichen Fürsorge auf ein unerträgliches Maß abstrich, so daß die Unterstützungsempfänger zu einem Hungerdasein verurteilt werden. Das Kollegium lehnt von sich aus die Verantwortung für eine Maßnahme ab, die geeignet ist, vor allem im kommenden Winter breite Volksschichten in der bedrängten Notstadt Pirna zur Verzweiflung zu treiben.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen der KPD angenommen, die sich mit einer Erklärung gegen „die Hungerdiktatur in den Gemeinden“ aussprach.¹¹⁰

Durch Notverordnung vom 21.9.1931 beschnitt die sächsische Regierung die Gemeindeverordnetenrechte. Der Fraktionsführer der SPD-Fraktion, Oskar Fietsch, wandte sich dagegen mit einem Entschließungsvorschlag an alle Fraktionsführer, in dem auch gegen „unerträgliche Eingriffe in den Aufbau der Volksschulen“ (Erhöhung der Klassenfrequenzen, Abbau der Wochenstundenzahlen für Kinder, Erhöhung des Arbeitsmaßes für Lehrer) protestiert wurde. Der Vorschlag fand Zustimmung in der Sitzung am 6.10.1931 mit Zusatz von Prof. Heinrich (DDP), auch gegen Abbaumaßnahmen an höheren Schulen zu protestieren.¹¹¹

Trotz aller auferlegten Beschränkungen gab es für den Monat Dezember 1931 folgende trostlose Situation: Notwendige Finanzmittel für alle Bedürfnisse: 819.942 RM,¹¹² vorhandene Deckungsmittel: 226.000 RM, Fehlbetrag mithin: 593.942 RM. Der Gesamtrat faßte darauf den Beschluß: „Mit Rücksicht auf die außerordentlich ernste Finanzlage wird der Herr Ratsvorstand ermächtigt, bei Ausbleiben genügender Staatsunterstützung die Zahlungseinstellung zu erklären bzw. gemäß § 9, Kapitel III, Vierter Teil der Sächsischen Verordnung vom 21.9.1931 die staatliche Verwaltung der Stadt Pirna zu beantragen.“¹¹³

So weit kam es dann aber doch nicht. Als der Haushaltplan 1931/32 abgeschlossen wurde, verzeichnete man einen Fehlbetrag von 1.369.980 RM, wovon 433.129 aus dem ordentlichen Teil resultierten, 936.851 aus dem Sonderplan für Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung. Die Fehlbeträge konnten insgesamt gesenkt werden durch Staatsbeihilfen, Ausgabebeschränkungen, Gehalts- und Zinssenkung, teilweise durch den Einsatz noch vorhandener Anleihereste

108 Stadtverordnetenprotokolle Bd. III/1931. Bl. 72: Sitzung vom 14.7.31 (Ferienausschuß)

109 Ebenda, Bl. 100-110.

110 Ebenda, Bl. 181/82.

111 Ebenda, Bl. 263 ff und 273.

112 Davon 149.800 Unterstützungen, und zwar 120.000 RM für Wohlfahrtserwerbslose, 9.800 für Kleinrentner, 11.500 für Sozialrentner, 8.500 für sonstige Unterstützungen an Kriegseltern, Ziehmittlern usw.

113 Stadtverordnetenprotokolle Oktober- November 1931, Bl. 210.

(300.000 RM) und in Kauf genommene Zahlungsrückstände beim Arbeitsamt („Krisenfünftel“), bei Tilgungen u.a.¹¹⁴

Im Bericht des Stadtrates auf das Jahr 1932 lesen wir: „Die Industrie in Pirna ist völlig zusammengebrochen. Die Erwerbslosen- und Wohlfahrtserwerbslosenzahl liegt weit über dem Reichs- und Landesdurchschnitt. Das Steueraufkommen ist infolge des katastrophalen Zusammenbruchs der hiesigen Industrie und der überaus vielen Unterstützungsempfänger ganz ungemein stark zurückgegangen.“¹¹⁵

Übrigens verfielen natürlich die Kirchensteuern ebenfalls und rissen ein gewaltiges Loch in den Finanzhaushalt des Pirnaer Kirchenbezirks. Dessen Schulden (sämtliche Gemeinden) beliefen sich im März 1932 auf 973 166 RM, wovon 341 442 RM aus kurzfristigen Darlehen stammten.¹¹⁶

Die große Not zwang zu außerordentlichen Maßnahmen. So mußte ab 1.4.1930 die kostenlose Totenbestattung und die Lernmittelbefreiung in den Volks- und Berufsschulen teilweise aufgehoben werden. Beide sind nur noch für die Minderbemittelten aufrecht erhalten worden. Den höheren Schulen konnte nicht, wie es staatlich vorgeschrieben war, 30% der Schulgeldeinnahme für Freistellen zur Verfügung gestellt werden. Der Rat und die Stadtverordneten verzichteten ab 1.5.1930 auf 20% ihrer Aufwandsentschädigung. Die Katzensteuer wurde ab 1.4.1930 eingeführt. Von allen Maßnahmen waren aber für die Betroffenen bedeutende Herabsetzung der Fürsorgesätze und die Erhöhung der Werkstarife (Gas, Strom, Wasser) ab 1.4.1930 durch die Kreishauptmannschaft die härtesten. Der Haushaltplan für das Rechnungsjahr wurde erstmalig von den städtischen Körperschaften, und zwar von der Rechten wegen des hohen Fehlbetrags und von der Linken insbesondere wegen der Herabsetzung der Fürsorgesätze abgelehnt.

Bei den städtischen Kassen wurden einschließlich aller Anleihen, Beihilfen usw. 9.580.371,15 RM vereinnahmt. Ausgegeben wurden 9.479.480,14 RM, so daß sich ein Bestand von 100.891,01 RM ergibt. Im laufenden Jahre aufgenommene Darlehen: 1.669.000 RM (Einzelposten aufgeführt).

„Die Anzahl der durch die Stadt Unterstützten beträgt 4066. Hinzu kommen noch die Empfänger von Naturalien oder die einmalig durch Geld unterstützt worden sind.“¹¹⁷

Da die Finanzausstattung der Kommunen in der Weimarer Republik ohnehin unzureichend war, sah sich die Stadt genötigt, manche ihrer Projekte über kurz- oder langfristige Anleihen zu finanzieren. So waren zwischen 1.4.1924 und 31.3.1931 schon 9 777 585 RM Schulden aufgelaufen.¹¹⁸ Inzwischen wären Fehlbeträge ständig durch neue Anleihen gedeckt worden. In einer Stellungnahme an den Sächsischen Gemeindetag vom 24.2.1933 verwies Pirna auf seine Finanznot. An die eigene Sparkasse wären am 30.9.1932 noch 26 700 RM fällige Zinsen zu zahlen gewesen, an andere noch 70 000 RM am 31.12.1932 fällige Zinsen. Die Stadt habe sich außerstande gesehen, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Es erging der Hilferuf, durch Zuschüsse wenigstens diese Zinszahlungen zu ermöglichen, wenn schon eine Begleichung fälliger Tilgungen ohnehin nicht in Frage käme. Sonst drohe Zahlungsunfähigkeit.¹¹⁹

114 Stadtverordnetenprotokolle II und III 1932, Bl. 100.

115 PA, 4.1., S.7.

116 PA, 18.3.1932, S.2.

117 Ebenda; Angaben aus verschiedenen Bereichen.

118 StAP, B III-XXI, 26, Statistische Erhebungen 1931-1947, Bl. 23.

119 Ebenda, Bl. 66 ff.

Die hohen Steuerrückgänge sind der Ruin der Stadt, wird geklagt. Dazu geliefert wurde eine Übersicht zu wesentlichen Steuerpositionen:

<i>Jahr</i>	<i>Einkommenssteuer</i>	<i>Körperschaftssteuer</i>	<i>Gewerbesteuer</i>
1928	904 567	62 892	254 061
1929	847 964	93 338	209 456
1930	727 500	58 072	199 675
1931	301 654	14 447	100 000
1932	*140 000		*80 000
1933	*120 000		*60 000

**Erwartete Einnahmen.*

Alle möglichen Einnahmequellen wären erschöpft, auch durch Inanspruchnahme aller gesetzlichen Möglichkeiten zur Einführung neuer oder zur Erhöhung bisheriger Steuern. So gäbe es eine Musikinstrumentensteuer (Klavier 12 RM, Grammophone 9 RM), Hundesteuer (für den 1. Hund 60, für den 2. 90, für jeden weiteren 120 RM), eine Feuerschutzsteuer, Gebühren für Straßen- und Schleusenreinigung, die Bürgersteuer wäre auf 600 % angehoben worden, die Getränkesteuer um 10 %, die Biersteuer um 100 %. 150 % betrage der Grund- und Gewerbesteuerzuschlag. Außerdem wären die Preise für elektrischen Strom auf 53 Pfg. je kwh und Gas auf 24 Pfg. je cbm angehoben worden. Das Schulgeld für die höheren Schulen wurde für Einheimische auf 240, für Auswärtige auf 300 RM pro Jahr heraufgesetzt.¹²⁰

Ausgeglichene Haushaltpläne aufzustellen war damals unmöglich. Immer blieb eine große Differenz zwischen den unabweisbaren sozialen Ausgaben und den tatsächlich vorhandenen Mitteln. Selbst die bescheidenen Pläne stießen bei den übergeordneten Instanzen auf Ablehnung. Sie verfügten verbindliche Streichungen. Über sie erfahren wir aus einem Protestantrag der SPD-Fraktion vom November 1930, der mit den Stimmen der KPD-Stadtverordneten angenommen wurde. Der Antrag zählt auf:

„Nach rigorosem Abbau der Fürsorgeunterstützungssätze (nunmehr): Streichung sämtlicher Mittel für Winterbeihilfen, zur Unterstützung in außerordentlichen Fällen, zur Gas- und Stromverbilligung für Minderbemittelte, - Streichung sämtlicher Mittel für Weihnachtsspenden und -feiern, u.a. für Jugendheim, Kinderbewahranstalten und Krankenhaus, -Streichung von Summen, die vornehmlich der Unterstützung dienen: Verfügungssummen der städtischen Körperschaften, der Mittel für freiwillige Hilfsorganisationen, des Unterstützungsfonds für notleidende Arbeiter, Angestellte und Beamte. Die Kinderspeisung Unterernährter in den Schulen soll zum größten Teil beseitigt, die Schulentlassenbeihilfe abgeschafft, die Gewährung unentgeltlicher Lernmittel äußerst geschmälert werden. - Die Eingriffe in den Haushalt des Kindererholungsheims Bonnewitz, das durch Einstellung unsinniger Summen für Miete, Reinigung und Heizung unrentabel arbeiten muß, bedeuten schon jetzt praktisch eine Schließung des Hauses trotz des anerkannt schlechten Gesundheitszustandes unserer Schuljugend.“¹²¹

Soziale Fürsorgelasten bedrückten die Kommunen zu keiner anderen Zeit in so erschreckendem Maße wie während der Weltwirtschaftskrise. Sehr bald waren ja die Mehrzahl der Arbeitslosen in die Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung geraten.

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ Stadtverordnetenprotokolle Oktober 1930-Dezember 1930, Bl. 163.

Allein für die Krisenunterstützung (das sogenannte Krisenfünftel, 20 % der Krisenunterstützung) wandte die Stadt auf:¹²²

Jahr	RM
1928	9 697,00
1929	60 732,96
1930	157 392,90
1931	175 660,85
1932	ca. 110 000

Die Beträge für die Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung stiegen noch schneller an.

Die Stadt verfolgte mehrere Projekte, mit deren Hilfe sowohl anstehende städtische Probleme gelöst als auch Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Dafür hoffte sie, Landeszuschüsse zu erhalten. Eine Hoffnung, die sich als trügerisch erwies.

So nahm die Stadtverordnetenversammlung am 2.7.1929 eine Vorlage an, die den Bau für eine Umgehungsstraße zum Gegenstand hatte. Sie sollte von der Dresdner Straße abzweigen, zur Rottwerndorfer /Seminarstraße führen und später schräg durch die Viehleite nach Krietzschwitz erweitert werden.¹²³ Die Hoffnung, dafür Landeszuschüsse zu erhalten, erfüllte sich aber nicht.

Mehrfach gab es Vorstöße zum Talsperrenbau.

So folgte die Stadtverordnetenversammlung am 19.2.1929 einem Dringlichkeitsantrag der KPD-Fraktion, der den Rat beauftragte, „sofort Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen, um der zu erwartenden Hochwassergefahr entgegenzutreten. ...Die Reichs- und Landesregierungen werden ersucht, eine durchgreifende Hilfsaktion einzuleiten, um die Schäden dieser Naturkatastrophe zu beseitigen. Die Mittel sind durch Streichung unsozialer Positionen in den Etats zu erlangen.“¹²⁴ Im Juli wurde folgender Protestantrag der KPD einstimmig angenommen: „Das Stadtverordnetenkollegium erhebt Protest gegen das Sparprogramm der Reichsregierung und auch der Landesregierung von Sachsen. Insbesondere erstreckt sich der Protest gegen die Vorenthaltung der Zuschüsse für die als dringend notwendig anerkannten und geforderten Talsperren im östlichen Erzgebirge.“

Das Stadtverordnetenkollegium fordert, daß zur Linderung der Erwerbslosigkeit und zur Sicherung der Bevölkerung Mittel bereitgestellt werden zur sofortigen Durchführung der geforderten Talsperrenbauten als Notstandsarbeit.“¹²⁵

In der Sitzung am 16.12.1930 beantragte der Stadtverordnete und Reichstagsabgeordnete Rädels, daß die Gemeinden unter Führung Pirnas von der Regierung unverzüglich den Bau des Hochwasserschutzes, also Talsperren, fordern sollten.¹²⁶

Dem wurde entsprochen: Am 29.1.1930 z.B. fand in der „Tanne“ eine große Protestversammlung zur Ablehnung des Talsperrenbaus im Gottleuba- und Müglitztal durch die Reichsregierung statt. In ihr traten die Bürgermeister der betroffenen Orte und aller Parteien in sonst sel-

¹²² StAP, B III-XXI, 26, Statistische Erhebungen 1931-1947, Bl. 66 ff.

¹²³ PA 4.7.29, S.9:

¹²⁴ Stadtverordnetenprotokolle I/1929, Bl. 99.

¹²⁵ Juli 1929: Stadtverordnetenprotokolle II/1929, Bl. 193. Siehe auch: III/1929, Bl. 29 ff.

¹²⁶ Stadtverordnetenprotokolle Okt-Dez.1930, Bl. 268 ff

tener Einmütigkeit auf.¹²⁷ Die Reichsregierung wies diesen wie alle anderen bis 1932 unternehmenen Vorstöße in dieser Sache zurück. Sie steckte eher Millionen in die angeschobene Flotten- und Armeeaufrüstung.

Je weiter die Krise währte, desto mehr war die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Handlungsfähigkeit beschnitten oder gar gelähmt. Das seit 1930 durch immer mehr Notverordnungen eingeschnürte Recht auf Gestaltung und Entscheidung der Haushaltpläne bot fast keine Spielräume für die Lösung der zahlreichen kommunalen Probleme. Immer wieder drängten zahlreiche Forderungen der Tausenden von Notleidenden zu Hilfsmaßnahmen. Da sie aber mit zusätzlichen Finanzaufwendungen verbunden waren, scheiterten sie fast alle. Die Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen nahmen darüber an Härte zu. Die KPD-Leute warfen der SPD-Fraktion vor, die Interessen der Erwerbslosen nicht konsequent zu vertreten; die SPD-Vertreter antworteten mit dem Vorwurf kommunistischer Irreführung, da doch auch ihnen bekannt sein müßte, in welcher trostloser Lage die städtischen Finanzen wären. Nazi-Reinhold goß dazu noch Öl ins Feuer, als er in der Sitzung am 17.12.1931 einwarf, die SPD-Stadtverordnete Seifert befände sich „in Sachsen in einer schlechten Lage, weil sie nicht wisse, ob sie an den roten oder faschistischen Galgen käme.“¹²⁸ Die Rivalität zwischen den Vertretern beider Arbeiterparteien schadete ihnen selbst am meisten. Bei der Wahl des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung im Januar 1932 warteten die Bürgerlichen mit einem gemeinsamen Vorschlag auf, während SPD und KPD jeweils mit eigenen Kandidatenvorschlägen den kürzeren zogen. Die KPD-Fraktion erklärte dann dazu: „Die Kommunen sind in der Hand der National- wie Sozialfaschisten (als) wichtige Instrumente der herrschenden Klasse für die Durchführung ihres Hungerprogramms gegen die Werktätigen.“ Völlig unbegründet war da die Rede von einer „nationalen und sozialfaschistischen Einheitsfront im Stadtverordneten-Kollegium.“¹²⁹ Solche Entgleisungen folgten der von der Kommunistischen Internationale vorgegebenen Linie des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, aber sie standen in eklatantem Widerspruch zu den Erfahrungen vor Ort! Alle Beschlüsse zugunsten der Arbeitenden und Erwerbslosen, zu einer Reihe sozialer Maßnahmen kamen in der Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen beider Parteien durch, meist initiiert durch die KPD, mehrere aber auch durch die SPD, wobei beide jeweils durch den anderen akzeptierte Zusätze einbrachten.¹³⁰ Im Sitzungsprotokoll vom 28.6.1932 lesen wir: „Gegen die SPD polemisierte Ehrlich (KPD) und ruft zu gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus“ auf.¹³¹ Aus diesem Widerspruch fanden die KPD-Vertreter nicht hinaus.

Durch rüden Ton zeichnete sich der Nazi-Verordnete Reinhold aus. Der bezeichnete die SPD als verantwortlich für die „Mißwirtschaft des Systems“, bediente sich der Bezeichnung „Untermenschentum“ in Hinblick auf die Kommunisten;¹³² erklärte bei anderer Gelegenheit, Frau Seifert (SPD) habe „einen großen Mund, der ihr im Dritten Reich gestopft werden soll;“¹³³ sprach von der SPD als „Verbrecherpartei“ und von „jüdischen Schweinen“ in der SPD-Reichstagsfraktion¹³⁴ und kassierte einen der ihm zahlreich zuteil gewordenen Ordnungsrufe, als er „die Burschen vom Zentrum als die größten Schufte in Deutschland“ bezeichnete.¹³⁵

Der aggressive und konfrontative Ton in den Stadtverordneten-Sitzungen, aber auch die Wirkungslosigkeit der parlamentarischen Bemühungen veranlaßten den Stadtverordneten-

127 PA, 31.1.1930, S.7. Vgl. auch: PA, 25.7.1930, S.6: Stadtverordnetensitzung vom 22.7.30: Anträge der Stadt an die Zentralbehörde; E III, 49, 9, S.28 (Löser-Chronik 1928)

128 Stadtverordnetenprotokolle Bd. III/1931, Bl.268f.

129 Stadtverordnetenprotokolle Dezember 1931-März 1932, Bl. 116-118.

130 Dazu finden sich in den Stadtverordnetenprotokoll-Bänden zahlreiche Belege.

131 Stadtverordnetenprotokolle II und III 1932, Bl. 118.

132 Stadtverordnetenprotokolle Bd. III/1931, Bl. 169ff.

133 Stadtverordnetenprotokolle Dezember 1931-März 1932 Bl. 116-118.

134 Ebenda, Bl. 241 ff.

135 Stadtverordnetenprotokolle II und III 1932, Bl. 118.

Vorsteher Prof. Heinrich (DDP/Staatspartei), sein Amt und sein Mandat im Februar 1932 nach kurzer Amtszeit niederzulegen.¹³⁶

Die Haushaltpläne fanden 1931 und 1932 keine Mehrheit mehr. Sie wurden nach weiteren Streichungen, meist im Sozialbereich, durch die Kreishauptmannschaft als übergeordneter Behörde auf dem Notverordnungsweg in Kraft gesetzt. Im Mai 1932 erklärte Reinhold (NSDAP), dies, der Plan für 1932/33, sei der letzte Haushaltplan des „Systems“ gewesen.¹³⁷

5. Ein braunes Rinnsal wird zur Flut

Seit dem gescheiterten Hitler-Putsch vom 9. November 1923 in München schien die NSDAP in der Bedeutungslosigkeit zu versinken und in mehrere Grüppchen zu zerfallen.

Die seit 1924 eingetretene relative politische Konsolidierung der Weimarer Republik und die zeitweilige ökonomische Stabilisierung boten keinen besonders günstigen Boden für extremistische Bestrebungen. So dümpelte die NSDAP im Ganzen auch bis 1929 recht bescheiden dahin.

Ihre politischen Intentionen waren ja bei den zahlreichen anderen rechtsgerichteten Parteien, Gruppierungen und Wehrverbänden ebenso aufgehoben und im Schwange: die Legende vom „Dolchstoß in den Rücken der unbesiegten Front“, der Haß auf die Novemberrevolution und die aus ihr hervorgegangene Weimarer Republik, der Kampf gegen den Versailler Vertrag und die Erfüllungspolitik der Parteien der Weimarer Koalition, die völkisch-nationalistische Ideologie, der Feldzug gegen den „Marxismus“ - bis hin zu einem ausgeprägten Antisemitismus.

Aber all diesen rechten Parteien, wie denen der bürgerlichen Mitte, ermangelte es an wirklichem Masseneinfluß, Aktivismus und Mobilisierungsfähigkeit für Zeiten politischer Instabilität. Und solche Zeiten waren seit 1929 unverkennbar angebrochen.

Erst die schweren Erschütterungen durch die 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise mit ihren tiefen sozialen Einbrüchen und Konflikten schlossen den Boden auf für die Verkündigungen und die nach allen Seiten hin großzügig abgegebenen Versprechungen eines Adolf Hitler und seiner Partei.

Unser Kreis wurde durch die Krise, wie wir gesehen haben, außerordentlich schwer betroffen. 1932 waren gerade noch 31,6 % der Arbeitskräfte im Vergleich zu 1928 in der Industrie Pirnas beschäftigt,¹³⁸ und auch die teilweise nur in Kurzarbeit. Zahlreiche Kleinhandwerker, Einzelhändler, Angestellte, untere Beamte, Rentner, Klein- und Mittelbauern gerieten in den Krisenstrudel und waren von sozialem Abstieg und häufig vielgestaltiger Not betroffen. Sie alle suchten Auswege, Schuldige, rasche Lösungen. Viele Arbeiter verloren den Glauben an die Fähigkeiten eines kapitalistischen Systems, gleichzeitig auch weite kleinbürgerliche Schichten an die der parlamentarischen Demokratie, die sich zudem mit dem Übergang zu

¹³⁶ Vgl. dazu die Erklärung Heinrichs, ebd., Bl. 193-194. Heinrich war erst am 19.1.1932 in das Amt gewählt worden. PA, 28.2.32, S.2.

¹³⁷ Stadtverordnetenprotokolle II und III 1932, Bl. 29-30.

¹³⁸ 3618 gegenüber 11462 Arbeitern.

Präsidialkabinetten¹³⁹ Schritt für Schritt selbst aufhob. Das Kabinett Brüning wälzte durch zahlreiche Notverordnungen die Krisenlasten auf die unteren Volksschichten ab.

Die bürgerliche Rechte wurde sich zunehmend einig über den Kurs auf die Überwindung des „Weimarer Systems“ und den Übergang zu Formen autoritärer Herrschaft (DNVP, Stahlhelm, Jungdeutscher Orden u.a.)

In Führungskreisen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften währte man sich in der Rolle eines „Arztes am Krankenbette des Kapitalismus“. Die KPD sah die kapitalistische Gesellschaft als reif zur Ablösung und propagierte ihre Überwindung durch proletarische Revolution und Diktatur des Proletariats, wofür alle Voraussetzungen fehlten.

Alle die bald weitgehend proletarisierten „Mittelständler“ zeigten in Krisensituationen eine beachtliche Anfälligkeit für die Demagogie der äußersten Rechten.

In diese Räume der allgemeinen Verunsicherung stieß die NSDAP mit ihren demagogischen Verheißungen vom „Dritten Reich“ und seinem Führer Adolf Hitler vor.

5.1 Die Organisation der Nazibewegung im Kreis Pirna

Die Hitler-Partei schuf im Kreis Pirna ihre ersten Stützpunkte 1924 bereits in Neustadt¹⁴⁰ und im Mai 1925 in Bad Schandau. Nach anderen Angaben sollen bereits 1923 NSDAP- Stützpunkte in Schandau und Neustadt bestanden haben.¹⁴¹ Das waren vorerst isolierte Zellen mit wenigen Mitgliedern. Danach folgte zunächst keine erkennbare Ausbreitung von örtlichen Organisationen. Das heißt aber nicht, daß es überhaupt keinen Zuwachs gegeben hätte.

Ein erstes Anzeichen für die Existenz der Nazipartei in der Kreisstadt tritt uns im Pirnaer Adreßbuch für 1927 entgegen. Dort ist die „NSDAP, Hitler-Bewegung, Ortsgruppe Pirna“ angezeigt. Als Versammlungsheim wird der Amtshof am Tischerplatz angegeben, als 1. Vorsitzender Martin Anger. Dann heißt es: „Die NSDAP fordert den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland. Als oberstes Ziel der Partei gilt >Gemeinnutz geht vor Eigennutz<. Klassenunterschiede kennen wir nicht, wir kennen nur Deutsche. Die Mitgliedschaft kann nur erwerben, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Juden sind ausgeschlossen. Der Geist der Partei wird noch gepflegt in der S-A und Hitler-Jugend. Als Symbol gilt das Hakenkreuz.“¹⁴² Martin Anger war gleichzeitig 1. Vertrauensmann des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Ortsgruppe Pirna.¹⁴³ Da die Vorbereitung eines Adreßbuches längere Zeit in Anspruch nahm, kann davon ausgegangen werden, daß eine Gruppe der Nazipartei bereits seit 1926 bestanden haben kann. So ist es auch erklärlich, daß öffentliche Veranstaltungen schon vor dem Jahre 1929 stattfanden. Dennoch gibt es hier Widersprüche, denn im Oktober 1939 feierte die NSDAP-Ortsgruppe Pirna ihr zehnjähriges Bestehen!¹⁴⁴

139 Regierungen, die sich nicht mehr auf eine parlamentarische Mehrheit stützten, sondern vom Reichspräsidenten eingesetzt waren und die Legislative mit Notverordnungen ausschalteten (Brüning, v.Papen, v.Schleicher).

140 PA, 25.4.39, S.2: PA, 17.4.34, S.12; PA, 24.7.39, S.6: 15-Jahr-Feier der Ortsgruppe Neustadt der NSDAP. Erste im Kreis Pirna. Erster SA-Führer: Sturmhauptführer Franz Riedel, Ehrenhauptsturmführer Mende, Stadtrat Martin Hörsig, Ratsherr Pfeifer, OGL Paul Müller, der die OG seit 1931 leitet, Dir. Szantner, Pirna - als Kreis der ersten genannt, auf Bild verewigt. Auch stellv. Bgmstr. Hermann Schade gehörte zu ersten.

141 PA, 11.4.35, S.2 (Bürgermeister Baumann, OGL Hans Sigl, 1925). Vgl. Clemens Vollnhals (Hg.), Sachsen in der NS-Zeit. Leipzig 2002, S. 251 (Anm. 5).

142 Adreßbuch für Pirna 1927, S. 34/35.

143 Ebenda, S. 31/32.

144 PA, 10.10.1939, S.5: „Aus Anlaß des 10j. Bestehens der NSDAP-Ortsgruppe Pirna gab deren Gründer Reinhold rückschauenden Bericht.“ Ein Appell fand statt, „bei dem auch die ersten SA-Führer Köpp, Sandmann und Bernitt anwesend waren.“

In Pirna trat am 19.5.1928 in einer öffentlichen Versammlung (bei Drechsel in der Braustraße) kein geringerer als der damalige führende „Theoretiker“ der Nazipartei Gottfried Feder zum Thema „Brechung der Zinsknechtschaft, Staat ohne Steuern“ auf. Einen Tag vor der Reichstagswahl wollten wohl einheimische Förderer oder Einzelmitglieder ein Zeichen setzen.¹⁴⁵ Immerhin verzeichneten sie bei der Reichstagswahl 1928 144 Wähler in Pirna, 61 in Heidenau, aber in Neustadt 67 und Bad Schandau 78, in Königstein 44.¹⁴⁶ In der gesamten Amtshauptmannschaft wählten 861 die NSDAP.

Im August 1929 entstand eine NSDAP-Ortsgruppe in Heidenau¹⁴⁷, von Dresden aus ins Leben gerufen. Einzelne NSDAP-Mitglieder und Anhänger wird es vorher schon gegeben haben, sonst wären diese Gründungen in einem Anlauf kaum gelungen. In der Kreisstadt verkündete der 1926 auf der „Liste der Beamten und Arbeitnehmer“ zum Stadtverordneten gewählte kaufmännische Angestellte Martin Anger im Oktober 1929, daß „er sich von jetzt ab als Vertreter der NSDAP betrachte“.¹⁴⁸ Die Stadtverordneten wurden im November 1929 neu gewählt. Die NSDAP nominierte dazu 8 Kandidaten, erreichte aber nur ein Mandat, das Paul Reinhold, in Copitz gescheiterter Bäckermeister und dann Arbeiter, einnahm – bis 1932 der einzige NSDAP-Stadtverordnete.¹⁴⁹ Im Sommer 1932 gesellte sich Kurt Walter zu ihm. Walter, der auf der Liste der Beamten und freien Berufe nachgerückt war, erklärte, er wäre seit längerem Mitglied der NSDAP und bat um Platzzuweisung neben Reinhold.¹⁵⁰

Reinhold trat zeitweise auch als Ortsgruppenleiter auf. Die wirkliche Leitung der Ortsgruppe lag aber in den Händen des Dresdner Bezirksleiters William Richter, der bis 1932 die wesentlichen Aktionen und großen Veranstaltungen einberief und einleitete.

1929 war auch schon die SA da, die ihr Domizil im Café Scholze am Dohnaschen Platz aufschlug. Als Parteilokal und/oder Geschäftsstelle tauchte 1930 der „Amtshof“ auf,¹⁵¹ im November 1931 befand sich die Geschäftsstelle in der Dohnaschen Straße 13¹⁵² und im Juli 1932 in der Gartenstraße 28^{II}.¹⁵³

- Anfang 1930 unternahm die Pirnaer NSDAP-Ortsgruppe Vorstöße ins nähere Umfeld mit Veranstaltungen in Struppen,¹⁵⁴ Rathewalde und Stadt Wehlen¹⁵⁵ und startete in Liebstadt einen weiteren mit dem Thema „Über Bauernnot und Volkseind“.¹⁵⁶ Die Heidenauer Ortsgruppe rief neue Organisationen in Dohna, Weesenstein, Bosewitz, Borthen und Köttewitz ins

145 PA, 19.5.1928, S.12.

146 PA, 22.5.1928, S.6/7.

147 PA, 7.8.29, S.2.

148 PA, 17.10.1929, S.2. Anger war gleichzeitig Vorsitzender der OG des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. (Adreßbuch 1925, S. 26: Vertrauensmann: Martin Anger, Kamenzer Str. 4^{II} und PA, 15.2.28, S.10). - NSDAP-Kandidaten: Reinhold, Paul, Arbeiter; Anger, Martin, kaufmännischer Angest.; Jahn, Reinhard, Studienrat; Wagner, Paul, Elektromonteur; Rühle, Paul, Steuersekretär; Mörl, Alfred, Schneider; Nestler, Willi, Angestellter; Kottwitz, Karl, ehem. Polizeibeamter.

149 Adreßbuch für Pirna 1927, S.116: Reinhold, Gustav Paul, Bäckermeister, Hauptplatz 15. - B III-XXII, 859, Gewerbeabmeldungen 1928-1946, Nr. 64: Reinhold, Gustav Paul, Hauptplatz 15, Bäckerei, Ausstellungstag der Anzeigebescheinigung: 30.9.25, Abmeldung: 18.5.1928.

Bei den Stadtverordnetenwahlen ziehen auch in Bad Schandau und in Stadt Wehlen je 2 NSDAP-Leute in die Stadtparlamente ein. Einer, Schubert, wird in Stadt Wehlen sogar Vorsteher. Vgl. PA, 19.11.1929, S.5.

150 Stadtverordnetenprotokolle II und III 1932, Bl. 86/87.

151 PA, 26.9.1930, S.8. Am Fischerplatz.

152 PA, 20.11.1931, S.4.

153 PA, 19.7.1932, S.4.

154 PA, 31.1.1930, S.8)

155 PA, 6.3.30, S.4.

156 PA, 10.5.30, S.4).

Leben.¹⁵⁷ Ende 1930 bestanden bereits Ortsgruppen in allen Städten und in einer Reihe von Dörfern des Kreises.¹⁵⁸

Die zahlenmäßige Stärke der Pirnaer NSDAP-Ortsgruppe hielt sich bis 1931 in bescheidenem Rahmen. Nun sind nicht alle aktiven Anhänger der NSDAP auch gleich deren Mitglieder geworden. Weitaus mehr betätigten sich gewiß in deren „Gliederungen“, der SA, SS, HJ u.a. Das spiegelt sich in den Teilnehmerzahlen z.B. an SA-Aufmärschen wider, die vor 1933 in Pirna stattfanden.

- Über das Wachstum der NSDAP im Kreis gibt es nur wenige indirekte Informationen. Auf dem Bezirkstag der NSDAP im Januar 1932 in Stadt Wehlen wurde verkündet, daß in den letzten 5 Monaten die Mitgliederzahl um 110 % gestiegen sei.¹⁵⁹ In einer Amtswaltertagung im Juni 1932 hieß es, die Zahl der Ortsgruppen habe sich (gegenüber wann?) verdoppelt, die Mitgliederzahl sei auf das 6-fache angewachsen.¹⁶⁰ Daraus könnte gefolgert werden, daß sich seit der 2. Jahreshälfte 1931 der Zulauf zur NSDAP verstärkte und besonders seit Anfang 1932 geradezu Massenzulauf stattgefunden hätte.

StAP, F IV-III, 8, Bl. 26: Heftchen zum „Braunen Tag“ in Pirna am 24.7.32. 8 Seiten, davon 6 Seiten Annoncen von Firmen und Gastwirtschaften.

5.2. Richtungen brauner Agitation und „Zielgruppen“

Da der „Pirnaer Anzeiger“ relativ breit über alle nennenswerten Veranstaltungen, Aufmärsche und Kundgebungen der NSDAP und ihrer Gliederungen seit 1929 berichtete, erhalten wir dorthin einen Überblick über ihre politische Agitation. Der „PA“ verhalf dadurch den Nazis zu breiter Publizität, noch ehe sie mit eigenem regionalem Presseorgan aufwarteten und trug damit wesentlich zur Verbreitung faschistischen Gedankenguts bei. Eindeutig wohlwollend und kritikfrei verhalf er der Nazibewegung im Kreis, ihre faschistische Ideologie in vorwiegend kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten einsickern zu lassen, die ja zu seinem bevorzugten Leserkreis gehörten. Das ist so verwunderlich nicht, „weil Hitlers Ideologie nie etwas anderes war als die Übersteigerung von Ideen, die schon lange vor ihm da waren.“¹⁶¹ Bereits im September 1928 brachte der „PA“ einen langen Bericht über eine Hitler-Rede in Dresden, die abschließend so kommentiert wurde: „Man braucht sich nicht ohne weiteres zu seinen Ideen zu bekennen, die zu einem Teil mindestens nicht realisierbar sind. Seine Liebe fürs Deutschtum, seine Hochachtung vor deutscher Kultur, deutschem Können, deutschem Schaffen und deutschem Wesen sollte Gemeingut des Volkes werden. Dann würde die Einigkeit und Stärke des deutschen Volkes sich von allein ergeben.“¹⁶² – Nationalismus kittete da schon Konservative bedenklich an die Nazis.

Berichte über Vorgänge aus dem Umkreis der SPD oder gar der KPD, so es sie überhaupt gab, lassen dagegen an negativer Bewertung bis zur Gehässigkeit nichts zu wünschen übrig. Das nur nebenbei.

157 PA, 6.11.1930, S.7

158 PA, 26.9.40, S.5: Zum 10jährigen Bestehen der OG Gottleuba: Im Nov. 1929 vier der Pirnaer OG beigetreten: Walter Pielenz, Richard und Rudolf Täubrich, Franz Reuschel. Nach Landtagswahlen im Nov. 1930 auch Fritz Lorenz, Fritz Rösler, Erich Franke und Herbert Kropfgans, so daß OG am 24.9.30 gegründet. Leiter: Pielenz. Gründungslokal: „Taubenschlag“ bei Täubrich. Hinweis auf schwere Auseinandersetzungen 1932.

159 PA, 14.1.1932, S.6.

160 PA, 21.6.1932, S.8.

161 Giordano, Ralf, Die Traditionslüge. Köln 2000, S.134.

162 PA, 20.9.28, S.2.

Sehr viele Veranstaltungen der NSDAP in unserem Kreis wandten sich an ganz bestimmte soziale Schichten.

„Über Bauernnot und Volkseleid“ wurde in Liebstadt referiert.¹⁶³ Im Rahmen eines „Grenzlandtreffens“ in Bad Schandau im Oktober 1930 fand eine große Bauernkundgebung im Kurhaus statt.¹⁶⁴ Öffentliche Bauernversammlungen gab es im Herbst 1930 noch in Stürza, Weesenstein, Burgstädtel, Borthen, Köttewitz, Pirna, Walthersdorf b. Liebstadt. Für die letztere wurde als Referent der Landwirt Reinhold Kretzschmar aus Reinhardsdorf erwähnt, der als eifriger Propagandist nazistischer Bauernpolitik in der Folgezeit bei mehreren Bauernversammlungen auftrat. Sein Thema in Liebstadt: „Über Wirtschafts- und Rassefragen“.¹⁶⁵ Bei den sächsischen Landwirtschaftskammerwahlen im Mai 1931 erhielt die Liste der NSDAP bereits die absolute Mehrheit. Auf dieser Liste kam auch der „Gutsbesitzer Kretzschmar“ aus Reinhardsdorf in die Sächsische Landwirtschaftskammer.¹⁶⁶

1931 und 1932 verdichteten sich ländliche Aktivitäten, auch in Gestalt von SA-Aufmärschen. Sehr bald entstanden die ersten ländlichen Ortsgruppen: Rathewalde, Stürza, Weesenstein, Borthen, Köttewitz u.v.a. Dennoch gelang das nicht überall auf Anhieb. Die Gründung solcher Ortsgruppen brauchte ja nicht nur die massive Einflußnahme von außen, sondern neben aufbereitetem Boden auch Leute, die sich für diese Partei in ihrer Wohn- und Arbeitsumwelt zu engagieren bereit waren. In Cunnersdorf b. Königstein entstand eine Ortsgruppe erst Ende Januar 1932.¹⁶⁷

In den Bauernversammlungen wurde „Deutschlands Erneuerung aus seinem Blute heraus“ beschworen,¹⁶⁸ das natürlich am reinsten dort zu haben war, wo es mit der „Scholle“ verbunden war („Blut- und Boden“-Mystik). Die große Verschuldung vieler Bauernwirtschaften und Güter wurde mit dem „jüdischen Wucherkapital“ in Verbindung gebracht. Den Bauern gaulkte man mit der „Aufhebung der Zinsknechtschaft“ im „Dritten Reich“ eine „Bauernbefreiung“ vor.

Zwischen dem Sächsischen Landbund und der NSDAP entwickelte sich eine immer engere Zusammenarbeit, die vor allem durch Schumann, Zatzschke,¹⁶⁹ und Schnutz, Meusegast, vermittelt wurde.¹⁷⁰

Im Oktober 1930 startete die erste spezielle Mittelständler-Versammlung in den „Deutschen Bierstuben“ in Pirna,¹⁷¹ wo das Wirtschaftsprogramm der NSDAP im Mittelpunkt stand. Dabei zog man besonders gegen Warenhäuser, Konsumvereine und Einheitspreisgeschäfte zu Felde. Hier lag man auf gleicher Welle mit dem Gewerbeverein und den Forderungen des Bezirksausschusses des Handwerks.¹⁷² Wenn dieser Bezirksausschuß auch seine politische Neutralität bekräftigte, um „Druck nach allen Seiten ausüben zu können“.¹⁷³ so wurde doch seine Nähe zur NSDAP zunehmend größer und sein Syndikus Franke dann nach dem Machtantritt sofort ihr Mitglied. Im März 1932 trat die „Kampfgemeinschaft gegen Warenhaus und

163 PA, 10.5.1930, S.4.

164 PA, 4.10.1930, S.2.

165 PA, 24.12.1930, S.6.

166 PA, 25.5.1931, S.2. Wahlergebnisse: Liste Sächsischer Landbund: 7800; Liste NSDAP: 12179; Liste Kommunisten: 69; Kreisdirektion und landwirtschaftliche Vereine (nur Vogtland): 563. Damit wird deutlich, daß 1931 bereits mehr als die Hälfte der sächsischen Bauernschaft unter dem Einfluß der NSDAP stand!

167 PA, 24.1.1932, S.7. Ortsgruppenleiter: Wollrad.

168 PA, 6.2.1932.

169 Schumann avancierte nach 1933 zum Kreisbauernführer.

170 PA, 12.3.1932 und B III-XXVII, 366 b, Bl. 182.

171 PA, 25.10.1930.

172 Vgl. z.B. PA, 18.6.1929, S.18.

173 PA, 15.3.1931, S.15.

Konsumverein“ mit einer Kundgebung in Pirna an die Öffentlichkeit.¹⁷⁴ Nun gab es das Kaufhaus Reiner in Heidenau seit 1914, das Kaufhaus Albert Langer, vorm. E. Rohr in der Dohnaschen Straße und das EHAPE in der Breiten Straße in Pirna – allesamt in jüdischem Besitz. Da wurden doch antisemitische Ressentiments gleich mitbedient. Und die Konsumvereine entstanden doch als Einrichtungen der Arbeiterbewegung.¹⁷⁵

Irritiert waren manche kleinen Unternehmer, Handwerker, Händler und Bauern ob der „sozialistischen“ Anklänge im Programm der NSDAP. Dem wurde in zahlreichen Bauern- und Mittelständerversammlungen Rechnung getragen. So trat der NS-Reichstagsabgeordnete Corswant im Oktober 1931 an, um die wirtschaftlichen Ziele der NSDAP zu erläutern. Der „Pirnaer Anzeiger“ entschloß sich zu ausführlicherer Berichterstattung. So erfahren wir, der Nationalsozialismus wolle die „Enteignung der Enteigner“ herbeiführen, womit insbesondere die Großbanken gemeint wären und die „Monopolstellung des nicht vom Staate zu erfassenden Kapitals“. Die „Zinsknechtschaft“ solle gebrochen werden. Im Lande solle alles produziert werden, was nur möglich sei - bei Drosselung unnötiger Importe. „Wir seien ein armes Volk, müßten also auch bescheidener leben.“ Corswant erklärte, man müsse auch „an die Lösung der sozialen Frage“ herangehen, äußerte aber dazu nichts Konkretes. Im übrigen wären Wirtschaft und Politik zu trennen. Verwiesen wurde dabei auf Hitlers Erklärung: „Er lehne es ab, sich auf wirtschaftspolitische Dinge festzulegen. Die Einzelheiten hingen mit der Entwicklung der Verhältnisse zusammen und müßten den neuen Zuständen angepaßt werden.“¹⁷⁶

Die Beschränkung der ausländischen Konkurrenz, die Forderung nach Schutzzöllen und die Beseitigung der Schulden- und Zinsenlast waren natürlich für Bauern, gehobenen und unteren Mittelstand in der Krise anziehende Aussichten. Was die verschwommene „Enteignung der Enteigner“ anlangte, hatte Mutschmann,¹⁷⁷ einem Unternehmer brieflich eindeutig erklärt:

„Lassen Sie sich doch nicht immer durch die Schlagworte >Nieder mit dem Kapitalismus!<, die wir auf unsere Plakate schreiben, verwirren. Diese Schlagworte sind notwendig. Sie müssen wissen, mit der Losung >Deutschnational oder National< allein würde es nie möglich sein, unser Ziel zu erreichen. Wir müssen die Sprache der verbitterten sozialistischen Arbeiter sprechen, sonst werden sich diese nie bei uns zu Hause fühlen. Aus diplomatischen Gründen können wir nicht mit unserem wirklichen Programm herauskommen, ohne dessen Durchführung von vornherein unmöglich zu machen.“¹⁷⁸

So unumwunden konnte man das in Massenversammlungen natürlich nicht tun, aber selbst die verschwommenen Mitteilungen wurden von denen, die es anging, durchaus verstanden. Dazu braucht man sich nur die Wahlergebnisse für die NSDAP in vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Dörfern und gut bürgerlichen Wohngebieten der Städte anzusehen.

Als sich im Sommer 1932 der Organisationsgrad weiter ausgebildet hatte und auch mehr Gelder zur Verfügung standen, verlegte man die Geschäftsstelle in die Gartenstraße. Dort gab es u.a. öffentliche Beratungsstellen für Kriegsfürsorge, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe.¹⁷⁹

Besonders nahm man sich auch der Beamten an. Ihnen waren eine ganze Reihe von Versammlungen gewidmet, in denen es um die „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ ging und gegen die „Parteibuchbeamten“ zu Felde gezogen wurde. Als ob die Novemberrevolution

174 B III-XXVII, 366 b, Bl. 152.

175 Die ersten in Sebnitz, Mügeln und Pirna in den 90er Jahren des 19. Jh.

176 PA, 10.10.1931, S.10. Vgl. auch PA, 31.10.1931, S.7 und PA 4.11.1932, S.4.

177 NS-Gauleiter von Sachsen.

178 Czok, Karl (Hg.), Geschichte Sachsens. Weimar 1989, S. 466

179 PA, 19.7.1932, S.4. Gartenstraße 28.

im Kreis Pirna wie anderswo auch nur einen kaiserlichen Beamten von seinem Posten verdrängt hätte! Herr v. Thümmel war im Kreise Pirna bereits unter Wilhelm II. Amtshauptmann, blieb es die ganze Weimarer Republik über und erreichte seinen Ruhestand unter den Nazis.¹⁸⁰ Ebenso stammten die wesentlichsten Beamten der Amtshauptmannschaft und Pirnas aus dem alten kommunalen und Landesstaatsapparat von vor 1918. Allerdings gab es in einigen Orten doch sozialdemokratische Bürgermeister wie in Heidenau, Struppen, Reinhardsdorf u.a.

An dieser Stelle sei ein Vorgriff gestattet: Als dann 1933 nach dem „Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ alle, meist sozialdemokratischen „Parteibuchbeamten“ entlassen wurden, erwies es sich, daß ihrer nur verschwindend wenige waren. Ebenso verhielt es sich mit der Behauptung, der Weimarer Staatsapparat wäre „jüdisch durchsetzt“. In Pirna gab es keinen Fall der Entlassung nach dem Arierparagraphen dieses Gesetzes.¹⁸¹

Andererseits begaben sich aber schon zahlreiche Nazis in die Startlöcher, um nach einer „Machtergreifung“ sofort entsprechende Posten zu besetzen. Vorarbeit dazu leistete gewiß auch die im Oktober 1932 erwähnte Beamten-Arbeitsgemeinschaft der NSDAP-Ortsgruppe.¹⁸² Ihr Anliegen war bestimmt nicht nur der Kampf um die Rücknahme der durch das Brüning-Kabinett verfügte Kürzung der Beamtenegehälter und -pensionen. Für das „Dritte Reich“ war ein Beamtenapparat unerläßlich, der sich strikt an „Sauberkeit, Ordnung, Pünktlichkeit und strengste Pflichterfüllung“ hielt.¹⁸³ So strömten denn auch im März 1933 Beamte und kommunale Angestellte in hellen Scharen als „Märzgefallene“ zur NSDAP.¹⁸⁴

Auch des Wählerpotentials der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen versicherte sich die NSDAP mit mehreren Versammlungen gerade für diesen Personenkreis.¹⁸⁵

Der Einbruch in die Lehrerschaft, die auch mehrfach angesprochen wurde, gelang mit Hilfe solcher Leute wie dem Studienrat Jahn von der Höheren Mädchenschule, der 1929 am Aufbau der SA beteiligt war und Anfang 1930 die HJ in Pirna gründete, deren erster Bezirksführer er bis Ostern 1932 war.¹⁸⁶ Der Gewerbestudienrat Munkelt war stellvertretender Ortsgruppenleiter in Pirna und trat in mehreren Orten als eifriger Propagandaredner auf.¹⁸⁷ Letzteres gilt auch für Oberlehrer Rößler aus Gottleuba und Mildner aus Dohna. Ihr Gebiet waren die Bereiche Frauen und Familie, Rasse und Religion. Während eines Kulturabends im „Schwarzen Adler“ im November 1931¹⁸⁸ zog Mildner „gegen die marxistischen Erziehungsmethoden und den sich immer mehr ausbreitenden Kulturbolschewismus“ zu Felde.

Nachdem Anfang 1931 zum Beitritt in den „Deutschen Frauenorden Rotes Hakenkreuz“, Gruppe Pirna der NSDAP, eingeladen wurde,¹⁸⁹ konnten am 24.3.1931 „Gründungsfeier und Werbeabend“ für den „Deutschen Frauenorden mit Jungmädelsgruppe und Hitlerjugend“ stattfinden.¹⁹⁰

180 PA, 16.12., S.2: AHM v.Thümmel tritt am 1.1.1937 in Ruhestand. Nachfolger: Dr.v.Zobel.

181 Vgl. Engelmammn, Bernt, Einig gegen Recht und Freiheit, Göttingen 1995, S. 129/130!

182 PA, 15.10.1932, S.4.

183 Formulierungen des Kreisleiters Sterzing vor den städtischen Beamten anlässlich der Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Pirnaer Rathaus. „Freiheitskampf“ Nr. 57 vom 8.3.1933, in: B III-II, 587, Bl. 12.

184 Als Märzgefallene bezeichneten die „Alten Kämpfer“ der NSDAP die im März zur Nazipartei hinzuströmenden neuen Mitglieder.

185 Z.B. PA, 25.1.1932, 12.3.1932 u.a.

186 Vgl. B III-XVI, 244, Studienrat Reinhard Jahn 1929-1938 und B III-XVI, 314, Beschwerde Oberschulrat Dr. Hesse gegen Studienrat Jahn.

187 Vgl. u.a. PA, 29.5.1932, S.4.

188 PA, 25.11.1931, S.2 und 10.

189 PA, 15.2.1931, S.8.

190 PA, 25.3.1931, S.4.

Verhältnismäßig schwach ausgeprägt waren im Pirnaer Bezirk anscheinend die Bemühungen, in Arbeiterkreise einzubrechen. Erst am 1.12.1931 rief die NS-Ortsgruppe zu einer „Gewerkschaftsversammlung“ im „Feldschlößchen“ zum weitgespannten Thema: „Harzburger Tagung, Tarifrechte, Sozialversicherung, Gewerkschaften und Nationalsozialisten.“ Gewerkschaften und RGO wurden aufgefordert, sich der Diskussion zu stellen.¹⁹¹ Der Bericht über diese Versammlung hielt sich in bescheidenen Grenzen. Mitgeteilt wird aber, daß der Kommunist Fritz Ehrlich in der Diskussion dem Redner entgegengetreten sei. Sonst sind keine spezifischen Arbeiterversammlungen nachgewiesen. Dennoch muß es in einigen größeren Betrieben gelungen sein, Betriebszellen der NSBO zu schaffen. Maßgeblich daran beteiligt war der Werkmeister Karl Stievermann.¹⁹²

Selbstverständlich war auch die Arbeiterklasse alles andere als politisch homogen. Das äußerte sich nicht nur in der Gespaltenheit in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel. Zwischen Klassenzugehörigkeit und Klassenbewußtsein gibt es keinen Automatismus. Zwar gelang den Nazis bis 1933 in Pirna wie im Reich kein Einbruch in die Front der kommunistisch/sozialdemokratischen Arbeitermassen, aber sie konnten dennoch zunehmend in nationalistischem Sinne ansprechbare Arbeiterkreise gewinnen. Für diese war die Zusicherung, der Nationalsozialismus werde binnen kurzem die Arbeitslosigkeit beseitigen, ein starkes Beteiligungsmotiv. Der Faschismus konnte nur Erfolg durch den Aufbau einer Massenbewegung haben, und mußte deshalb auf den Zuspruch aus der Arbeiterschaft aus sein. Das äußert sich ja bereits in der verlogenen Formulierung des Namens der Partei als Nationalsozialistische Arbeiterpartei. Zudem kopierte der Faschismus in Italien wie in Deutschland wesentliche Elemente der Arbeiterbewegung: Massendemonstrationen, Symbole, die Zusammengehörigkeit signalisierten, eigenes Liedgut – bis hin zur Übernahme und Verfälschung des alten Arbeiterliedes „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“.¹⁹³ Die SA war ein erstes Sammelbecken für ansprechbare Arbeiter. Da konnte man sogar etwas werden! Der Arbeiter Alfons Sandmann aus Pirna war einer der ersten SA-Sturmführer im Kreis. Der erste Ortsgruppenleiter und erste Stadtverordnete der Nazis in Pirna, Paul Reinhold, prangte überall mit seinem sozialen Status als Arbeiter. Arbeiter fanden sich auf den Kandidatenlisten der NSDAP zu Stadtverordnetenwahlen 1929 und 1932.¹⁹⁴

Im übrigen gibt eine Versammlungankündigung vom 26.1.1932 ein Musterbeispiel für jene NS-Praxis, allen alles zu versprechen: „Wie beseitigt Adolf Hitler Arbeitslosigkeit, Wohnungselend, Wohnungsnot, Zinsknechtschaft, Wirtschaftselend, Bauernsterben, Inflationsgefahr und Deflationsbetrug?“¹⁹⁵

5.3. Die Nazis in Pirna und der Antisemitismus

Bereits in der Einladung zur ersten größeren Naziversammlung in Pirna, hieß es: „Juden haben keinen Zutritt!“¹⁹⁶ Im bereits erwähnten Kulturabend der NS-Ortsgruppe Pirna im November 1931 erhielt Oberlehrer Rößler, Gottleuba, Gelegenheit zu längeren antisemitischen Ausfällen um das Thema „Ursachen des moralischen und sittlichen Tiefstandes des deutschen Volkes“. „Schuld an diesem Zustand trage jenes Volk, das seit erdenklichen Zeiten heute noch keine Nation sei, das jedes Land sein >Vaterland< nenne und sich in jedem dieser Länder als dessen Schädling zeige. Wie überall in der Welt, so arbeite diese Rasse auch in Deutschland mit den raffigierigsten Mitteln an der Zerstörung der bodenständigen Kultur und

191 PA, 1.12.1931, S.4.

192 Später Kreisbetriebszellenleiter und Landesleiter des Deutschen Werkmeisterverbandes in der DAF (Deutsche Arbeitsfront).

193 Vgl. Hartung, Dieter, Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus. Berlin 1983, S.220 ff.

194 In Pirna neben Reinhold der Elektromonteur Paul Wagner, in Heidenau der Apparateführer Hermann Thomaschke und der Arbeiter Hugo Schlosser. Vgl. PA, 13.11.1929)

195 PA, 26.1.1932, S.7.

196 PA, 26.9.1929, S.8.

treibe vor allem als unerbittlicher Feind des Christentums eine radikale Vernichtungspolitik gegen dieses. Dank seiner Schlaueit und seines überzüchteten Geistes hätten es diese internationalen Weltbürger verstanden, das Geld und Gold der Welt in ihre Hand zu bekommen und zu behalten, und mit dieser stärksten Waffe beherrschten sie die Völker, hetzten sie gegeneinander und brächten sie, wie das grauenhafte Schulbeispiel Sowjetrußland zeige, an ihren völligen Ruin.“

In einer Copitzer Versammlung unter dem Thema „Die Offensive beginnt!“ wurde gefordert, „die Juden müßten vertrieben werden, jedoch ohne ihr in Deutschland zusammengehamstertes Geld.“¹⁹⁷ Ähnliches ließe sich noch weiter belegen. Antisemitische Vorstöße gab es sicher in fast allen Naziversammlungen und Kundgebungen. Der „Pirnaer Anzeiger“ hat sie bestimmt nicht alle der Erwähnung für nötig befunden.

5.4. Kriegspropaganda

Besonders häufig, intensiv und scharfmacherisch verbreitete sich der Dresdner Nazi-Führer v. Killinger¹⁹⁸ in Sachen Wehrhaftigkeit und Kriegsbereitschaft. Am 1.12.1930 verkündete er in der „Tanne“ in Pirna: Jeder wisse: „Geht mein Volk zugrunde, gehe ich auch zugrunde.“ Nationalsozialismus heiße: „Ich bin nichts, ich bin für mein Volk! Ich will sterben, daß mein Volk lebt! Wenn man uns nicht den Raum einräumen will, den wir brauchen, dann sind wir gewillt, uns den Raum mit dem Schwerte zu holen.“ Kriege, so betonte er, habe es schon immer gegeben, und Kriege werde es auch in Zukunft geben, denn Krieg sei Naturgewalt, sich mäßigen sei Dummheit. Um das Möglichste für sein Volk zu erreichen, müsse man auch das Unmöglichste leisten, das sei der Wille des Nationalsozialismus...

Der Krieg, so führte er weiter aus, sei durch die schwache Außenpolitik unserer damaligen Politiker mitverschuldet... Die kommenden Kriege werden Volkskriege sein und der tüchtigste Politiker werde der Führer sein.“ Stürmischer Beifall wurde ihm zuteil!¹⁹⁹ Im März 1931 äußerte er: „Nie wieder Krieg“ sei „gleichbedeutend mit dem Untergang eines Volkes.“²⁰⁰ Selbstverständlich wurde in allen diesen Versammlungen die Dolchstoßlegende strapaziert, manchmal in geradezu märchenhaften Varianten.²⁰¹ Die SA war ja auch als paramilitärische Organisation aufgezogen. Alter Frontgeist sollte in ihr gepflegt und an die Jungen weitergegeben werden, denen Kriegsteilnahme bis 1918 noch nicht vergönnt war. Hier gab es auch enge Berührung mit dem „Stahlhelm“, der Frontsoldatenorganisation unter dem Einfluß der Deutschnationalen Partei. Zwischen beiden Organisationen herrschte natürlich eine gewisse Konkurrenz, im Inhaltlichen aber doch weitgehende Gemeinsamkeit. Die wurde besonders zur Zeit der „Harzburger Front“ gepflegt. Schon auf der Reichsgründungsfeier des „Stahlhelm“ in Pirna im Jahre 1931 erklärte sich einer der Dresdner Stahlhelm-Kommandeure, Hauptmann a.D. Hauffe, für die „Beseitigung des gegenwärtigen Systems“, für ein „Drittes Reich“(!) und die Wiederherstellung der Wehrhoheit. Zitiert wird er mit den Worten: „Nie wieder werde man sich eine Wiederholung des 9. November gefallen lassen. Ein ähnlicher Versuch würde ohne Zögern von der grünen und braunen Front zusammengehauen werden.“ Hauffe wandte sich auch gegen den „Pazifismus, der in den Schulen den Kindern beigebracht“ werde. Er betonte den „Führergedanken“.²⁰² Was davon hätte die SA nicht mittragen können? Als dann die „Harzburger Front“ begründet war (11.10.1931), kam es auch direkt zu gemeinsamen Auftritten. So beteiligten sich sowohl SA (mit 1300 Leuten) und Stahlhelm (mit

197 B III-XXVII, 366 b, Bl. 124.

198 Manfred v. Killinger (1886-1944), ab März 1933 Staatskommissar und dann Ministerpräsident in Sachsen bis 1935.

199 PA, 4.12.1930, S.12.

200 PA, 12.3.1931, S.7.

201 PA, 31.7.1931, S.8.

202 PA, 20,1,1931, S.7.

60) an den Umzügen anlässlich des Bezirkstages Oberelbe der NSDAP in Heidenau Anfang Dezember 1931. Die NS-Redner betonten die Gemeinsamkeit mit dem Stahlhelm. Die nahm dann auch beim „gemeinsamen Nudel-Rindfleisch-Essen aus 15 Kesseln“ materielle Gestalt an.²⁰³ Als im Präsidentenwahlkampf des Jahres 1932 die NSDAP Hitler nominierte und DNVP/Stahlhelm mit einem eigenen Kandidaten (Duesterberg) im 1. Wahlgang und für Hindenburg im 2. Wahlgang antrat, da herrschte natürlich wieder politische Konkurrenz vor, mit rüderem Ton der Nazis gegenüber DNVP und Stahlhelm. Der DNVP wurde sogar Judenfreundlichkeit vorgeworfen.²⁰⁴

5.5. Schöner Schein²⁰⁵

Großes Militärkonzert, Platzmusik und „Deutscher Tanz“ gaben zuerst im September 1930 Kunde von ästhetischen Bedürfnissen und ihrer Befriedigung in der NSDAP-Ortsgruppe Pirna.²⁰⁶ Aufmärsche ohne Musik entbehren doch der eigentlichen Würze. Dazu fehlte es zunächst an Kapazität. Die SA-Standartenkapelle aus Dresden mußte herangeholt werden. Unter des Studienrats Jahn Leitung entstand zuerst eine HJ-Musikgruppe, die ab September 1931 „kulturelle Umrahmung“ lieferte.²⁰⁷ Es dauerte bis zum März 1932, ehe auch die Pirnaer SA unter Zigarren-Heinitzens Stabführung ihre Kapelle auftrittsreif hatte.²⁰⁸ Da war die Pirnaer SA bereits auf Standartenformation angewachsen. Das Lokalblatt zeigte sich äußerst angetan von den „schneidigen“ Auftritten der SA-Musikformationen. Der „Deutsche Tanz“ kündete deutlich von der Ablehnung der modernen Tanzmusik, die seit dem 1. Weltkrieg mit Jazz, Foxtrott und gar Charleston und anderen fremdländischen Tänzen die Säle erobert hatte und von den Nazis natürlich als „unvölkisch“ verworfen werden mußte.

Eigene Theaterabende, zwei davon mit der „Schlesischen SA-Bühne“, brachten entsprechende Tendenzstücke, wie „Sturm, ein Weckruf in 3 Aufzügen“ von dem Nazibarden v. Boetticher²⁰⁹ und „Die letzte Schicht“ mit Dialogen zwischen Nazis und Kommunisten, wobei letztere schließlich „von der Lehre der Nationalsozialisten bekehrt wurden.“²¹⁰ Dann versuchte sich aber auch „Pgn. Frau Dr. Winkler-Wendischfähre“ mit dem Theaterstück „Was deutsche Eichen rauschen“. Davon ist uns leider nur der vielsagende Titel überliefert.²¹¹

Am Dohnaschen Platz 2 eröffnete im Sommer 1932 die „Deutsche Buchhandlung“ des Otto Baum und befriedigte das besondere nationalsozialistische Lesebedürfnis der Pirnaer Anhängerschaft.²¹²

Wie überall spielte auch der Propagandafilm in Pirna eine Rolle bei der Verbreitung faschistischer Ideologie und des Führerkults. Das geschah erstmals im September 1931.²¹³ Im Herbst sprach „Adolf Hitler im Tonfilm“. So wurde er endlich auch in Pirna vorgeführt, wenn man ihn auch nicht selbst heranziehen konnte. Dazu geliefert wurden gleich noch drei Propagandastreifen, einer davon, „Das neue Italien“, ein „Geschenk Mussolinis an Hitler.“²¹⁴ Das faschistische Italien erschien damals als nachahmenswertes Beispiel. So reiste als Redner „der berühmte Faschist Lino Righi-Zanon, Verona, Teilnehmer am Marsch auf Rom“ mit dem Vor-

203 PA, 8.12.1931, S.2 und PA, 13.12.1931, S.21.

204 PA, 23.10.1932, S. 19/20 und PA, 4.11.1932, S.4.

205 Vgl. zu diesem Thema: Reichel, Peter, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus. Frankfurt am Main 1996.

206 PA, 26.9.1930, S.8.

207 PA, 12.9.1931.

208 B III-XXVII, 366 b, Bl. 152.

209 PA, 20.11.1931, S.4.

210 B III-XXVII, 366 b, Bl. 94.

211 PA, 8.3.1932, S.7.

212 PA, 23.7.1932, S.4.

213 PA, 12.9.1931, S.12.

214 PA, 25.10.1932, S.4.

trag „Die Revolution des Faschismus. Das Italien von heute“ durch den Kreis und erregte lebhaftes Interesse und Beifall.²¹⁵

5.6. Politische Gewalt

Politische Gewalt bis zum politischen Mord durchzog die vierzehn Jahre der Weimarer Republik. Eindeutig bestimmbar ist ihr Beginn. Ausgangspunkt waren die Attacken zur blutigen Niederwerfung der Novemberrevolution 1918. Das begann mit jener Absprache zwischen Ebert und Groener am Abend des 9. November, mit militärischen Mitteln die Revolution in Berlin abzuwürgen. Damals lösten sich die dazu ausersehenen und in Marsch gesetzten Einheiten des Feldheeres jedoch kurzerhand auf. Daraufhin wurden zuverlässigere Einheiten formiert, die in den Dezembertagen blutige Versuche zur Entwaffnung der Volksmarinedivision unternahmen. Im Januar 1919 schlug dann die Stunde Noskes als „Bluthund“ bei der Aufstellung und Koordinierung der konterrevolutionären Verbände, die gegen das „rote Berlin“ eingesetzt wurden und in mehrtägiger Schlächtereier über 1500 meist Arbeiter, die zum Schutze der Revolution angetreten waren, umbrachten.²¹⁶ Erschlagen wurden die beiden prominenten Führungsmitglieder der eben gegründeten KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Freikorps, stockreaktionäre, republikfeindliche Verbände unter Führung kaisertreuer Offiziere und mit Fußvolk aus Landsknechten und sozial Enwurzelten, fanden ihren Einsatz im März 1919 bei der Zerschlagung der Rätebewegung. Im Mai 1919 erstickten sie die Bayrische Räterepublik im Blute. Aus ihnen gingen spezielle Mordkommandos hervor, wie die „Organisation Consul“. Auf deren Konto kamen die Morde an Erzberger und Rathenau. Dann sahen sie ihre Zeit gekommen, im Kapp-Putsch die Republik durch eine Militärdiktatur zu zerschlagen. Manche ihrer Verbände trugen das Hakenkreuz am Stahlhelm. Bezeichnenderweise setzte die Reichsregierung genau jene Putschistenverbände, die die Arbeiterarmee aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet vertrieben hatte, zur Niederschlagung dieser Roten-Ruhr-Armee ein. Im März 1921 hauste die Soldateska in Mitteldeutschland (Halle, Merseburg, Leuna). Zu keiner Zeit war die Reichswehr der Weimarer Republik eine wirklich republikanische und verfassungstreue Staatsinstitution.

Als 1923 in Sachsen und Thüringen linkssozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierungen entstanden waren, wurden sie per Präsidialdekret aufgelöst und die „Reichsexekution“ durch Militärbefehlshaber verfügt.²¹⁷ Reichswehr marschierte im Oktober 1923 auch in das ruhige Pirna ein und machte rücksichtslos von der Waffe Gebrauch. Zwei ermordete und mehrere verwundete Arbeiter wurden Opfer der schießwütigen Truppe.²¹⁸

Der „Stahlhelm“, Bund der Frontsoldaten, war aus entlassenen republikfeindlichen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften hervorgegangen. Er verstand sich durchaus als verfügbare Reserve für militante antirepublikanische Aktionen ebenso wie für eine neue größere Wehrmacht, wenn man erst einmal die Beschränkungen durch den Versailler Vertrag abgeschüttelt haben würde. Seit 1920 bauten die Nazis die SA, seit 1925 die SS auf, militärisch organisierte Formationen für den Straßenterror, besonders gegen die KPD und andere Glieder der Arbeiterbewegung. Diese Gefahren für den Bestand der Republik waren aufrechten Demokraten bis weit ins bürgerliche Lager von Anbeginn bewußt. Aus der Arbeiterbewegung heraus entstanden deshalb Schutzorganisationen: Bewaffnete Hundertschaften aus

215 PA, 4.5.1932, S.4 und 20.7.1932.

216 Die Legende vom angeblichen „Spartakus-Aufstand“ geistert heute noch hier und da durch die historische Litaratur

217 Vgl. Fabian, Dr. Walter, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930. Löbau 1930, S.131-184.

218 Vgl. Rieger Heinz, Die revolutionäre Situation im Herbst 1923 und der Reichswehreinmarsch in Pirna. Pirna 1957. Eine Gendektafel am Pirnaer Rathaus erinnert an die Ermordeten.

kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern im Sommer/Herbst 1923, der Rote Frontkämpfer-Bund²¹⁹ und das Reichsbanner²²⁰ im Jahre 1924.

Der sozialen Spaltung der Gesellschaft, der labilen politischen Kräftekonstellation, der konfliktgeladenen und militanten politischen Auseinandersetzung war also stets die Tendenz zur Austragung politischer Konflikte mittels physischer oder gar militärischer Gewalt eigen. Die Justiz dieser Republik war dabei im übertragenen wie wörtlichen Sinne auf dem „rechten Auge blind“, und auch den Staatsorganen kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie vorzugsweise gegen militante Linke vorgingen, während die militante Rechte mit Nachsicht und Milde rechnen konnte.²²¹ Der RFB wurde im Mai 1929 in Sachsen verboten; SA und SS erst im Jahre 1932 für wenige Monate.

Während der Weltwirtschaftskrise kam es zunehmend zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Nazis einerseits und Kommunisten, Sozialdemokraten und Mitgliedern weiterer proletarischer Organisationen andererseits.

Der erste derartige Zusammenstoß in der Amtshauptmannschaft Pirna ereignete sich im Mai 1930. Zum Heidenauer „Schützenhaus“ zogen rund 300 uniformierte NSDAP-Anhänger aus Dresden, Pirna, der Sächsischen Schweiz in „geschlossenem Zug unter Sang und Hörnerklang durch die Stadt“ zum Versammlungslokal. Diesen Aufmarsch empfanden kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter im roten Heidenau als Provokation. So hatten sich beim Einmarsch der SA-Leute eine größere Anzahl vor dem Schützenhaus eingefunden und äußerten lautstark ihr Mißfallen, das bald in eine Schlägerei überging. Die 11 anwesenden Heidenauer Polizisten versuchten die Kämpfenden zu trennen, wurden der Lage aber nicht Herr. Eine Hundertschaft der Landespolizei wurde herbeigerufen. Als sie eintraf, war allerdings alles vorbei. Der Samariterdienst, auch Arbeiter-Samariter, hatten die Verletzten versorgt. Unter den Schwerverletzten war auch der Nazi-Rechtsanwalt Dr. Mangler aus Dresden-Laubegast, der zu den SA-Leuten sprechen sollte. Für ihn sprang dann v. Tschammer und Osten, der spätere Reichssportführer Hitlers ein.²²²

Die Staatsanwaltschaft sah von vornherein die Schuld für den Zusammenstoß bei den Kommunisten. Vierzehn von ihnen standen im Januar 1931 im sogenannten Heidenauer Aufrührprozeß in Dresden unter Anklage des Landfriedensbruchs und der Körperverletzung. Vier von ihnen wurden zu Gefängnisstrafen zwischen 9 und 3 Monaten verurteilt, 10 freigesprochen. Die im Prozeßverlauf offenkundig gewordene Nazitäterschaft (Verwendung von Bierseideln, Zaunslatten, Stahlruten und die beeideten Aussagen über von ihnen ausgelöste Gewalttätigkeiten, auch durch Heidenauer Polizisten), wurde nicht weiter verfolgt.²²³

Diesem ersten registrierten Zusammenstoß zwischen Nazis und vorwiegend kommunistisch orientierten Arbeitern, besser Arbeitslosen, folgten weitere, größere und weniger schwere. „Viele Gruppen junger Leute stehen in den Straßen der Stadt (Pirna) beieinander, aus denen Anrempelungen und Schlägereien hervorgehen“, heißt es in einer lokalen Meldung. Es wäre wiederholt zum Aufeinanderprallen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen.²²⁴ „Eine ernstliche Warnung des Polizeiamtes der Stadt Pirna vor Belästigung politisch Andersdenkender“ wurde veröffentlicht. Mitgliedern aller Parteien wurde Schutz zugesagt und mäßiges Einwirken der Vorstände auf Mitglieder und Anhänger angemahnt. Bei wei-

219 1924 von der KPD ins Leben gerufen, aber mit vielen parteilosen Mitgliedern.

220 Auf Initiative der SPD gegründet, aber auch von der Demokratischen Partei und dem Zentrum mitgetragen.

221 Vgl. Angermund, Ralph, Deutsche Richterschaft 1919-1945. Frankfurt am Main 1996, S.31-40.

222 PA, 16.5.1930, S.2.

223 PA, 28.1.1931, S.3 und PA, 3.2.1931, S.2.

224 PA, 28.2.1931, S.2.

teren Ansammlungen und Zusammenrottungen wurden Verbote von Umzügen und Kundgebungen auf allen öffentlichen Straßen angekündigt.²²⁵

Am 24.6.1931 gab es dennoch ein erstes Todesopfer. Auf der Copitzer Vogelwiese forderte der „Heidenauer Kommunist Wagner“ einen Nazi auf, sein Hakenkreuz (von der Kleidung oder einem Stand?) zu entfernen. Als dies nicht geschah, kam es zur Schlägerei, bei der der Nazi ein feststehendes Messer zog und Wagner in die Brust stieß. Der Nazi, dessen Name nicht überliefert ist, wurde festgenommen, Wagner ins Pirnaer Krankenhaus eingeliefert, wo er tags darauf seinen Verletzungen (Lungenstich) erlag.²²⁶ Der „Pirnaer Anzeiger“ läßt uns im Unklaren, ob es dazu ein Gerichtsverfahren wegen Totschlags gab, während er doch sonst über selbst vergleichsweise geringe Strafen berichtete, die gegen Kommunisten verhängt wurden.

Mehrfach zu tätlichen Auseinandersetzungen kam es in Gottleuba. Im Februar 1932 verhandelte das Pirnaer Amtsgericht gegen vier Nazis „wegen körperlicher Mißhandlung von Gegnern“. Ihnen war in Gottleuba ein Strafbefehl zur Zahlung von je 60 RM zugegangen, wogegen sie beim Amtsgericht Einspruch einlegten. Das Amtsgericht verminderte die Strafen auf 40 bzw. 25 RM, „da sie wahrscheinlich nur aus Angst und Nervosität gehandelt haben, da sie mit Verstärkung des Gegners rechneten.“ Zum Tatvorgang: Am 15.11.1931, gegen 19 Uhr, war es vor dem Gottleubaer SA-Heim zu einer Schlägerei gekommen „zwischen einem SA-Mann und einem politischen Gegner.“ Drei SA-Leute kamen aus dem Heim zu Hilfe. Diese drei erhielten die Strafen. Der erste wurde mangels Beweises freigesprochen.²²⁷

In der Nacht zum Sonntag, dem 13.3.1932 war es in Gottleuba erneut zu politischen Zusammenstößen gekommen. Der Vorgang landete im November 1932 vor dem 4. Strafsenat des Dresdner Landgerichts. 25 Angeklagte standen vor Gericht: 3 Mitglieder des Reichsbanners bzw. der Eisernen Front, 14 Kommunisten aus Berggießhübel und Gottleuba und 8 Nazis aus Gottleuba, Berggießhübel und Pirna. Gegen 24 lautete die Anklage auf Waffenmißbrauch, gegen zwei Nazis aus Gottleuba wegen gemeinschaftlich begangener schwerer Körperverletzung und gegen den 29jährigen Ernst Jirka aus Pirna wegen Beamtennötigung. Zum Tathergang erfahren wir: Zwischen 24 und 1 Uhr entstand in der Nähe der Gastwirtschaft „Taubenschlag“, dem Verkehrslokal der Nazis, eine Schlägerei. Die Nazis zogen daraufhin eine Verstärkung aus Pirna mit mehreren Kraftwagen heran. Zwischenzeitlich waren auch Kommunisten aus Berggießhübel erschienen. In der Nacht zogen Trupps von Nazis durch Gottleuba. Am Kirchberg kam es zwischen 2 und 3 Uhr erneut zu Zusammenstößen. Dabei wurden „Spazierstöcke, Ochsenruten und Gummiknüppel“ eingesetzt. Die Gottleubaer SA-Leute Gäbler und Horn schlugen mit Stöcken auf den Berggießhübler Kommunisten Kurt Rietschel ein und schleiften ihn an den Beinen fort. Sein Bruder wurde durch einen Schuß schwer verletzt. Jirka (SA-Sturmbannführer aus Pirna) trat gegenüber der Polizei mit der Forderung auf, Kommunisten nach Waffen zu durchsuchen, sonst würde sich die SA die Waffen selbst holen. Auf der Rückfahrt nach Pirna wurden 4 Pkw der SA von der Polizei kontrolliert. Zwei Gummiknüppel nahm man ihnen ab.²²⁸

Und nun das Urteil: Von 24 wurden 12 wegen Waffenmißbrauchs verurteilt: Der Reichsbannerfunktionär und Obstpächter Richard Schäfer erhielt 6 Monate Gefängnis,²²⁹ die beiden

225 PA, 1.3.1931, S.2.

226 PA, 25.6.1931, S.3 und 26.6.1931, S.2.

227 PA, 3.2.1932, S.10.

228 PA, 15.3.1932, S.2.

229 Natürlich gehörte Richard Schäfer dann zu den ersten, die im März 1933 in das SA-Schutzhaftlager Hohnstein eingeliefert wurden. Im März 1945 wurde er im KZ Sachsenhausen ermordet. Vgl. Chronik Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes auf dem Territorium der ehemaligen Amtshauptmannschaft Pirna. Pirna/Sebnitz 1983, S. 21, 71, 79.

anderen Reichsbannerleute je 3 Monate. Von den 14 Kommunisten wurden 2 freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Dabei erhielten die am schwersten verletzten Brüder Rietschel aus Berggießhübel je 4 Monate, die übrigen 10 je 3 Monate. Von den 8 Nazis wurden 3 freigesprochen, fünf zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Jirka ging frei aus. Das Gericht kam zu dem Schluß, Richard Schäfer habe die Veranlassung zu den Zusammenstößen gegeben. Wer den Schuß auf Rietschel abgegeben hatte, konnte anscheinend nicht ermittelt werden.²³⁰

Am Tage dieses Vorgangs, am 13.3.1932, erfolgte per Notverordnung des Reichspräsidenten die Auflösung der inzwischen auf 400 000 Mann angewachsenen Nazi-Bürgerkriegstruppe SA und der etwa 50 000 Mann starken SS für das ganze Reich. Von ihnen verübte Mordtaten, Überfälle auf Arbeiterversammlungen und Arbeiterviertel großer Städte, Pogromhandlungen gegen jüdische Geschäfte und Staatsstreichdrohungen legten auch der wahrhaft nach rechts duldsamen Reichsregierung ein entschiedeneres Vorgehen nahe.

Aus Pirna erfahren wir dazu: „Von polizeilichen Maßnahmen gegen die Pirnaer SA (sei) bisher abgesehen worden, da sich die maßgeblichen Stellen auf die Kannvorschrift berufen. Das Gerede von Durchsuchungen im SA-Heim am Dohnaschen Platz entspricht nicht den Tatsachen.“²³¹

Eine Ergänzung zu Gottleuba: In der Stadtverordnetensitzung im August 1932 „weist (nach Eröffnung) der Stadtverordnete Przewloka darauf hin, daß heute wiederum ein Überfall von Mitgliedern der NSDAP auf politisch Andersdenkende stattgefunden habe.“²³²

Kaum war der zwischen Weihnachten und Neujahr 1931/32 von der Reichsregierung erklärte „politische Burgfriede“ mit Versammlungs- und Demonstrationsverbot aufgehoben, da veranstalteten die Nazis in Pirna-Neundorf am 6.1.1932 eine Großaktion mit Versammlung und voraufgegangener Werbezettelverteilung. Das geschah in einem Ort mit überwiegender Wählerschaft für KPD und SPD. Mit einer provozierenden Rede trat der Nazi-Gauredner Blume aus Chemnitz auf, in der er gegen KPD, SPD und Juden wettete. Starke SA-Präsenz aus Pirna war vor Ort. Bereits Tage vor der Versammlung hatte es Tötlichkeiten gegeben. Am Versammlungstage kam es dann zu massiven Schlägereien. Auf dem Rückwege nach Pirna schlugen SA-Leute unter dem Kommando des Sturmführers Willy Richter zahlreiche Arbeiter nieder, darunter den kommunistischen Stadtverordneten Pautzsch.

Natürlich hatten diese Vorgänge ein gerichtliches Nachspiel. In einem Landfriedensbruchsprozeß in Dresden wurden Ende April 1932 sieben Arbeiter aus Neundorf des Landfriedensbruchs, der Körperverletzung und des Waffenmißbrauchs angeklagt. „Sämtliche Angeklagte bestritten, an den Zusammenstößen schuld zu sein. Nach ihrer Darstellung sollte ein Überfall der NS vorgelegen haben“, heißt es im Prozeßbericht des „Pirnaer Anzeigers“. Dennoch verurteilte das Gericht 6 von ihnen zu Gefängnisstrafen zwischen 8 Monaten und einer Woche und 7 Monaten Gefängnis. Unter den Verurteilten befanden sich Alfred Vater und Arthur Thiermann.

Dann kam es aber doch noch zu einem Verfahren gegen einen 25jährigen Wirtschaftsgehilfen, der mit drei anderen SA-Leuten den Stadtverordneten Pautzsch zusammengeschlagen hatte. Der wurde wegen unerlaubten Waffenbesitzes (scharfgeschliffenes Seitengewehr) zu einer

230 PA, 15.3.1932, S.2 und 3; 16.11.1932, S. 2 und 3; 22.11.1932, S.2.

231 PA, 16.4.32, S.2.

232 PA, 14.8.1932, S.7. Da war die SA durch das Präsidialkabinett v.Papen wieder zugelassen!

Woche Gefängnis verurteilt; im Falle der schweren Körperverletzung an Pautzsch aber erfolgte Freispruch „wegen unterschiedlicher Aussagen der Zeugen“!²³³

Ein bezeichnender juristischer Akt ist in diesem Zusammenhange erwähnenswert. Der kommunistische Stadtverordnete Pautzsch hatte am 12.3.1932 auf dem Pirnaer Marktplatz anlässlich der Präsidentenwahl eine Rede gehalten und Hindenburg als „reaktionären Ausbeuter“ bezeichnet. Das 4. Schöffengericht in Dresden sah darin einen Verstoß gegen das Republikenschutzgesetz und verurteilte ihn zur Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis.²³⁴

Der Chemnitzer Nazi Baum aber, der in einer Pirnaer Versammlung die Weimarer Republik als „Verbrecherstaat“ und als „Saustaat“ bezeichnet hatte, kam ebenfalls wegen Verstoßes gegen das Republikenschutzgesetz mit zwei Wochen Gefängnis davon.²³⁵ Vor dem Gesetz sind alle gleich...

Man kann den Pirnaer Kommunisten den Vorwurf der Gewaltbereitschaft und -anwendung nicht ersparen, obwohl das die damalige soziale und politische Situation, in der sie standen, völlig ausblendet. Eines aber steht fest: Sie waren die entschiedensten und kompromißlosesten Nazigeegner. Ihre zeitweilige Losung: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“, klingt heute allzu rabiat.²³⁶ Aber sie setzten sich auch mutig in zahlreichen Nazi-Versammlungen als Debatteredner mit den Nazi-Parolen auseinander. Dafür finden sich auch im „Pirnaer Anzeiger“ viele Belege.

An der immer vorhandenen Bereitschaft zum Zuschlagen bei der SA aber auch in unserem Kreis besteht kein Zweifel. Neben einigen festgehaltenen Untaten zeugen schon die von martialischem Haß zeugenden Lieder der Hitlerfaschisten, die auch in unserem Kreis Verbreitung fanden.²³⁷

Aus einem Wahlmaterial der SPD für die Stadtverordnetenwahl am 13.11.32 in Pirna mit Kandidaten und Aussagen. U.a.: Reinhold habe im Stadtparlament Morddrohungen geäußert wie „Bald hängt ihr alle am Galgen!“ und „Ihr seid die ersten, die erschossen werden!“ F IV-III, 8, Bl. 71.

6. Die bürgerlichen politischen Kräfte Pirnas in der Weltwirtschaftskrise

Alle bürgerlichen Parteien tendierten während der Weltwirtschaftskrise nach rechts. Vielfach ging das einher mit der Auswechslung ihrer führenden Politiker.²³⁸

Im Zentrum, der Partei des politischen Katholizismus, setzte sich bereits 1928 der rechte Flügel um den Prälaten Kaas durch, wobei der „konservative und ständisch-autoritär denkende

233 B III-XXVII, Bl. 5-52, PA, 8.1.1932, S. 3; 13.4.1932, S.2; 28.4.1932, S.2.

234 PA, 7.8.1932, S.2. Im Jahre 1924 verurteilte ein Münchener Gericht einen Angeklagten, der den Reichspräsidenten Friedrich Ebert des Landesverrats bezichtigt hatte, zu der symbolischen Geldstrafe von 10 RM! Vgl. dazu: Angermund, a.a.O., S. 32!

235 PA, 31.7.1931, S.7.

236 Am 10.11.1931 verurteilte das ZK der KPD „jegliche Verfechtung oder Duldung von Ansichten, den Mordterror der Nazis mit individuellem Terror zu beantworten...als mit der Mitgliedschaft in der KPD unvereinbar.“ Vgl.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Chronik, Teil. II, Berlin 1966, S. 278. Wortlaut des Beschlusses in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 4, Berlin 1966, S.558-559.

237 Vgl. . Hartung, Dieter, Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus. Berlin 1983

238 Zur Charakteristik und Politik der bürgerlichen Parteien vgl. die jeweiligen Beiträge in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Leipzig 1983 f und Wilhelm Deist/ Manfred Messerschmidt/ Hans-Erich Volkmann/ Wolfram Wette, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt am Main 1995, S.74.

Mittelstand den Sieg über den linken Arbeitnehmerflügel davongetragen hatte.“²³⁹ Nationalistische und antiparlamentarische Tendenzen verstärkten sich und stützten so die parlamentsunabhängige Notverordnungsregierung Brünings (Zentrum). Brüning trat für Koalitionen zwischen Zentrum und Nazis in den Länderparlamenten ein, Kaas schlug schließlich im November 1932 dem Reichspräsidenten eine Regierung der „nationalen Konzentration“ unter Einbeziehung der Nazis vor.

Das liberale Spektrum war während der Weimarer Republik in Gestalt zweier Parteien präsent: der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP).

Die DVP war zwischen 1922 und 1932 in allen Regierungen vertreten. Mit ihrem Vorsitzenden Stresemann stellte sie den bedeutendsten Außenpolitiker der Weimarer Republik. Nach seinem Tode im Oktober 1929 geriet die Partei vollends unter den Einfluß ihres schwerindustriellen Flügels unter Eduard Dingeldey, der zu jenen gehörte, „die - aus welchen taktischen Motiven auch immer - die Nationalsozialisten in die Regierung nehmen wollten.“²⁴⁰ Während der Krise wanderten die meisten ihrer Wähler zur DNVP und zur NSDAP ab.²⁴¹

Die DDP war mit dem Zentrum und der SPD Träger der „Weimarer Koalition“, bekannte sich zu dieser Republik, trat für eine Verständigungspolitik in Europa ein und vertrat nach dem ersten Weltkrieg weitgehend pazifistische Positionen. Ihre Mitglieder fand sie in der Intelligenz, der Angestellten- und Beamtenschaft und im Mittelstand.

Seit Mitte der zwanziger Jahre wurde die DDP aber zunehmend von Flügelkämpfen geprägt und driftete gleichfalls nach rechts auf einen nationalistisch-revisionistischen Kurs ab, bis sie sich 1930 auflöste, als Deutsche Staatspartei neu gründete und sich mit nationalistischen und antirepublikanischen Organisationen wie dem „Jungdeutschen Orden“ und der „Volksnationalen Reichsvereinigung“ verband. Das hielt aber ihren Niedergang nicht auf. Erreichte sie 1930 noch 3,8% der Stimmen, so sackte sie bei den letzten Reichstagswahlen 1932/33 auf 1 % und weniger ab.²⁴²

Im ausgeprägt rechten Spektrum fand sich eine „Gruppe von politischen Parteien, Wehrverbänden, Kriegervereinen, politischen Sekten, Verbänden und Literaturzirkeln, die bei aller Verschiedenheit durch ein gemeinsames Ziel verbunden war: den Sturz des verhaßten Weimarer >Systems< und den Aufbau eines autoritären, nationalistischen Machtstaates.“²⁴³ Für sie fand Hugenberg (seit Oktober 1928 Vorsitzender der DNVP) 1929 während des Volksbegehrens gegen den Young-Plan den Begriff „Nationale Opposition“. Ihren Kern bildeten die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), der Frontsoldatenbund „Stahlhelm“, der Reichslandbund und die NSDAP. Seit diese rechten Kräfte im Oktober 1931 die „Harzburger Front“ mit dem Ziel der Zerstörung der Weimarer Republik und des gemeinsamen Kampfes gegen Demokratie, Liberalismus und Sozialismus gebildet hatten, gerieten sie immer stärker unter den Einfluß der NSDAP.

Alle wesentlichen Parteien der Weimarer Republik waren auch in der Amtshauptmannschaft Pirna vertreten. Im Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft hatten sie stets eine knappe Mehrheit, im Pirnaer Stadtparlament teilweise auch.

239 Wilhelm Deist/ Manfred Messerschmidt/ Hans-Erich Volkmann/ Wolfram Wette, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt am Main 1995, S.74.

240 Ebenda, S. 80-85.

241 Vgl. Wahlergebnisse in der Endphase der Weimarer Republik im Reich und in unserem Gebiet im Anhang.

242 Vgl. Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges, S. 85-88.

243 Ebenda, S. 40 ff.

In der Landes- und Reichspolitik verfochten die Pirnaer Mitglieder all dieser Parteien die Politik ihrer jeweiligen übergeordneten Leitungen und holten dazu auch oft Parteivertreter aus Reich oder Land, besonders zu Vorträgen vor Wahlen (Johannes Dieckmann, DVP;²⁴⁴ Mahraun, Jungdeutscher Orden; Hauffe-Dresden, Stahlhelm; Zentrum-Landesvorsitzender Pfarrer Kirsch-Reichenbach). Einige verfügten hier aber durchaus über aktive und redegewandte Vorsitzende; heraus ragt zweifellos Studienrat Oswald Müller (Seminarlehrer), der die DVP nicht nur in Pirna und im Kreis vertrat, sondern auch dem Landesvorstand angehörte.²⁴⁵ Auch der DNVP-Vorsitzende, Sanitätsrat Zahnarzt Dr. Huck war durchaus in der Lage, deutsche nationale Politik eindeutig zu formulieren.

Auffällig ist übrigens das politische Engagement von Lehrern. So war Prof. Heinrich²⁴⁶ Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei, später Staatspartei, Gewerbestudienrat Munkelt stellvertretender Ortsgruppenleiter der NSDAP, während Oberstudiendirektor Bartholomey dem Verein für das Deutschtum im Ausland vorstand und nach 1933 Begründer der Ortsgruppe der „Deutschen Christen“ wurde.

Alle Parteien aber waren weniger Mitgliederparteien, sondern mehr Wahlvereinigungen. Sie traten denn auch meist nur bei Wahlkämpfen an die Öffentlichkeit oder zu ganz besonderen Anlässen. Deshalb auch sind dichtere Aussagen über Entwicklung und Tätigkeit dieser Parteien kaum möglich. Eigene Archivbestände hat keine von ihnen hinterlassen.

In der kommunalen Politik lassen sich ihre Positionen anhand der Stadtverordnetenprotokolle und Berichte über Stadtverordnetensitzungen erkennen und verfolgen. Dabei unterscheiden sich die Verlautbarungen der Abgeordneten dieser Parteien kaum wesentlich voneinander. Wenn es zu Kontroversen kam, dann selten zwischen ihnen, sondern sie betrafen ihre gemeinsame Gegnerschaft zu Sozialdemokraten und Kommunisten, manchmal auch gegenüber dem NS-Abgeordneten Reinhold, dessen Rabulistik ihnen zuwider war. Dabei gab es durchaus Ansätze gemeinsamer bürgerlicher Kommunalpolitik. Studienrat Müller referierte in einer Versammlung der bürgerlichen Gemeindevertreter der Amtshauptmannschaft Pirna zum Thema „Der rote Ansturm auf die Rathäuser“. Er forderte zu Listenverbindungen bürgerlicher Parteien und Kräfte überall dort auf, wo eine Einheitsliste nicht zustande gekommen war, „um den Linken eine geschlossene bürgerliche Front entgegenzustellen.“²⁴⁷ In Pirna war keine Einheitsliste zustande gekommen, wobei man die NSDAP von vornherein nicht einbezog, die aber ihrerseits eine solche Liste ablehnte. Der „Pirnaer Anzeiger“ appellierte aber, „jeder einzelne bürgerliche Wähler muß es als ...heiligste Pflicht betrachten, für das Gemeindeparlament zu wählen, wenn es ihm darum zu tun ist, eine Linksmehrheit in seiner Gemeinde zu verhüten.“²⁴⁸

Am meisten fällt bei den bürgerlichen Parteien ihr ausgeprägter Nationalismus auf. Das ist besonders deutlich geworden im Zusammenhang mit dem 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Dazu gab es im Juni 1929 in Pirna und Heidenau, wahrscheinlich auch in einer ganzen Reihe anderer Orte, eine ganze Serie großer Kundgebungen gegen die „Kriegsschuldflüge“. In diese Kampagne ordneten sich auch die Evangelischen Arbeiterverei-

244 Der spätere Volkskammerpräsident in der DDR!

245 Müller war in Pirna bis zur Auflösung des Lehrerseminars als Seminaroberlehrer tätig. Er war auch rühriger Vorsitzender des Pirnaer Hausbesitzervereins.

246 Leiter des Realgymnasiums.

247 PA, 2.11.1929, S.2.

248 PA, 3.11.1929, S.2.

ne und die evangelische Kirche ein. So kam es zu einer Veranstaltungswelle, begleitet von Trauergeläut und Predigtgedenken in den Kirchen am 28. Juni.²⁴⁹

Die DNVP führte am 30.6.1929 eine eigene Kundgebung im Saal des „Schwarzen Adler“ in Pirna durch.²⁵⁰ Deutschnationale, der mit ihnen verbundene „Stahlhelm“, teilweise auch die rechtsliberale DVP, hatten die Weimarer Republik nie als ihren Staat akzeptiert, die parlamentarische Demokratie auch nicht als eine annehmbare Form politischer Ordnung gutgeheißen. Der Brandenburger Landesverband des „Stahlhelm“ äußerte sich bereits am 2.9.1928 so zur Weimarer Republik: „Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau..., weil er uns die Aussicht versperrt, unser geknechtetes Vaterland zu befreien und das deutsche Volk von der verlogenen Kriegsschuld zu reinigen, den notwendigen Lebensraum im Osten zu gewinnen, das deutsche Volk wieder wehrhaft zu machen.“ Der „Pirnaer Anzeiger“ veröffentlichte den vollen Wortlaut dieses Aufrufs.²⁵¹ Gegen Ende der Weimarer Republik drängten diese Kräfte der „nationalen Opposition“ geradezu auf eine Überwindung dieses „Systems“ durch Formen autoritärer Herrschaft. Der „Deutschnationale Arbeiterbund“²⁵² war ein Ableger der DNVP. Er bekannte sich zum „sozialpolitischen Programm“ der DNVP, zum Kampf gegen den „Marxismus“, für Volk und Vaterland, für den Arbeitsfrieden, und zu den „starken Wurzeln des Christentums“.²⁵³ Wie weit sein Einfluß reichte, wird wohl kaum mehr festzustellen sein, aber er war mehrfach in der lokalen Presse mit seinen Erklärungen hervorgetreten.

Der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (zeitweise Wirtschaftspartei) gelang es seit Mitte der zwanziger Jahre, beachtliche Wahlergebnisse im Kreis und in der Kreisstadt zu erzielen, wurde sie doch immerhin zur viertstärksten Kraft. Während der Krise wandten sich aber zahlreiche ihrer Mitglieder und Wähler mehr und mehr der NSDAP oder der DNVP zu.²⁵⁴ Ihre Aussagen in Wahlversammlungen stimmten im wesentlichen auch mit denen der NSDAP in Wirtschaftsfragen überein.²⁵⁵

Das „Sächsische Landvolk“, Teil des Reichs-Landbundes, trat auch in unserem Kreis seit Anfang der 30er Jahre unter der Bezeichnung „Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei“ auf²⁵⁶ und erfreute sich zeitweise in den ländlichen Gemeinden stärkeren Zulaufs bei Wahlen. Die Partei verstand sich als Interessenvertreterin der Bauernschaft, die seit 1928 in eine schwere Krise geraten war. Getragen wurde sie in unserem Kreis durch einige Gutsbesitzer: Dr. Dankmeyer aus Schmorsdorf und Schumann aus Zatzschke. Letzterer kandidierte für sie 1930 für den Landtag und wurde unter den Nazis zum Kreisbauernführer ernannt. In mehreren Versammlungen wurde ihre Nähe zu den Nazis offenbar. Die Kritik an denen zielte ohnehin lediglich auf deren vermeintlich „sozialistische“ Absichten.

Am 26.1.1930 erließ das Hochkapitell des „Jungdeutschen Ordens“ Richtlinien zur Vorbereitung einer „Volksnationalen Aktion“. Danach gründeten sich am 5. und 6. April 1930 in Berlin eine „Volksnationale Reichsvereinigung“ als Versuch einer neuen parteipolitischen Vereinigung der bürgerlichen Mitte.²⁵⁷ Bald darauf konstituierte sich in Pirna ein Kreisausschuß

249 PA, 25.6.1929, S.4 u.6. Am 6. Juni 1929 hatten die evangelischen Kirchenleitungen beschlossen, den zehnten Jahrestag von Versailles mit besonderen Trauergottesdiensten zu begehen.

250 PA, 30.6.1929, S.6.

251 PA, 5.9.28, S.5: „Die Grundübel des Parlamentarismus. Eine staatspolitische Kundgebung des Stahlhelms.“

252 1922 wurde dessen Pirnaer Ortsgruppe gebildet. Vgl. PA, 25.9.1932, S.10.

253 PA, 24.7.1931, S.7.

254 Vgl.: Fricke, Dieter, Lexikon zur Parteiengeschichte, Leipzig 1985, Bd.3, S.739 ff. Ortsgruppenvorsitzender in Pirna war Goldschmiedemeister Arno Hausding

255 Vgl.: PA, 5.11.1929, S.7.

256 PA, 4.2.1931, S.7. Die CNBL war 1928 aus einer Absplittierung von Reichstagsabgeordneten der DNVP und Teilen des Reichslandbundes hervorgegangen. Vgl. Fricke, Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, S. 434-439.

257 O/S, S. 442.

der Volksnationalen Vereinigung, die vom „Jungdeutschen Orden ausgehende Bewegung.“ Der Jungdo war bereits Ende 1929 und Anfang 1930 im Kreis recht aktiv geworden. Er startete eine ganze Serie von Vorträgen in Copitz, in Stolpen und anderswo. Staatsbürgerabende der Volksnationalen Reichsvereinigung gab es in einer ganzen Reihe von Städten und Dörfern, so z.B. in Liebstadt und Pratzschwitz. Besonders aktiv war dabei das Kreisausschußmitglied Lehrer Schmolke aus Stolpen, der Referate über „die derzeitige politische Lage“ hielt und sich über „die herannahende Produktionskatastrophe“ äußerte. Nach seiner Darlegung „war ein einiges Volk nötig“. Als große Gefahren bezeichnete er „die internationale Hochfinanz und den Bolschewismus.“ In Pirna gab es bei einem solchen Staatsbürgerabend im März 1930 überfüllte Tannen-Säle, wozu man sogar als Referenten den Pressewart des Jungdeutschen Ordens August Abel aus Berlin herbeiholte.²⁵⁸ Bemerkenswert bei alledem ist, daß die Gründung der Volksnationalen Reichsvereinigung erst am 5.4.1930 erfolgte.²⁵⁹ Ihre ersten Erfolge erreichte sie bei den Landtagswahlen in Sachsen im Juni 1930. Im Kreis Pirna erzielte sie 3564 Stimmen und kam in der Kreisstadt auf 563.²⁶⁰

Nach längeren vertraulichen Verhandlungen schlossen die DDP und die Volksnationale Reichsvereinigung ein Gründungsabkommen über die Schaffung der Deutschen Staatspartei ab. Das geschah am 27.7.1930.²⁶¹ Bereits wenige Tage später, am 18.8.1930, gründeten Vertreter der Volksnationalen Reichsvereinigung, also des Jungdeutschen Ordens, und der DDP einen Aktionsausschuß der Deutschen Staatspartei für die Stadt Pirna.²⁶² Ihre erste Wahlversammlung hielt die Ortsgruppe dieser neuen Partei unter der Leitung des Landmessers Quaas und mit Prof. Heinrich als Redner in Pirna-Neundorf ab.²⁶³ Der erwartete große Zulauf für diese neue Partei der bürgerlichen Mitte blieb allerdings in Pirna aus. Sie erreichte bei den Reichstagswahlen im September 1930 im Kreis den 5. Platz mit immerhin 6998 Stimmen und kam in Pirna auf 1381, damit auf Platz 4, in Heidenau sogar auf 925, womit sie dort nach SPD und KPD immerhin den 3. Platz belegte.²⁶⁴ Bemerkenswert ist die Begriffswahl, derer man sich in dieser Staatspartei bediente. So lesen wir im November 1930 in Veranstaltungen des Jungdeutschen Ordens, der ja Zweig der Staatspartei war, von der Notwendigkeit, „die deutsche Volksgemeinschaft fester zu schmieden“.²⁶⁵ Die Gründung der Deutschen Staatspartei hatte in Pirna wie überall allem Anschein nach nicht zu einer Verschmelzung des Jungdeutschen Ordens und der DDP geführt. Der Jungdeutsche Orden führte nach wie vor eigene Veranstaltungen und Kundgebungen durch. So kam am 2. und 3.5. der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Arthur Mahraun, zu Kundgebungen in den Kreis Pirna.²⁶⁶ Auch Anfang 1932 trat er in der Tanne mit Postinspektor Nitsche zu einer Veranstaltung auf, in der er „durch Siedlung zu Arbeit und Brot“ propagierte. Immerhin nahmen daran 250 Personen teil.²⁶⁷

Die Vereinigung der DDP mit dem „Jungdo“ zur Staatspartei hatte für diese demokratische Partei, die ja die Weimarer Koalition mit trug, durchaus keine positive Wirkung. Der Versuch, eine solche Partei der bürgerlichen Mitte als Sammlungsbewegung ins Leben zu rufen, scheiterte kläglich. In Pirna setzte im Jahre 1932 die völlige Schrumpfung dieser Partei ein. Sie

258 PA, 5.3. und 12.3.1930, Jeweils S.7.

259 O/S, S. 456.

260 PA, 24.6.1930, S.1 u. 5.

261 O/S, S. 477. Dieses Vereinigung bewährte sich nicht. Die Hoffnung, Kräfte des radikalisierten Kleinbürgertums zu vereinigen, zerstob bald. Zwischen beiden Organisationen gab es wesentliche Unterschiede, die „sich vor allem aus der Bindung der DDP an das vom Jungdo seit Jahren bekämpfte bürgerlich-parlamentarische System und aus dem Charakter des Jungdo als einem militaristischen Wehrverband (ergaben), der einen betonten Antisemitismus vertrat und den Liberalismus strikt ablehnte.“ (Lexikon zur Parteigeschichte. Leipzig 1983, Bd. 1, S. 605. Diese Unterschiede führten am 7.10.1930 bereits zum Austritt A. Mahrauns und seiner Anhänger. Dieses Experiment führte zu einer weiteren Schwächung der DDP durch Abspaltung ihres linken Flügels. (vgl. Ebenda, S.607). Im November 1930 löste sich die DDP auf und konstituierte sich als Deutsche Staatspartei neu.

262 PA, 22.8.1930, S.7.

263 PA, 31.8.1930, S.9.

264 PA, 16.9.1930, S. 9 und 10

265 PA, 3.12.1930, S.10.

266 PA, 5.5.1932, S.7.

267 B III-XXVII, 366 b, Bl. 67.

erreichte bei den Wahlen am 31.7.1932 gerade mal noch 22 % der Stimmen, die sie zwei Jahre vorher in der AHM Pirna auf sich vereinigen konnte. In der Stadt Pirna ging ihr Stimmenanteil von 925 auf 272 zurück.²⁶⁸ Diese Stimmenverluste setzten sich fort: im November 1932 waren es nur noch 1166 Stimmen in der AHM und 254 in der Stadt Pirna.²⁶⁹ Im ganzen Jahr 1932 war die DDP, wenn man nach den Veröffentlichungen des „Pirnaer Anzeigers“ geht, kaum noch durch größere Aktivität an die Öffentlichkeit getreten. Prof. Heinrich hatte im Februar 1932 sein Amt als Stadtverordnetenvorsteher und sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. Er war wegen seiner Verhandlungsführung angegriffen worden. Bei seiner Amtsniederlegung äußerte er, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden zu dieser Zeit einen ungeheuren Leerlauf darstelle, weil die Beschlüsse, die sie fasse, meist nicht ausgeführt werden könnten, da für die Gemeinden Geldmittel für die Verwirklichung dieser Beschlüsse nicht zur Verfügung stünden. Außerdem wäre er durch Parteigezänk und Verunglimpfungen, die er erlebte, derart frustriert, daß es ihm die Selbstachtung verbiete, diese Ämter weiter auszuüben.²⁷⁰ Es ist durchaus zu vermuten, daß ihm der Mißerfolg des Zusammenschlusses mit dem aktivistischen Jungdeutschen Orden nicht behagt hat und er die Tätigkeit an dieser exponierten Stelle in seiner Partei im Kreis aufgab.

Das Zentrum stützte sich im Kreis wie in der Stadt Pirna auf die katholische Minderheit, in der sie eine stabile Wählerschaft aufwies.²⁷¹ Es trat nur ganz selten mit politischen Erklärungen im Kreis an die Öffentlichkeit. Um so bemerkenswerter ist die „scharfe Auseinandersetzung“ mit der NSDAP in einer Pirnaer Wahlversammlung. Hier wurde auch das Bedauern darüber ausgesprochen, daß Führer des Protestantismus zu den Nationalsozialisten überschwenkten.²⁷²

Als für den Kreis Pirna auffällige Gruppierungen wären noch der Kolonial-Sturm "Dr. Carl Peters", Pirna und Umgebung zu nennen,²⁷³ der VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland), der vor allem von nationalistisch geprägten Lehrern getragen wurde,²⁷⁴ der „Alldutsche Verband“ mit den stärksten Stützpunkten in Pirna, Heidenau Königstein und Bad Schandau.²⁷⁵ Letzterer trat im Frühjahr 1932 gegen die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten auf und sprach sich gegen das Weimarer System, für einen „völkischen Staat“ und für einen „nationalen Kandidaten“ aus, ohne Hitler ausdrücklich zu erwähnen.²⁷⁶

Alle diese Vereinigungen begaben sich mit ihrem ausgeprägten Nationalismus und ihrer Ablehnung der parlamentarischen Demokratie letztlich mehr und mehr an die Seite der Nazis.²⁷⁷

Mit denen verband sie viel mehr als es Trennendes auszumachen gab.

Eine außergewöhnliche Äußerung aus dieser konfliktreichen Zeit sei hier noch wiedergegeben. Die Pirnaer Gruppe der Zeugen Jehovas veranstaltete Anfang Dezember 1932 einen Vor-

268 PA, 28.2.1932, S.2 f.

269 PA, 8.11.1932, S.2 f.

270 PA, 28.2.1932, S.2. Wie weit bei Heinrichs Rücktritt die Zerstrittenheit in seiner eigenen Partei eine Rolle gespielt haben mögen, läßt sich sicher nicht mehr feststellen. Die Deutsche Staatspartei stützte ja die Brüning-Regierung, durch deren Notverordnungen die Gemeinden in ihre aussichtslose Finanzlage geraten waren. Zur DDP vgl.: Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd.1, S.574-622.

271 PA 13.1.29, S. 7: Neuwahl des Vorstandes der Zentrumspartei-Ortsgruppe Pirna: Glasmachermeister E. Bluhm, Gewerkschaftsvorsitzender A. Diener, Sekretär Henning, Oberlehrer Karisch, Pfarrer de Lassalle.

272 PA, 17.7.1832, S.4.

273 Vgl. PA, 26.6.1930, S.8; 6.2.1932, S.8 („Die Koloniale Jugendgruppe Dr. Karl-Peters heißt nach dem Reorganisationsbefehl der Deutschen Kolonialgesellschaft Jetzt 'Kolonialsturm Pirna'“. Gruppenleiter: Röhrborn, Jugendführer: „Feldschaftsführer“ Rudi Richter).

274 Vgl. PA, 10.2.1932, S.8.

275 Vgl. PA, 12.11.1929, S.9;

276 PA, 20.2.1932, S.7

277 Vgl. dazu: Deist/Messerschmidt/Volkman/Wette, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt am Main 1993, S. 40-88; Fricke u.a., Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). In vier Bänden. Leipzig 1983-1986.

tragsabend in der Tanne vor vollem Saal zum Thema: „Weltfriede – ist er möglich?“ Die für den „Pirnaer Anzeiger“ bemerkenswerteste Stellungnahme in dieser Versammlung lautete: „Weltwirtschaft und Weltkapital seien die Hemmungsmittel, die der Menschheit nicht erlauben, so zu leben, als ihr zukomme.“²⁷⁸ - Eine bemerkenswerte Einsicht.

Die nachfolgende Übersicht zeigt in aller Deutlichkeit die Wählerwanderung im bürgerlichen Lager von den wesentlichsten bürgerlichen Parteien zu den Nazis bei den Wahlen zwischen 1928 und 1933. Lediglich die katholische Wählerschaft hielt dem Zentrum die Treue.

Reichstagswahlen 1919-1933 in der Stadt Pirna

	DNVP	DVP	Zentrum	DDP	RPM*	Bgl. Part. gesamt**	NSDAP
19.1.19	1017	1325	182	2820			
6.6.20	1065	2376	211	1193			
4.5.24	2592	2217	268	1240			
7.12.24	3301	2589	311	913	817	7931	275
20.5.28	2383	1953	311	1077	1243	6967	144
14.9.30	903	1356	315	1381	1419	5374	2887
31.7.32	995	851	380	272	171	2669	6394
6.11.32	1438	847	359	254	412	3310	5207
5.3.33	1697	598	404	215		2914	7412

* Reichspartei des deutschen Mittelstandes. ** Nur die hier genannten bürgerlichen Parteien.

Reichstagswahlen 1919-1933 im Kreis Pirna (Amtshauptmannschaft)

	DNVP	DVP	Zentrum	DDP	RPM*	Bgl. Part. gesamt	NSDAP
19.1.19	11463	5979	477	14611			
6.6.20	14718	13786	541	5698			
4.5.24	18449	9534	612	6039			
7.12.24	20503	10801	736	4661	5686	42387	1839
20.5.28	7948	8291	756	4262	8811	30068	861
14.9.30	3533	5255	769	6998	8811	25366	13068
31.7.32	5156	3223	1272	1557	1167	12375	41171
6.11.32	6124	3103	903	1160	1725	13015	29511
5.3.33	7402	2085	1149	888		11524	43107

Landtagswahlen 1919-1933 in der Stadt Pirna

	NSDAP	DNVP	DVP	Zentrum	DDP	RPM*
2.2.19		1002	1105	203	2125	
14.11.20		1505	1758	194	798	456
5.11.22		1495	2293	197	817	64
31.10.26	104	2022	1346	289	857	2033
12.5.29	328	1853	2286	316	910	1611
26.6.30	1633	1041	1601		616	1793

Landtagswahlen 1919-1933 in der Amtshauptmannschaft Pirna

	NSDAP	DNVP	DVP	Zentrum	DDP	RPM*
2.2.19		9650	5215	505	13916	
14.11.20		13578	9445	589	3658	4132
5.11.22		15167	11757	615	3808	2230
31.10.26	441	13069	5537	605	3144	12672
12.5.29	1831	6015	9142	707	3523	11181
26.6.30	7408	3574	6353		2374	9248

Stadtverordnetenwahlen 1919-1933 in Pirna

	NSDAP	DNVP	DVP	Zentrum	DDP	RPM*
9.2.19		1945			2307	
30.1.21					1217	3139*
13.1.24		1345	1454	520	1085	
12.10.24		1601	603	336	785	
14.11.26		1729	1696	436	954	1601
17.11.29	745	1343	2139		1262	2020
13.11.32	3461	866	1481			

(* nach E II, 409, 3, S. 23 nur 2760 Stimmen 1921)

** Hier sind einige andere nicht parteipolitische Listen unberücksichtigt geblieben.

7. Die Arbeiterparteien in den Krisenjahren²⁷⁹

Es ist hier nicht der Platz, etwa die Strukturen, die Tätigkeit und die ideologischen Entwicklungen und Standpunkte aller Zweige der Arbeiterbewegung genauer zu untersuchen, ihren unterschiedlichen Wegen und Irrwegen nachzugehen.

Worauf es uns ankommt, ist ihre Haltung zur Krise, zur Nazibewegung und zueinander darzulegen.

Die KPD sah in der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft das Ziel ihres politischen Wirkens, für dessen Umsetzung nach der Novemberrevolution und dem Ende politisch-sozialer Krisen 1923 allerdings alle wesentlichen Voraussetzungen fehlten. Sie orientierte sich mehr und mehr am Beispiel der Sowjetunion und ihrer kommunistischen Partei, der KPdSU. Politische Differenzen innerhalb der Partei endeten vielfach mit dem Ausschluß ganzer Gruppierungen, was z.B. Ende 1928 zur Konstituierung einer KPD-Opposition (KPD-O)²⁸⁰ als selbständige Organisation führte. Der Mitgliederbestand wies starke Schwankungen auf.²⁸¹

Die SPD, mehrfach eingebunden in „Weimarer Koalitionen“, in der sie 1919/1920 und von 1928-1930 auch den Reichskanzler stellte, bekannte sich zu dieser Republik, die sie sozialer zu gestalten trachtete. Die Unterstützung Hindenburgs bei der Wahl zum Reichspräsidenten, die Tolerierung des Brüning'schen Präsidial- und Notverordnungs-kabinetts, überhaupt eine Politik des „kleineren Übels“, führten auch zu innerparteilichen Auseinandersetzungen, zum Ausschluß linkssozialdemokratischer Kräfte, die schließlich in die Bildung der SAP²⁸² mündeten.

Beide Parteien verstanden sich, bis auf wenige Ausnahmen (Abwehr des Kapp-Putsches 1920, zeitweilige Koalitionsregierungen in Sachsen und Thüringen im Herbst 1923, Kampf gegen

279 Originale örtliche Quellen liegen für beide Parteien nicht vor. Sie sind ebenso wie die ihrer zahlreichen Nebenorganisationen ein Opfer der faschistischen Diktatur geworden, wobei die Masse der Dokumente durch leitende Funktionäre zu Beginn der Naziherrschaft vernichtet worden ist. Andere Materialien wurden im März 1933 durch die Nazis bei der gewaltsamen Besetzung der Parteizentrale der SPD im Hause der Volksbuchhandlung und im Volkshaus geplündert und verbrannt.

So sind wir über ihre Tätigkeit nur über Materialien im Stadtarchiv, über den „Pirnaer Anzeiger“ und sporadisch erhaltene Bruchstücke informiert. Mitglieder beider Parteien aus der Zeit vor 1933 leben heute nicht mehr, wenigstens soweit sie aus leitender Tätigkeit über genaueres Wissen verfügten. Erlebnisberichte Älterer liegen nicht vor. Es hat sie auch keiner rechtzeitig befragt. Differenzen vor 1933 waren nach 1945 nicht gefragt. Genauere Auskünfte hätten auch sicher im Widerspruch zur offiziellen Parteilinie der SED gestanden, wenn sie wahrheitsgemäß die unterschiedlichen Erfahrungen und Positionen der verschiedenen Arbeiterparteien und ihrer Organisationen wiedergegeben hätten.

280 Wesentlichste Führungskräfte der KPD (O): Heinrich Brandler, August Thalheimer.

281 Vgl. Mitgliederbewegung der Arbeiterparteien im Anhang.

282 SAP – Sozialistische Arbeiterpartei. Exponiertester Vertreter in Sachsen: Max Seydewitz.

die Fürstenabfindung u.a.) als politische Gegner, zumindest als Kontrahenten im Kampf um Einfluß in der Arbeiterklasse. Parolen der Komintern folgend, verstieg sich die KPD zum Vorwurf, die SPD betreibe „Sozialfaschismus“, was durch die SPD mit dem Etikett „rotlackierte Faschisten“ der KPD gegenüber erwidert wurde.²⁸³

Wenn die KPD 1929 die Auseinandersetzung mit der NSDAP auch verstärkte, so entwertete sie gleichzeitig ihre Anstrengungen mit dem Faschismusvorwurf gegenüber allen politischen Gegnern, wodurch ein Verteidigungsbündnis aller möglichen antifaschistischen Kräfte infrage gestellt war und durch die in der Endphase der Weimarer Republik als einzige Alternative gepriesene Frage „Faschistische Diktatur oder Sowjetmacht“.²⁸⁴

Dieses Gegeneinander der beiden Arbeiterparteien finden wir natürlich auch in unserem Kreise vor, wenn auch hier lokale Spezifika eine Rolle spielten. Für die SPD waren die KPD-Leute politische Konkurrenten, die die von der SPD mitgetragene Ordnung der Weimarer Republik in Frage stellten, radikale Forderungen erhoben, für deren Erfüllung es im Rahmen der Kommunal Finanzen keine Möglichkeiten gab, deren soziale Anträge man aber mittrug, unterstützte und ergänzte. Für die KPD-Leute waren die Sozialdemokraten Arbeiterverräter, Opportunisten, Revisionisten, Reformisten, die den Sozialismus abgeschrieben hatten. Bemerkenswert aber ist, wie in einigen Organisationen und Verbindungen, die schon vor dem 1. Weltkrieg aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen waren, die Gemeinsamkeit hielt: im Mieterverein, im Volkschor „Echo“ u.a. In anderen Organisationen war die Spaltung aber nicht aufzuhalten: in den Gewerkschaften, im Freidenkerverband, in einigen Sportorganisationen.

Auch zwischen Mitgliedern beider Parteien dauerten die kameradschaftlichen Beziehungen, die oft von früher Jugend an bestanden, weiter fort. Sie waren ja von gleichem politischem Ursprung. Sie hatten vor dem ersten Weltkrieg und auch danach manchen Strauß mit den bürgerlichen Kräften vor Ort gemeinsam durchgefochten. Daraus resultierende oft sehr persönliche Bindungen wirkten weiter und führten in den kommunalen Parlamenten häufiger zu gleichem Stimmverhalten und zur gegenseitiger Unterstützung bei Beschlußanträgen. Mit „Radaukommunisten“ allerdings konnten Sozialdemokraten ebensowenig Freundschaft pflegen wie es Kommunisten unmöglich war, zu jenen sozialdemokratischen Funktionären vernünftige Beziehungen zu gestalten, deren Horizont durch parteipolitische Scheuklappen begrenzt war.²⁸⁵ Es gab auch immer wieder mal Perioden, in denen Anfeindungen und Verratsvorwürfe bis zu Gehässigkeiten ausufernten. Hier folgten beide Kreisorganisationen den jeweiligen Vorgaben ihrer Führungen. Sowohl KPD wie auch SPD waren schließlich wohlorganisierte und disziplinierte Parteien.

Das Verhältnis zwischen den Mitgliedern und Funktionären wies dabei in den letzten Jahren der Weimarer Republik durchaus Schwankungen auf.

Im Ergebnis der Kommunalwahlen von 1927 ergaben sich z.B. SPD/KPD-Mehrheiten in den Stadtverordnetenversammlungen von Pirna, Heidenau, Sebnitz und Dohna. In allen vier Städten stimmten Kommunisten und Sozialdemokraten bei den Wahlen der Vorsteher und ihrer Stellvertreter Anfang 1928 gemeinsam ab. So wurden in Pirna mit dem Schulleiter Renker, in

283 Zur Politik der Komintern und der KPD in den letzten Jahren der Weimarer Republik vergleiche auch: Klaus Kinner, *Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1, Die Weimarer Zeit*. Berlin 1999S. 151-222, Hans Coppi, *Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald. Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg*. In: UTOPIE kreativ, H. 96 (Oktober) 1998, S.5-12 und H 97/98 (November/Dezember) 1998, S. 7-17.

284 Klaus Kinner, *Kommunistischer Antifaschismus – ein schwieriges Erbe*. In: *Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen*. Berlin 2000, S. 45-51.

285 Alle diese sehr differenzierten Haltungen fand der Verfasser auch noch in den 50er Jahren in Gesprächen mit ehemaligen Mitgliedern der KPD und der SPD vor. Die Zugehörigkeit zu einer Partei ließ dennoch frühere Verletzungen nicht in Vergessenheit geraten.

Sebnitz mit dem Lehrer Friedrich und in Dohna mit dem Zimmerer Reinhold Kretzschmar SPD-Abgeordnete zu Vorstehern gewählt, während in Heidenau der Kommunist Beyer an die Spitze des Stadtverordnetenkollegiums trat. Zu Stellvertretern wurden in Pirna Petters (KPD), in Heidenau Schirmer (SPD), in Sebnitz Schwarz (SPD) und Rudolph (KPD) und in Dohna Glanze (KPD).²⁸⁶

Der unter der Regierung Hermann Müller (SPD) eingeleitete Panzerkreuzerbau, der „Blutmai“ 1929²⁸⁷ und die Tolerierungspolitik gegenüber der autoritären Brüning-Regierung ließen das Verhältnis beider Parteien auf einen Tiefpunkt absinken. Gerade das Letztere schloß ja zumindest indirekt die Befürwortung der zahlreichen auf allgemeinen Sozialabbau gerichteten Notverordnungen der Brüning-Regierung ein. Darüber kam es auch in der SPD zu Auseinandersetzungen. Sozialdemokraten vor Ort protestierten mit dem Kommunisten gegen Kürzungen der Löhne und Gehälter, der Zuwendungen für Arbeitslose und soziale Fürsorge - und wurden von Kommunisten auf die Mitverantwortung ihrer Führung für diese unsozialen Maßnahmen verwiesen.²⁸⁸ Aber sonst gab es 1929 bis 1932 kaum noch gegenseitige Toleranz, sondern die Abgrenzung ging bis zu extremen Anfeindungen und gehässigen Ausfällen.

Die seit 1929 durch die KPD verstärkt geübte Etikettierung der Sozialdemokratie als „Sozialfaschismus“, der angeblich noch gefährlicher als der „Nationalfaschismus“ der Hitlerianer sein sollte, die Auffassung, daß eine Einheit der Arbeiterklasse nur als „Einheit von unten“ im Kampf gegen die Führung der Sozialdemokratie und schließlich die Teilnahme der KPD am von den Rechtskräften initiierten Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Regierung im Jahre 1931 rissen schier unüberwindlich erscheinende Gräben auf.²⁸⁹

Erst in den allerletzten Wochen der Weimarer Republik zog eine gewisse Ernüchterung ein und führte in einigen Fällen zu gegenseitiger Unterstützung gegen die Rechtskräfte.

Die Stadtverordnetenwahlen vom November 1932 führten im Pirnaer Stadtparlament zu einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit. Für den Vorstand nominierte die SPD-Fraktion keine eigenen Kandidaten, sondern unterstützte die der KPD. So kam es zu einem rein kommunistischen Stadtverordnetenpräsidium mit Fritz Ehrlich als Vorsteher, dem Lehrer Heinrich Schmitz als 1. und Hermann als 2. Stellvertreter. Unter den ehrenamtlichen Stadträten stellte die KPD 3, die SPD 2, die NSDAP 2, die Nationale Arbeitsgemeinschaft und die Liste Handwerk und Gewerbe je einen.²⁹⁰

In Heidenau dagegen, wo die KPD 9, die SPD 7, die Bürgerlichen 6 und die NSDAP 3 Sitze im Stadtparlament errangen, verständigten sich die SPD mit den Bürgerlichen auf einen gemeinsamen Vorstandsvorschlag: Arthur Schreiber (SPD) wurde Vorsteher, Mann (bürgerliche Liste) 1. und Maria Otto, SPD, 2. Stellvertreter.²⁹¹

286 PA, 12.1.28, S.3; 19.1.28, S.2; 26.1.28, S.2; 8.2.28, S.3

287 Durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin, Zörgiebel, wurden Maidemonstrationen verboten. Als die Kommunisten und ihre Sympathisanten dennoch aufmarschierten, eröffnete die Polizei das Feuer. Es gab 31 Tote, Hunderte Verletzte und über 1200 Verhaftungen.

288 Beispiele dafür wurden bereits im Abschnitt „Kommunen in der Krise“ genannt.

289 Zur widerspruchsvollen, letztlich jede Annäherung blockierenden Politik der KPD in den letzten Jahren der Weimarer Republik vgl.: Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1, Die Weimarer Zeit, Berlin 1999 und ders., „Die verlorene Zukunft“. Skizzen zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus. Leipzig 1998, S. 41-70.

290 PA, 12.1.1933, S.7. – KPD: Göhler, Schlegel, Körbitz; SPD: Walter und Otto Richter; NSDAP: Häschel und Walther; Nat. Arbeitsgem.: Burkhardt; Handwerk und Gewerbe: Jeitner.

291 PA, 18.1.1933, S.2.

Auch in Dohna wurde ein rein kommunistischer Vorstand mit Kuntzsch als Vorsteher und Rehschuh als Stellvertreter mit den Stimmen der SPD gewählt,²⁹² in Sebnitz Emil Severa, KPD, als Stadtverordnetenvorsteher.²⁹³

In Schandau dagegen trat wiederum ein NSDAP-Mitglied an die Spitze des Stadtverordnetenkollegiums: Der Bäckermeister Paul Lorenz.²⁹⁴

Wie im Reich sind auch in der Amtshauptmannschaft Pirna Unterschiede in den Mitgliederzahlen von KPD und SPD deutlich erkennbar. Exakte Zahlen liegen nicht vor. Die letzte sichere Aussage über den Mitgliederbestand einer Arbeiterpartei stammt aus dem Jahre 1914: Damals zählte die SPD 6301 Mitglieder.²⁹⁵ Für die wechselvollen Jahre der Weimarer Republik verfügen wir nicht über verlässliche Zahlen. Sie dürften auch in den einzelnen Phasen dieser 14 Jahre erhebliche Schwankungen aufgewiesen haben. So wissen wir, daß sich 1917 bereits fast die gesamte SPD-Kreisorganisation der USPD angeschlossen hatte.²⁹⁶ Die USPD war auch ihrem Mitgliederbestand nach bis 1922 im Kreis die stärkste Arbeiterpartei. Den wirksamsten Organisationsapparat wies aber die SPD auf, deren Einfluß allein schon durch die maßgebliche Beteiligung an Reichs- und Landesregierung wuchs. Die KPD-Kreisorganisation war bereits am 15.1.1919 entstanden. Sie wies damals allerdings nur wenige Mitglieder auf.²⁹⁷ Als sich 1920 der linke Flügel der USPD der KPD anschloß, folgten ihm in Sachsen nur eine Minderheit. Die Mehrzahl der USPD-Mitglieder vereinigte sich in unserem Kreis 1922 wieder mit der SPD. Bei den Abspaltungen „rechter“ Mitglieder von der KPD und „linker“ von der SPD entstanden auch hier Organisationen der KPD (O) 1928 und der SAP 1931. Beide Abspaltungen kamen im Ergebnis von Ausschlüssen aus SPD und KPD zustande (mit Minderheitenvoten und Pluralismus hatten beide Parteien nichts im Sinn). Von solchen Ausschlüssen aus der KPD waren in der AHM Pirna z. B. betroffen: Der Bürgermeister von Großschachwitz, Hermann Schreiter, und der Stadtverordnetenvorsteher Beyer aus Heidenau.²⁹⁸ KPD(O) und SAP blieben allerdings ohne nennenswerten Einfluß auf die Masse der Arbeiterwählerschaft, wie die Reichstagswahlergebnisse zeigen: KPD(O) 1928 919 Stimmen in der AHM und 85 in der Stadt Pirna, SAP 1932 (Juli und November) 490 bzw. 349 Stimmen in der AHM und 49 bzw. 36 Stimmen in Pirna.

Nach vorsichtiger Schätzung lag um 1932 die Mitgliederzahl der SPD in der AHM Pirna bei etwa 4000, die der KPD bei höchstens 500. Genauere Zahlen sind für Königstein und Rottwerndorf/Neundorf übermittelt. Danach hatten in Königstein die SPD 180-210 Mitglieder, die KPD dort nur 26,²⁹⁹ während es in Rottwerndorf/Neundorf 9 KPD Mitglieder gab, die SPD aber über 30 zählte.³⁰⁰

Es war durchaus mit Risiken verbunden, sich als Mitglied der KPD zu bekennen – bei einem seit 1919 offenen Antikommunismus bei fast allen bürgerlichen Parteien und Kräften bis hin zur SPD. KPD-Mitgliedern drohte zuerst Arbeitsplatzverlust, wenn es in Betrieben zu Entlassungen kam. Die meisten von ihnen zählten in der Krise zu den Arbeitslosen. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die KPD zuweilen als Partei der Arbeitslosen galt. Von den 17

292 PA, 19.1. 1933, S.3.

293 PA, 28.1.1933, S.10.

294 PA, 6.1., S.3.

295 Handbuch sozialdemokratischer Landes-Parteitage in Sachsen von 1891 bis 1914, Leipzig 1914, S.63. Zitiert nach Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917 in zwei Bänden, Bd.1, Berlin 1987, S.314.

296 Vgl. Jensch/Rieger, Rote Fahne über Pirna, Ein Beitrag zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, Pirna 1958, S.12.

297 Ebenda, S.47-49.

298 PA, 20.2.1929.

299 Gisela Förster, Zur Rolle der NSDAP bei der Faschisierung in Königstein in der Zeit von 1932-1933 (unter besonderer Berücksichtigung der ideologischen Beeinflussung von Bevölkerungsteilen durch die Nazipartei). Staatsexamensarbeit. Erarbeitet: 1968. Stadtarchiv Pirna, PDS-Bestand, Nr. 63

300 Herbert Anger, Die Lage der Bevölkerung und der Kampf der Arbeiterklasse in den Pirnaer Vororten Neundorf und Rottwerndorf während der Übergangszeit von der Weimarer Demokratie zum Faschismus (1932 - 1934) 1. April 1957.

kommunistischen Arbeitern, die im Januar 1932 gegen einen SA-Aufmarsch antraten und dabei vorübergehend festgenommen wurden, hatte nur einer eine reguläre Arbeit!³⁰¹ Kommunisten artikulierten während der Krise auch am eindringlichsten Forderungen und Anliegen der Erwerbslosen. Sie verfügten dagegen nicht über den Rückhalt im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), der, SPD-dominiert, Kommunisten seit 1928 wegen oppositioneller Betätigung ausschloß, die sich dann wiederum in einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) vereinigten und revolutionär gesinnte Arbeiter zum Beitritt aufriefen, was zu ihrer Isolierung vom größeren Teil der Arbeiterschaft beitrug.

Wie sich der politische Einfluß von SPD und KPD während der Weimarer Republik entwickelte, welche Veränderungen er insbesondere in der Weltwirtschaftskrise ausgesetzt war, ist den Ergebnissen der Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen im Anhang zu entnehmen. Im ganzen ergibt sich daraus die Tendenz, daß die Abnahme der SPD-Stimmen durch die Zunahme der KPD-Stimmen kompensiert wurde.

Alle Arbeiterparteien und die mit ihnen verbundenen oder kooperierenden Organisationen waren eindeutig antifaschistisch. Seit es Nazi-Organisationen in Pirna gab und sie mit ihren Sturmtrupps in der Öffentlichkeit aufmarschierten, stießen sie auf Ablehnung und Widerstand, der sich oft in handgreiflichen Aktionen äußerte, besonders in den Städten Pirna und Heidenau, aber auch in Königstein, Bad Schandau, Berggießhübel und Gottleuba.³⁰² Die SPD beschränkte sich dabei zunächst auf die parlamentarische Auseinandersetzung mit dem bis 1932 einzigen NSDAP-Stadtverordneten Reinhold, der aber nicht recht ernst genommen wurde. Seine Vorschläge und Ausfälle waren ja auch kaum anspruchsvollerer Gegenargumentation wert. Die Stadtverordnete Martha Seifert bezeichnete ihn einmal als „Gimpel“, was zwar seiner frechen Unbedarftheit entsprochen haben dürfte, aber der gefährlichen Politik, die dieser eifrigste Verfechter nazistischer Positionen vertrat, nicht gerecht wurde.

Die KPD-Organisationen im Kreis waren da in der Öffentlichkeit aktiver. Seit 1929 gab es eine steigende Zahl von Gegenaktionen bei öffentlichen Veranstaltungen oder Aufmärschen von SA und NSDAP, um diese zu verhindern oder nachhaltig zu stören. Dabei kam es in mehreren Fällen zu tätlichen Auseinandersetzungen. Seit 1932 wurde aber auch die argumentative Konfrontation gesucht. So traten namhafte KPD-Funktionäre wie Ehrlich, Harnisch, Hermann, Schöne und andere in NSDAP-Versammlungen auf, um zum mindesten in den Veranstaltungen anwesende Arbeiter gegen die Nazi-Parolen zu beeinflussen. Ob das gelang, sei dahingestellt; versucht wurde es immerhin, was ja auch nicht ungefährlich war.

Seit 1930 verstärkten sich die Aktivitäten militanter sozialdemokratischer und kommunistischer Organisationen. Das unter sozialdemokratischem Einfluß stehende Reichsbanner, das auch die Unterstützung von DDP und Zentrum suchte,³⁰³ veranstaltete im Oktober 1930 sogar ein Gautreffen (Ostsachsen) in Bad Schandau, wo der Bundesvorsitzende Hörsing „scharfe Worte gegen Nationalsozialisten“, aber auch gegen Kommunisten und Stahlhelmer fand.³⁰⁴

Seit dem Verbot des Roten Frontkämpfer-Bundes der KPD (RFB) baute diese Partei die „Proletarische Schutz- und Wehrorganisation“ auch bei uns im Kreise auf. Über mehrere Ausfahrten und Umzüge in die Dörfer der näheren Umgebung und Veranstaltungen in Pirna liegen

301 Personenfeststellung nach Störung eines SA-Umzuges durch Kommunisten. In: StAP, B III-XXVII, 366 b, Politisches und Wirtschaftspolitisches, Unruhen usw., Bl. 57-65.

302 Vgl. Abschnitt zur politischen Gewalt!

303 Anzeichen der Unterstützung durch beide bürgerliche Parteien in unserem Kreis wurden nicht gefunden.

304 PA, 14.10.1930, S.26. Übrigens: Der Bundesvorstand des Reichsbanners hat es abgelehnt, den linkssozialistischen Reichstagsabgeordneten Hermann Fleißner als Gauvorsitzenden von Ostsachsen zu bestätigen. (PA, 4.10.1928, S.6). Fleißner war erster Vertrauensmann der Sozialdemokratie schon während des Sozialistengesetzes in Pirna.

Aufzeichnungen vor.³⁰⁵ Für den 21.1.1932 ist die erste Öffentliche Versammlung des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ in Pirna verzeichnet,³⁰⁶ der „Antifa“, wie sie verkürzt genannt wurde. Sowohl Reichsbanner, die „Eiserne Front“,³⁰⁷ die Proletarische Schutz- und Wehrorganisation wie die Antifa mochten den Nazis die Straße nicht allein überlassen und zeigten Präsenz.

Die Arbeiterbewegung bot also in der Endphase der Weimarer Republik, wie allenthalben so auch in unserer Region, ein Bild der Zersplitterung. Die wurde zwar beinahe von jeder ihrer Abteilungen öffentlich beklagt, woraus leider aber jeweils nur eine Konsequenz abgeleitet wurde: Appelle an die Mitglieder der anderen zu Anschluß, Ein- und Unterordnung. Von Verantwortung für diesen Zustand ist bei redlicher Abwägung keine Partei und keine Gruppierung auszunehmen, weil es bei allen sachlichen und politischen Unterschieden keine wirkliche Dialog- und Annäherungsbereitschaft gab. Das macht auch deutlich, daß die wirklich heaufziehende, für die Arbeiterbewegung insgesamt tödliche faschistische Gefahr entweder nicht recht ernst genommen oder erheblich unterschätzt wurde.

Auffällig ist, daß Bestrebungen für eine Einheitsfront aller Arbeiter meist von einzelnen Organisationen und kleineren Parteien oder Gruppierungen ausgingen, bei den beiden großen Rivalen aber kein Gehör fanden. Oft votierten sie auch für eine der beiden als Kern einer solchen Einheit. So äußerte sich in der Debatte einer Großversammlung der Roten Hilfe am 19.1.1932 ein Debatteredner, man müsse versuchen, die SPD auf Verhandlungswegen zu gewinnen, um eine Einheitsfront zu schaffen. Er wurde von einem SAJ-Mitglied³⁰⁸ unterstützt. Aber beide fanden bei den vorherrschenden KPD-Anhängern keine Unterstützung.³⁰⁹ Unter dem Thema „Eiserne Front gegen den Faschismus“ lief eine gut besuchte SPD-Versammlung in Pirna-Zuschendorf. Hier wurde u.a. die KPD als Handlangerin des Faschismus bezeichnet.³¹⁰

Zur „Einheitsfront der Arbeiter gegen den Faschismus“ rief die Pirnaer Ortsgruppe der SAP in einer Versammlung im Volkshaus am 28.1.1932 auf. Es sprachen da Dr. Fabian aus Dresden, aber auch Heinemann von der AAU und Schneider von der KPD(O). Alle drei traten für eine Einheitsfront oder ein Kartell aller Linksparteien im Kampf gegen den Faschismus ein. Nur die anwesenden SPD- und KPD-Vertreter wollten davon nichts wissen. Ehrlich (KPD) erklärte, die „neue Sumpfpartei SAP (sei) auf dem besten Wege, die notwendige Einheitsfront zu sprengen (als ob es sie auch nur in Ansätzen schon gegeben hätte!). Für die KPD gebe es nur eine Einheitsfront mit dem Proletariat, aber niemals mit den Führern der verschiedenen Linksparteien.“³¹¹ Die syndikalistische AAU, die sich als Einheitsorganisation verstehen wollte, suchte Klärung mit der Frage „Eiserne, rote oder Klassenfront?“ Sie sprach sich gegen Parteien, Parteienhader und Parlamentarismus aus – für ein freies Räte-system.³¹²

Die Auseinandersetzungen des Jahres 1932 förderten mit ihren zwei Präsidenten-Wahlgängen, drei Reichstagswahlen und den Wahlen der Stadt- und Gemeindevertretungen keinesfalls eine Annäherung innerhalb der Arbeiterbewegung. Die Entscheidung der SPD für die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten (wie schon 1925) stieß teilweise schon auf Unverständnis in den eigenen Reihen, auf völlige Ablehnung bei allen anderen Sektionen. Bei den übrigen Wahlen herrschte dagegen Rivalität zwischen SPD, SAP und KPD. Die KPD(O)

305 StAP, Abt. XXVII, 366b, Bl. 102, 118, 120, 135, 203 z.B.

306 Ebenda, Bl.66.

307 Erstmals am 21.2.32 in Pirna erwähnt: StAP, Abt. XXVII, 366b, Bl. 124.

308 SAJ = Sozialistische Arbeiterjugend, Jugendverband der SPD.

309 StAP, Abt. XXVII, 366b, Bl.56f

310 Ebenda, Bl. 71.

311 Ebenda, Bl. 84.

312 Ebenda, Bl. 131.

trat zu den Wahlen des Jahres 1932 nicht mehr mit eigener Liste an. Die vordergründige Fixierung von Kommunisten und Sozialdemokraten auf den Erfolg ihrer eigenen Parteien hinderte sie, die tödliche Gefahr für die Arbeiterbewegung insgesamt in ihrer Tragweite zu erfassen, die sich da mit dem Aufstieg der Nazis zur stärksten Partei in Deutschland ankündigte.

Untersucht man die Wahlergebnisse des Jahres 1932 und auch die Reichstagswahlergebnisse vom 5.3.1933 in den Orten der Amtshauptmannschaft, dann fallen noch einige andere Versäumnisse auf. Da ist einmal erkennbar, daß sowohl SPD wie KPD das flache Land sträflich unterschätzt hatten. In den überlieferten Quellen finden sich keine Anhaltspunkte dafür, daß die KPD mit ihrem „Bauernhilfsprogramm“ aktive politische Aufklärung unter den Bauern unseres Gebiets geleistet hätte. Auch bei der SPD sind Aktivitäten zu landwirtschaftspolitischen Fragen nicht nachweisbar. Es scheint so, als sei die bäuerliche Bevölkerung sich selbst und den Nazis überlassen worden. Die Dörfer, die dennoch einen größeren Stimmanteil bei SPD und KPD aufweisen, sind solche mit stärkerer Arbeiterbevölkerung.³¹³

Kein Anzeichen ist ferner vorfindbar für eine Kontaktaufnahme zu antifaschistischen Kräften in bürgerlichen Parteien und Organisationen, obwohl es doch auch da sicher Nazigegner gegeben hat.

8. Die letzten Wochen der Weimarer Republik

Die Situation um die Jahreswende 1932/33

Der Jahresbeginn 1933 war in Pirna bestimmt durch anhaltendes Massenelend. Die Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger erreichte per 31.12.1932 3873. Durch Notverordnung waren die Invaliden-, Witwen-, Waisenrenten und Unterstützungssätze der Arbeitslosen- und Krisen- Unterstützung weiter herabgesetzt worden, so daß der betroffene Personenkreis dringende Lebensbedürfnisse nicht mehr bestreiten konnte.

Konstatiert wurde, die „Industrie in Pirna (sei) vollkommen zusammengebrochen“. Die Erwerbslosen- und Wohlfahrtserwerbslosenzahl läge weit über Reichs- und Landesdurchschnitt.

Das Steueraufkommen lag in der Stadt im Januar 1928 noch bei 220.640 RM, im November 1932 dagegen bei 78.955 RM. Die Stadtfinanzen schlossen 1932 mit einem Fehlbetrag von 982.165 RM ab.³¹⁴

Im Polizeibericht lesen wir von über 500 politischen Versammlungen und Umzügen im Jahre 1932. 178 Plakate, Handzettel und politische Druckschriften wären geprüft und freigegeben worden.³¹⁵

Soziale Not beförderte die Politisierung und Radikalisierung immer weiterer Bevölkerungsteile, die Auswege aus ihrer verzweifelten Lage suchten.

8.2. Zum Kommunalkonflikt in Pirna bis zur Bildung eines neuen Stadtverordnetenkollegiums

Der rein kommunistische Stadtverordnetenvorstand unterbreitete bereits in der ersten Sitzung am 10.1.1933 eine Reihe von Anträgen zur Linderung der Not vor allem der Erwerbslosen.³¹⁶

313 Vgl. im Anhang die Orte, in denen die SPD, die KPD oder die NSDAP aus den Wahlen als stärkste Parteien hervorgegangen waren.

314 PA, 4.1.33, S.7.

315 PA, 5.1.33, S.2.

316 StAP, E II, 409, 14, S. 14. PA, 12.1.1933, S.7.

Eine Entscheidung mußte aber wegen der offenen Finanzierung vertagt werden. Zwei Wochen später wurden in einer außerordentlichen Sitzung aber eine Reihe kommunistischer Anträge angenommen, die die sofortige Gewährung von Winterbeihilfen, die Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung, die Abschaffung des freiwilligen Arbeitsdienstes betrafen, ferner die Rücknahme des letzten Lohnabbaus für städtische Arbeiter und Angestellte und deren Übergang zur 40-Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich. Es sollte verboten werden, Mieter aus städtischen Wohnungen hinauszusetzen, Mittel für den Bau billiger Wohnungen sollte die Stadt aufbringen, Bedürftigen sollten die Kommunalsteuern erlassen werden. Vorgesehen war, den Wasserzins nach Einkommenshöhe zu staffeln und Unterstützungsempfänger von der Zahlung zu befreien. Für Bedürftige waren Mietbeihilfen vorgesehen.³¹⁷

Alle diese mit Mehrheit angenommenen Beschlüsse trugen der tatsächlichen Not Rechnung, vor allem bei den Erwerbslosen. Sie standen aber in Widerspruch zu einer Reihe von Notverordnungen der Reichsregierung, die Vielfach auf die Kürzung von Sozialausgaben gerichtet waren. Bürgerliche und sozialdemokratische Abgeordnete wandten ein, diese zweifellos wünschbaren Festlegungen würden an unmöglicher Finanzierbarkeit angesichts leerer kommunaler Kassen scheitern. Darüber entbrannte eine scharfe Kontroverse vor allem zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Stadtverordneten. Der Vorsteher Ehrlich ignorierte die Geschäftsordnung.³¹⁸

Die Kreishauptmannschaft Dresden/Bautzen wies daraufhin den Stadtrat an, bei Wiederholung solcher Beschlüsse und Vorgehensweisen des Vorstehers „wegen Auflösung der Stadtverordnetenversammlung anzutragen.“³¹⁹ Die bürgerliche Minderheit brachte daraufhin in der Stadtverordnetenversammlung am 14.2., die bis in die Morgenstunden des 15.2. ging, einen Mißtrauensantrag gegen Ehrlich ein und beantragte schließlich die Auflösung des Stadtverordnetenkollegiums. Ihre Anträge scheiterten, weil die SPD-Fraktion ihnen ihre Zustimmung versagte. Sonst wurden in dieser Sitzung wieder vorrangig soziale Fragen behandelt (Wohnungsbeschaffung, Mietzinssteuer, Situation des örtlichen Gewerbes u.a.)³²⁰ Dabei stimmten kommunistische und sozialdemokratische in der Regel gemeinsam zu - gegen die ablehnende Haltung der bürgerlichen und der NSDAP-Abgeordneten.

Auch aus Heidenau wird ähnliches berichtet: „Die beiden Linksparteien, die bisher immer arg sich in den Haaren lagen und fruchtloses, stundenlanges Parteigezänk führten, ließen eine auffallende Harmonie erkennen. Sie bliesen in ein Horn und das sogar kräftig, wenn die Nationalsozialisten zu Wort kamen.“³²¹

Hätten sie nur früher so geblasen...

Fazit:

Fast die gesamte Industrie der Amtshauptmannschaft Pirna erlag der Weltwirtschaftskrise. Eine ganze Anzahl von Unternehmen ging vollends ein. Große Betriebe gerieten in Zahlungsschwierigkeiten und an den Rand des Zusammenbruchs, mußten zeitweise stillgelegt werden und kamen teilweise in andere Hände (Kunstseidenwerk, Stahlwerk Pirna, Glasfabriken u.a.).

317 PA, 26.1., S.8.

318 PA, 26.1.1933, S.8; 28.1.1933, S.2 und 7.

319 PA, 7.2., S.2.

320 PA, 16.2., S.2 und 7

321 PA, 25.2., S.3 und 9

Handwerk und Handel wie auch die Landwirtschaft erlebten tiefe Umsatzeinbrüche. Sprunghaft stiegen Vergleichsverfahren, Konkurse und Betriebsliquidierungen an. Gefeit war vor diesen Gefahren niemand.

Immer größere Teile des Mittel- und Kleinbürgertums, der Mittelstand, waren von allgemeiner Verunsicherung erfaßt und sahen sich nicht mehr von den traditionellen bürgerlichen Parteien vertreten. Eindeutig weisen die Wahlergebnisse der Jahre zwischen 1929 und 1933 das Abdriften gerade dieser Wählerschichten in unserem Kreis wie in ganz Deutschlands zu den Nazis nach. Bei ihnen fiel die suggestive Propaganda des Hitlerfaschismus auf fruchtbaren Boden. Autoritäre Traditionen, extremer Nationalismus, verstärkt durch die Kriegsniederlage, Dolchstoßlegende und Kriegsunschuldpropaganda, Hoffnung auf den „starken Mann“ förderten die Abkehr dieser Bevölkerungsteile vom Weimarer „System“, dem sie ja von vornherein mit Mißtrauen begegnet waren.³²²

Die Arbeiterklasse trug die Hauptlasten der Krise durch Massenarbeitslosigkeit, die in unserem Gebiet die höchsten Raten in Sachsen aufzuweisen hatte. Der stetige Abstieg aus einem immer schlechter bezahlten Arbeitsverhältnis in die Arbeitslosen-, dann in die Krisen- und schließlich in die das Existenzminimum weit unterschreitende Wohlfahrtsunterstützung führte neben dem Kampf ums tägliche Brot zu einer zunehmenden Radikalisierung größerer Teile der Arbeiterschaft. Auch in unserem Kreise erwiesen sich die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter als resistent gegenüber den Einflüsterungen der Nazis. Das aber schlug sich leider nicht in gemeinsamen antifaschistischen Aktionen und in der Mobilisierung des überwiegenden Teils der arbeitenden Bevölkerung nieder.

KPD und SPD und die anderen antifaschistischen Kräfte „mußten ihre Irrtümer und ihre Unfähigkeit, einen demokratischen und antifaschistischen Konsens zu finden, mit bitteren Erfahrungen und großen Opfern bezahlen.“

„Revolutionarismus auf der einen, Legalismus auf der anderen Seite bewirkten einen Zustand der Selbstblockade und der Lähmung, in dem der Hitlerfaschismus ohne nennenswerten Widerstand an die Macht geschoben werden konnte.“³²³

Die oft ausgesprochene Ansicht, der Faschismus wäre in Deutschland zu verhindern gewesen, wenn es gelungen wäre, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden, erscheint fragwürdig, wenn wir das rein zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Arbeiterparteien und den übrigen politischen Kräften in Rechnung stellen, wie es sich in den Wahlen während der letzten Jahre der Weimarer Republik darstellt. Hinzu kommt, daß ja die gesamte Staatsmacht mit Militär, Polizei, Justiz und allen Verwaltungsebenen in der Weimarer Republik aus der Kaiserzeit überkommen und relativ fest in den Händen konservativer Kräfte war.

Ein ganzes Bündel von politischen, wirtschaftlichen, sozialen, ideologischen und mentalen Ursachen führte letztlich zum Absturz in die faschistische Barbarei.

Eine über Jahrzehnte fortgeschleppte und mit gezielter politischer Absicht produzierte Geschichtslegende behauptet, die Weimarer Republik sei von rechten und linken "extremistischen" Parteien zerstört worden - nicht aber etwa von den wirtschaftlichen und politischen Eliten und aus der Mitte der Gesellschaft. Diese zur allgemeingültigen Wahrheit erhobene theoretische Konstruktion steht im eklatanten Widerspruch zu den geschichtlichen Tatsachen. Die Zerstörung der Weimarer Republik setzte spätestens mit der Brüning'schen Präsidialregie-

³²² Vgl. Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik. München 1993, S. 230f.

³²³ Klaus Kinner, „Die verlorene Zukunft“. Skizzen zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus. Leipzig 1998, S. 69/70.

rung seit 1930 ein, die, gestützt auf den Diktaturparagrafen 48 der Weimarer Verfassung, weitgehend ohne Zustimmung des Parlaments regierte und die Lasten der Weltwirtschaftskrise auf die Masse der arbeitenden oder arbeitslosen Menschen abwälzte. Mit den deutschen Faschisten haben nicht Kommunisten kooperiert, sondern schon 1931 Deutschnationale Volkspartei und "Stahlhelm" in der "Harzburger Front". Auf Druck dieser Konservativen billigte ja schließlich Hindenburg die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen ihnen und den Hitlerfaschisten. Mit der Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zum Ermächtigungsgesetz vom 24.3 1933 war die Zerstörung der Weimarer parlamentarischen Demokratie und der Übergang zur faschistischen Diktatur ohne formelle Beseitigung der Weimarer Verfassung aber mit ihrer faktischen Aufhebung abgeschlossen.

Schließlich stellt sich immer wieder eine Frage: Warum hat die Masse der Menschen in Deutschland diese Weimarer Republik mit ihrer demokratischen Verfassung nicht als ihren Staat, als ihre Ordnung annehmen und verteidigen können?

Abgesehen von der nicht verarbeiteten Erfahrung des Ersten Weltkrieges und seiner Folgen, von der ungebrochenen Übernahme der politischen, militärischen, juristischen und nicht zuletzt auch der wirtschaftlichen Eliten des alten kaiserlichen Regimes konnte gerade in der Weltwirtschaftskrise diese Weimarer Demokratie bei katastrophaler Arbeitslosigkeit und Massenelend nicht positiv wahrgenommen werden. Sie war für die Arbeiterklasse und auch für weite Teile des Kleinbürgertums bis in den Mittelstand hinein nicht gleichzeitig auch eine soziale Demokratie.

Insofern zogen die Konstrukteure des Grundgesetzes nach dem Zweiten Weltkrieg zutreffende Schlußfolgerungen, als sie die Bundesrepublik als eine "freiheitlich demokratische und soziale Demokratie" anlegten und definierten.

Um so bedenklicher muß es heute stimmen, wenn seit Jahren, mit Hinweis auf "Reformstau" und "Terrorismus" Sozialstaatselemente abgebaut, aufgehoben, beschnitten und bürgerliche Freiheitsrechte zunehmend eingeschränkt werden.

Literatur:

- Anger, Herbert, Die Lage der Bevölkerung und der Kampf der Arbeiterklasse in den Pirnaer Vororten Neundorf und Rottwerndorf während der Übergangszeit von der Weimarer Demokratie zum Faschismus (1932 - 1934) 1. April 1957. (Maschinenschriftliches Manuskript, Stadtarchiv Pirna).
- Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1997.
- Bramke, Werner/ Heß, Ulrich, (Hg.), Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert. Leipzig 1998.
- Czok, Karl, (Hg.), Geschichte Sachsens. Weimar 1989.
- Coppi, Hans, Die nationalsozialistischen Bäume im sozialdemokratischen Wald. Die KPD im antifaschistischen Zweifrontenkrieg. In: UTOPIE kreativ, H. 96 (Oktober) 1998, S.5-12 und H 97/98 (November/Dezember) 1998, S. 7-17.
- Deist, Wilhelm/ Messerschmidt, Manfred/ Volkmann, Hans-Erich/ Wette, Wolfram, Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges. Frankfurt am Main 1995.
- Engelmann, Bernt, Vorwärts und nicht vergessen. Vom verfolgten Geheimbund zur Kanzlerpartei. Wege und Irrwege der deutschen Sozialdemokratie. München 1984.
- Engelmann, Bernt, Einig gegen Recht und Freiheit, Göttingen 1995.
- Fabian, Walter, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918-1930. Löbau 1930
- Förster, Gisela, Zur Rolle der NSDAP bei der Faschisierung in Königstein in der Zeit von 1932-1933 (unter besonderer Berücksichtigung der ideologischen Beeinflussung von Bevölkerungsteilen durch die Nazi-partei). Staatsexamensarbeit. Erarbeitet: 1968. Stadtarchiv Pirna, PDS-Bestand, Nr. 63
- Fricke, Dieter, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1817 in zwei Bänden. Berlin 1987.
- Fricke, Dieter, Lexikon zur Parteiengeschichte. Vier Bände. Leipzig 1983-1986.
- Giordano, Ralf, Die Traditionslüge. Köln 2000.
- Hartung, Dieter, Literatur und Ästhetik des deutschen Faschismus. Berlin 1983.
- Kinner, Klaus, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1, Die Weimarer Zeit. Berlin 1999
- Kinner, Klaus, „Die verlorene Zukunft“. Skizzen zu einer Geschichte des deutschen Kommunismus. Leipzig 1998.
- Kinner, Klaus, Kommunistischer Antifaschismus – ein schwieriges Erbe. In: Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen. Berlin 2000, S. 45-51.
- Kolb, Eberhard, Die Weimarer Republik. München 1993.
- Kuczynski, Jürgen, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Bd. 5, 1918-1945. Berlin 1982.
- Longerich, Peter, Die Erste Republik. Dokumente zur Geschichte des Weimarer Staates. München 1992.
- Pfütze, Dr. Arno, Die Entwicklung gewerblicher Betriebe nach der Gewerbeaufsichtsstatistik von 1925 bis 1932. In: Zd.St.LA, 1932 und 1933, 78. und 79.Jg.
- Reichel, Peter, Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus. Frankfurt am Main 1996.
- Schildt, Axel, Die Republik von Weimar. Erfurt 1997
- Ruge, Wolfgang, Das Ende von Weimar. Berlin 1983.
- Schneider, Michael, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Bonn 1999.
- Reinhard Sturm, Zerstörung der Demokratie 1930-1933. In Weimarer Republik. Informationen zur politischen Bildung, Heft 261, S.53/53.
- Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930. Bonn 1988.
- Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933. Bonn 1990.
- Wippermann, Umstrittene Vergangenheit. Fakten und Kontroversen zum Nationalsozialismus. Berlin 1998.

Tabellen und Übersichten zur Weltwirtschaftskrise

Erwerbslosenunterstützung 1929

	Wöchentl. Arbeitsentgelt*	Einheitslohn als Bemessungsgrundlage*	Hauptunterstützung in %	Höhe der Unterstützung*	Familienzuschl. pro Angeh.*
I	bis 10 RM	8	75	6,00	0,40
II	10-14	12	65	7,80	0,60
III	14-18	16	55	8,80	0,80
IV	18-24	21	47	9,90	1,05
V	24-30	27	40	10,80	1,35
VI	30-36	33	40	13,20	1,65
VII	36-42	39	37,5	14,63	1,95
VIII	42-48	45	35	15,75	2,25
IX	48-54	51	35	17,85	2,55
X	54-60	57	35	19,95	2,85
XI	über 60	63	35	22,05	3,15

*Angaben in RM.

Richtsatzvergleich für Fürsorgezahlungen in der AHM und in der Stadt Pirna Gehobene Fürsorge:

Februar 1931 / Mark		April 1932 / Mark	
Einzelpersonen	52,00	Einzelpersonen	40,00
Ehepaar	78,00	Ehepaar	57,50
für das Kind unter 16 Jahren	18,00	für das Kind unter 16 Jahren	12,00-14,00

Allgemeine Fürsorge:

Februar 1931 / Mark		April 1932 / Mark	
Einzelpersonen	41,00	Einzelpersonen	35,00
Ehepaar	61,50	Ehepaar	52,50
für das Kind unter 16 Jahren	18,00	für das Kind unter 16 Jahren	12,00-14,00

Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in Deutschland (in %)

Jahr	Arbeitslosigk.	Kurzarbeit	Insgesamt
1929	14,6	7,5	22,1
1930	22,7	13,8	36,5
1931	34,7	19,7	54,4
1932	44,4	22,6	67,0

Zahl der Hauptunterstützungsempfänger

Dat.	AIU	KrU	WU	%	AL ges.	%
1.4.30	1636	539	756	23	2931	93
1.8.30	926	923	855	27	2704	86
1.12.30	1163	1101	1148	36	3412	109
1.4.31	1844	1044	1720	55	4608	148
1.5.31	2584	914	1917	61	5415	174
1.8.31	1459	969	1996	64	4424	142
1.12.31	741	1446	2444	78	4631	148
1.4.32	854	1382	3040	97	5276	169
1.8.32	417	884	3300	105	4601	147
1.12.32	375	643	3707	118	4725	151
1.2.33	494	817	4017	128	5328	170

Steuereinnahmen der Stadt

1928	2.586.153
1929	2.372.140
1930	2.263.573
1931	1.438.509
1932	1.048.886
1933	1.134.476
1934	1.274.739

Sie verringerten sich also 1932 gegenüber 1928 um annähernd 60 %!

Übersicht zu wesentlichen Steuerpositionen:

Jahr	Einkommenssteuer	Körperschaftsteuer	Gewerbesteuer
1928	904 567	62 892	254 061
1929	847 964	93 338	209 456
1930	727 500	58 072	199 675
1931	301 654	14 447	100 000
1932	*140 000		*80 000
1933	*120 000		*60 000

*Erwartete Einnahmen.

Reichstagswahlen 1919-1933 in der Stadt Pirna

	DNVP	DVP	Zentrum	DDP	RPM*	Bgl. Part. gesamt**	NSDAP
19.1.19	1017	1325	182	2820			
6.6.20	1065	2376	211	1193			
4.5.24	2592	2217	268	1240			
7.12.24	3301	2589	311	913	817	7931	275
20.5.28	2383	1953	311	1077	1243	6967	144
14.9.30	903	1356	315	1381	1419	5374	2887
31.7.32	995	851	380	272	171	2669	6394
6.11.32	1438	847	359	254	412	3310	5207
5.3.33	1697	598	404	215		2914	7412

* Reichspartei des deutschen Mittelstandes. ** Nur die hier genannten bürgerlichen Parteien.

Reichstagswahlen 1919-1933 im Kreis Pirna (Amtshauptmannschaft)

	DNVP	DVP	Zentrum	DDP	RPM*	Bgl. Part. gesamt	NSDAP
19.1.19	11463	5979	477	14611			
6.6.20	14718	13786	541	5698			
4.5.24	18449	9534	612	6039			
7.12.24	20503	10801	736	4661	5686	42387	1839
20.5.28	7948	8291	756	4262	8811	30068	861
14.9.30	3533	5255	769	6998	8811	25366	13068
31.7.32	5156	3223	1272	1557	1167	12375	41171
6.11.32	6124	3103	903	1160	1725	13015	29511
5.3.33	7402	2085	1149	888		11524	43107

Reichstagswahlen 1919-1933 in der Stadt Pirna

	SPD	USPD	KPD	NSDAP	DNVP	DVP	Zent- rum	DDP	RPM
19.1.19	2325	1518			1017	1325	182	2820	
6.6.20	790	2540	896		1065	2376	211	1193	
4.5.24	4077	108	3149		2592	2217	268	1240	
7.12.24	4846	384	2589	275	3301	2589	311	913	817
20.5.28	4864	37	4013	144	2383	1953	311	1077	1243
14.9.30	4894	14	4479	2887	903	1356	315	1381	1419
31.7.32	4623		5030	6394	995	851	380	272	171
6.11.32	4475		4977	5207	1438	847	359	254	412
5.3.33	4640		5411	7412	1697	598	404	215	

* Reichspartei des deutschen Mittelstandes

Reichstagswahlen 1919-1933 im Kreis Pirna (Amtshauptmannschaft)

	SPD	USPD	KPD	NSDAP	DNVP	DVP	Zent- rum	DDP	RPM*
19.1.19	21924	16154			11463	5979	477	14611	
6.6.20	7577	25934	3843		14718	13786	541	5698	
4.5.24	27105	632	9344		18449	9534	612	6039	
7.12.24	29480		8437	1839	20503	10801	736	4661	5686
20.5.28	30792	167	15633	861	7948	8291	756	4262	8811
14.9.30	29953	74	18201	13068	3533	5255	769	6998	8811
31.7.32	27931		24007	41171	5156	3223	1272	1557	1167
6.11.32	25380		23646	29511	6124	3103	903	1160	1725
5.3.33	27333		23648	43107	7402	2085	1149	888	

Stadtverordnetenwahlen 1919-1933 in Pirna

	SPD	USPD	KPD	NSDAP	DNVP	DVP	Zent- rum	DDP	RPM*
9.2.19	1131	1634			1945			2307	
30.1.21	676	2703	622					1217	3139*
13.1.24	2827		4024		1345	1454	520	1085	
12.10.24	3603	5	2336		1601	603	336	785	
14.11.26	3975		3466		1729	1696	436	954	1601
17.11.29	4780		3314	745	1343	2139		1262	2020
13.11.32	3650		4812	3461	866	1481			

(* nach E II, 409, 3, S. 23: nur 2760 Stimmen 1921)